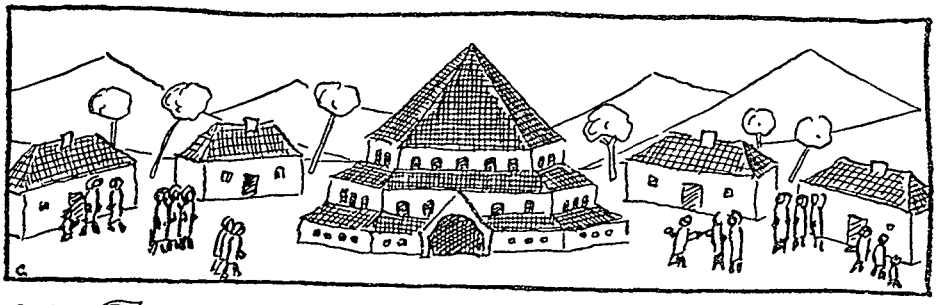

31. Januar 1921

LUDWIG QUESSEL · DIE WELTFRIEDENSIDEE DES IMPERIALISMUS

GENF sah in den Wochen, die dem letzten Friedensfest der Christenheit vorausgingen, die Tagung des Völkerbundes, der die Friedensidee des Imperialismus verwirklichen soll. Denn wie der Sozialismus, so hat auch der Imperialismus seine Friedensidee. Während der Friedensgedanke des Sozialismus aber die Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker zur Grundlage hat, ruht der des Imperialismus auf Herrschaft und Unterdrückung. Nichtsdestoweniger hat der eine mannigfache Berührungspunkte mit dem andern. Zunächst ist der imperialistische Friedensgedanke genau so wie der sozialistische von antimilitaristischem Geist erfüllt. Die Wehrmacht der Weltreiche, die die Friedensherrschaft sichern sollen, ist nicht als *schimmernde Wehr* zur kriegerischen Austragung von Völkerzwistigkeiten gedacht sondern als Friedenspolizei, die jeden Krieg im Keim ersticken soll. Wie der Antimilitarismus beiden Friedensideen gemeinsam ist, so haben beide auch einen ausgesprochen planetarischen Charakter. Imperialisten wie Sozialisten sehen ihr Ziel erst verwirklicht, wenn die ganze Erde ein großes Weltfriedensreich bildet.

Die meisten deutschen Politiker, die nur jene Mißgeburt des imperialistischen Geistes kennen, die als *deutscher Militarismus* bezeichnet wird, werden erstaunt fragen, wo denn jene Imperialisten zu finden sind, die so triebhaft nach dem Weltfrieden streben. Dazu ist zu sagen, daß in Deutschland ein publizistischer Vertreter des imperialistischen Weltfriedensgedankens allerdings nicht zu finden ist. Aber schon vor Ausbruch des Weltkriegs habe ich hier darauf hingewiesen, daß der echte großzügige Imperialismus, der bei den romanischen und angelsächsischen Völkern existiert, von dem Weltfriedensgedanken so stark erfüllt ist, daß Imperialismus und Pazifismus zusammenfließen, die Imperialisten zugleich Pazifisten, die Pazifisten zugleich Imperialisten sind.[1]

Der Weltfriedensgedanke des Imperialismus ist streng und klar. Er ist bei den angelsächsischen Völkern aus der Religion ‹die bei ihnen pragmatischen Charakter hat, wie ihre Philosophie›, bei den romanischen Völkern aus der Erkenntnis hervorgewachsen. Seit Cromwells Zeiten hat sich die imperialistische Praxis Englands die Überzeugung zu eigen gemacht, das englische Volk sei aus einem der verlorenen Stämme Israels hervorgegangen und des-

1) Siehe Quessel Verständigung und Imperialismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913 I, Seite 333 ff.

halb von Gott zur Herrschaft über die Welt berufen, so daß also der englische Herrschaftsanspruch aufs glücklichste durch die auf englische Art verstandene Bibel gestützt wird.[2] Diese Ideologie ist auch heute noch bei den britischen Staatsmännern wirksam. Französische Beobachter des englischen Lebens haben bekundet, daß vor dem Krieg Lloyd George, wenn er in Arbeiterversammlungen von der auswärtigen Politik und der Herbeiführung des Weltfriedens sprach, geradezu in eine Verzückung geriet, die offenbar der Überzeugung entsprang, Gott bediene sich der angelsächsischen Völker, um den Weltfrieden im Kampf gegen die militaristischen Nationen herzustellen. Im Gegensatz zu England und Amerika ist der imperialistische Weltfriedensgedanke der romanischen Völker von religiösen Einschlägen völlig frei. Insbesondere liegt es dem französischen Geist ‹dessen Religiosität nicht zweckbestimmt sondern reines Gefühl ist› ganz fern Interessenrealitäten durch einen religiösen Mantel zu verdecken. Er beschränkt sich bei ihrer Begründung vielmehr auf die Wissenschaft. Die beste Darlegung dieser Art des imperialistisch-pazifistischen Gedankens findet man in G. Tardes berühmter Schrift über die sozialen Gesetze. Tarde weist auf frühere Zustände der Menschheit hin, wo die Kriege zwischen den wenig volkreichen Stämmen gar nicht aufhörten, wo jeder Mann bis zum Greisenalter auch ein Krieger blieb und das Gebot der Blutrache einen wirklichen Frieden gar nicht aufkommen ließ. Nichtsdestoweniger habe die soziale Entwickelung, die zunächst zur Gründung kleiner Staaten führte, die Stammeskriege überwunden und an ihre Stelle den Krieg zwischen den Stadtstaaten gesetzt, bei denen der Janustempel immerhin zeitweise geschlossen blieb. Je größer die Staaten wurden, um so mehr dehnten sich die Friedensjahre aus. Mit der Bildung großer Nationalstaaten seien die Kriege allerdings sehr viel gewaltiger als früher geworden, dafür aber auch weniger häufig. Im ganzen sei also eine Entwickelung nicht zu verkennen, die den Krieg, der ursprünglich der Normalzustand der Menschheit gewesen, mehr und mehr zu einer Krankheitserscheinung des sozialen Organismus gestalte. »Von einer unendlichen Menge sehr kleiner, aber sehr erbitterter Kriege zwischen kleinen Stämmen gelangt man zu einer schon weit geringern Anzahl von etwas größeren, aber weniger gehässigen Kriegen zwischen kleinen, dann zwischen großen Stadtstaaten, sodann zwischen sich vergrößernden Völkern, und schließlich kommt man zu einer Ära von sehr seltenen gewaltigen, aber der Brutalität entbehrenden Konflikten zwischen nationalen Kolossen, die schon ihre Größe friedlich macht.« Das letzte Stadium der Entwickelung des Krieges sieht Tarde gekommen, wenn sich die lebenskräftigsten unter den Nationalstaaten zu Imperien erweitert haben werden, deren Außenpolitik dann mit Notwendigkeit einen planetarischen Charakter gewinnen müsse. »Was unsere Epoche charakterisiert, das ist die Tatsache, daß zum erstenmal die internationale Politik der großen zivilisierten Staaten sich nicht wie früher mit 1 oder 2 Kontinenten befaßt, sondern mit der Gesamtheit der Erdkugel, und daß somit das letzte Stadium der Entwickelung des Krieges vorauszusehen ist.«[3]

Der Krieg hat nun tatsächlich die die Siegerstaaten führenden 3 Mächte nicht nur stärker gemacht sondern auch an Gebiet vergrößert. Tarde wird auch darin recht behalten, daß mit diesem Wachstum Englands, Amerikas und

2) Siehe darüber auch Quessel Katheder- und Kanzelimperialismus in England, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 III, Seite 1203 ff.
3) Siehe Tarde Die sozialen Gesetze /Leipzig 1908/, Seite 55 f. und 57.

Frankreichs auch die Reibungsflächen zwischen ihnen geringer werden müssen. Das französische Kolonialreich in Nordafrika (Algerien, Tunis, Marokko) scheint bestimmt ein neues, mit dem Mutterland aufs engste verbundenes Neufrankreich zu werden. Machtpolitisch scheint freilich das französische Kolonialreich ebensowenig gesichert wie das Kolonialreich des ehemaligen kaiserlichen Deutschlands. Allein die Entwickelung der Unterseeschiffahrt hat bei der günstigen Küstenlage der französischen Republik und ihrer afrikanischen Kolonieen den Pariser Staatsmännern so gewaltige Machtmittel in die Hand gedrückt, daß England sich trotz seiner gewaltigen Flottenübermacht Frankreich gegenüber zurzeit durchaus nicht stark fühlen kann, auch abgesehen von dem Brandherd in Irland, der Großbritannien mindestens zur Vorsicht mahnt. Gerade darum ist es nicht unwahrscheinlich, daß bei allen auftretenden Streitfragen der nahen Zukunft Frankreich mit England zu einem Ausgleich und modus vivendi gelangen wird. England muß also eine gewisse Führerstellung Frankreichs in Europa, deren Grundlage durch die miltärische Leistung Frankreichs im Weltkrieg gelegt wurde, die aber natürlich nur bei einer zielklaren französischen Politik bestehen kann, dulden.[4] Daß diese Führung in Europa nicht zu weit gehen kann, dafür sorgt Frankreichs Schwäche in Bevölkerung und Kapital, noch mehr aber die weitgehende außenpolitische Solidarität der beiden angelsächsischen Reiche, die ungeachtet zeitweiliger Verstimmungen in Zeiten der Not stets in Erscheinung treten wird. Sobald die beiden angelsächsischen Reiche Frankreich in einer Frage geschlossen gegenübertreten, wird ein isoliertes Paris vor London immer zurückweichen müssen. Aus diesem weltpolitischen Kräfteverhältnis heraus ist eine Störung der Beziehungen der 3 Reiche in dem Maß, daß ein Krieg zwischen ihnen ausbrechen könnte, sehr unwahrscheinlich geworden. Tardes staatspolitische Philosophie wird also wohl darin recht behalten, daß ihr weiteres Anwachsen eine neue Ära des Weltfriedens eröffnet, und zwar aus dem Grund, weil jede der 3 Mächte hinlänglich damit beschäftigt sein wird den Frieden in ihrem Bereich aufrechtzuerhalten: Frankreich in West- und Mitteleuropa, England in Asien, die Vereinigten Staaten in Amerika.

Wenden wir uns nun wieder dem Völkerbund zu, der den Weltfriedensgedanken des Imperialismus verwirklichen soll, so tritt sein imperialistischer Charakter zunächst dadurch zutage, daß er den 1. Teil des Versailler Vertrags bildet, der die Entwaffnung Deutschlands, Österreichs und Ungarns zur Grundlage hat. Da diese Entwaffnung nicht zeitlich beschränkt ist, wird dadurch ein allgemeiner europäischer Krieg allerdings in Zukunft zu einer Unmöglichkeit. Noch mehr. Indem Belgien sich dem militärischen System Frankreichs einfügen konnte, ist ein machtpolitisches Übergewicht Frankreichs in Europa geschaffen worden, das von den neugegründeten Staaten Tschechien, Jugoslawien, Polen und Großrumänien geradezu als die Basis ihrer Existenz angesehen wird, dem Italien, Spanien und Griechenland nicht ernstlich widerstreben, und gegen das die besiegten und entwaffneten Staaten nicht aufkommen können. Sieht man vom bolschewistischen Rußland ab, so scheint der Versailler Vertrag in der Tat einen imperialistischen Friedens-

4) In der Frankfurter Zeitung vom 16. November 1920 berichtet von Schulze-Gaevernitz als Eindruck seiner Reise nach England: Der alte Gedanke der balance of power habe in London noch einige Vertreter. »Aber auf der andern Seite kennt man in England die innere Schwäche Frankreichs an Bevölkerung wie Kapital, welche auf die Dauer eine wirksame Weltpolitik verhindert; gerade diese Schwäche legt dem Briten den Gedanken einer Verständigung mit dem letzthin doch ungefährlichen Alliierten nahe — nur zu leicht auf Deutschlands Kosten, für britische Weltinteressen.«

zustand geschaffen zu haben, dem man fast unabsehbare Dauer zusprechen könnte. Die französische Regierung muß, wie die Dinge liegen, allen Wert darauf legen den beiden angelsächsischen Weltreichen zu beweisen, daß Frankreichs europäische Stellung die Kreise der angelsächsischen Politik nicht zu stören braucht. Die Programmrede des neuen Ministerpräsidenten Briand vor der Kammer vom 20. Januar 1921, in der er England dauernde Freundschaft und den Vereinigten Staaten sogar Waffenhilfe, wenn sie nötig sein sollte, zusagte, zeigt, wie sehr jeder französische Staatsmann bemüht sein muß die Reibungsflächen zwischen den 3 Reichen zu mindern. Bleibt aber das enge Bündnis mit England die Grundlage der französischen Politik, so wird die imperialistische Friedensidee für Europa Wirklichkeit.

Indem nun der Völkerbund die Völker Europas in 3 Klassen mit ungleicher Stellung im Bunde teilt: in die Stifter (Frankreich, England), die Eingeladenen (Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen usw.) und die Außenstehenden (Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rußland), hat die imperialistische Friedensidee, die im Gegensatz zur sozialistischen, auf Herrschaft beruht, in dem Statut des Völkerbunds auch einen rechtlichen Ausdruck gefunden. Objektiv betrachtet, stellt jene Dreiteilung der europäischen Staaten auch in der Tat einen wichtigen Bestandteil der imperialistischen Friedenssicherung Europas dar, dessen Preisgabe das ganze Gebäude in Erschütterung brächte. Jene Klassifizierung der Staaten in solche 1., 2. und 3. Ranges ist in dem Völkerbundsstatut aber auch für die anderen Erdteile durchgeführt worden. Abessinien und Mexico, die beide offen eine den 3 führenden Reichen feindliche Politik während des Krieges betrieben, gehören zu den Außenstehenden. Im Widerspruch zu der imperialistischen Weltfriedensidee steht freilich die Zulassung der Staaten mit gelber (Japan und China), brauner (Indien, Hedschas) und schwarzer (Haiti, Liberia) Bevölkerung. Asien und Afrika gelten bekanntlich als Herrschaftsgebiete dieses Imperialismus. Die Zulassung asiatischer und afrikanischer Völker zu der League of Nations ist letzten Endes die Ursache, daß die Vereinigten Staaten sich vom Völkerbund zurückgezogen haben. Die Angelsachsen Amerikas halten die Entwaffnung Japans für eine conditio sine qua non des Weltfriedens. Der Völkerbund wird darum für sie als rechtlicher Ausdruck der imperialistischen Friedensidee erst dann in Frage kommen, wenn Japans militärische Macht erledigt ist, und die Japaner zu den Außenstehenden gehören. Überhaupt darf nicht übersehen werden, daß für Asien die imperialistische Friedenssicherung erst geschaffen ist, wenn Japan seine Waffen verloren haben wird.

Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß die imperialistische Friedensidee, die die Satzung des Völkerbunds ausfüllt, nichts mit der sozialistischen Weltfriedensidee gemein hat. Unerträglich ist dem Sozialismus das Vorrecht der Stifter, noch mehr aber die Rechtlosigkeit der Außenstehenden und das geminderte Recht der Eingeladenen. Auch die Zulassung der gelben, braunen und schwarzen Rasse ist nur Schein. Der Widerspruch der Vereinigten Staaten gegen den Völkerbund, der dessen Wirksamkeit tatsächlich auf Europa und Afrika beschränkt, macht die Rechte der farbigen Völker in der League of Nations so gut wie gegenstandslos. Der Völkerbund in seiner heutigen Gestalt ist allerdings noch nicht die restlose Verwirklichung der Idee imperialistischer Befriedung der Welt, wohl aber ein mächtiger Schritt vorwärts zu ihr. Für Europa und Afrika scheint das Ziel schon erreicht. Eine

gewaltige Machtorganisation auf imperialistischer Grundlage hat hier starke Garantieen für einen dauernden Friedenszustand geschaffen. In Asien und Amerika würde dagegen der Völkerbund, wenn er dort durch den Widerspruch der Vereinigten Staaten nicht schon gegenstandslos geworden wäre, nur eine Maske der angelsächsischen Weltherrschaft sein. Für Asien und Amerika wird die Zeit des imperialistischen Weltfriedens, die in Europa und Afrika schon das menschliche Dasein beherrscht, erst anbrechen, wenn Japan, der militärische Führer der gelben Rasse, entwaffnet ist. Diese Aufgabe lauert heute im Hintergrund der amerikanischen und britischen Politik. So führt dieser Weltfriedensgedanke dahin, daß nicht nur die bestehenden Herrschaftsverhältnisse verewigt werden, sondern daß zu ihrer Vervollständigung und Sicherung noch neue Unterdrückung dazu kommt.

Diesem imperialistischen Gedanken des Friedens der Herrschaft der Stärkeren über die Schwächeren steht der sozialistische Gedanke des Friedens der Gleichheit aller gegenüber, eines ewigen Friedenszustands, in dem alle Völker wie in einer Familie mit und für einander leben. Doch die sozialistischen Parteien, die sich sämtlich zu diesem Ziel bekennen, sind gleichwohl weit von jeder Klarheit über den zu ihm einzuschlagenden Weg entfernt. Sie machen sich keine Gedanken darüber, daß diese Idee in einer amorphen Völkermasse nicht verwirklicht, daß, solange diese besteht, jede Weltfriedensorganisation nur auf der Herrschaftsgrundlage aufgerichtet werden kann. Sie haben sich nicht zu der Einsicht durchgerungen, daß dieser sozialistische Zweck auch sozialistische Mittel erfordert: nämlich eine Durchorganisierung der Welt in großen Wirtschaftskomplexen, die jede Beherrschung der einen durch andere unmöglich macht; insbesondere, neben der Wiedervereinigung des ⟨zuerst durch den deutschen, dann und gründlicher durch den britischen Imperialismus⟩ zerstückelten Russischen Reichs, den wirtschaftlichen Zusammenschluß der, wie auch immer national sich differenzierenden Staaten des europäischen Festlands. »Solange Europa politisch in Zerrissenheit und Feindschaft beharrt, solange es ökonomisch in Trümmern liegt, solange die Kanäle der Kontinentalwirtschaft verstopft bleiben, fehlt Europas Völkern die Gesundungsmöglichkeit.«[5] Das gilt für alle europäischen Festlandsstaaten; auch für Frankreich, das nur bei Durchführung der kontinentaleuropäischen Arbeitsgemeinschaft seine Schwäche gegenüber dem Willen des vereinigten Angelsachsentums los wird. So bedingt die Durchführung der sozialistischen Weltfriedensidee Zusammenarbeit und Freundschaft der benachbarten Kulturvölker, wie die der imperialistischen die Unterdrückung der letzten noch unabhängigen Macht erforderte. Erst, wenn die bestehenden sozialistischen Parteien, und namentlich die deutsche Sozialdemokratie, diesen Gedanken, der bisher ausschließlich in den Sozialistischen Monatsheften vertreten wurde[6], begriffen und sich zu eigen gemacht haben werden, darf man hoffen, daß das Friedensreich des Imperialismus, das drohend und brutal sich vor unseren Blicken aufzurichten beginnt, schließlich nur der Vorgänger des sozialistischen Friedensreichs sein wird, das die Freiheit aller Länder, die Brüderlichkeit aller Völker zur Wahrheit machen will.

5) Siehe Quessel Die kontinentaleuropäische Arbeitsgemeinschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1919 II, Seite 875.

6) Siehe namentlich Kranold Völkerbund und Völkerbund, Cohen Deutschland und der Völkerbund, Arons Zum Völkerbundgedanken, in den Sozialistischen Monatsheften, 1918 II, Seite 1177 ff., 1919, I, Seite 143 ff., 1919 II, Seite 691 ff.

MAX SCHIPPEL · WELTWIRTSCHAFTSKRISIS UND INTERNATIONALER WIEDERAUFBAU

UNTERLEGENE wie sieggekrönte Länder ächzen gegenwärtig unter dem Druck schwerster Wirtschaftskrisen, erschreckender Absatz- und Beschäftigungslosigkeit. Oder richtiger: Alle wichtigeren Wirtschaftsgebiete der Erde sind in den Strudel des raschesten Niedergangs hineingerissen, die dereinst neutralen Staaten zuweilen noch mehr als diejenigen, die am Kampf unmittelbar beteiligt waren; nicht aus ihrer eigenen an sich vielleicht nicht ungünstigen Sonderentwickelung heraus sondern infolge ihrer unlösbaren Verflechtung in die allgemeine internationale Wirtschaftsentwickelung. Hinter aller politischen Zerrissenheit und Gegensätzlichkeit, die das laute und augenfällige Tagestreiben beherrschen, offenbart sich plötzlich, wie eine Flammenschrift an der Wand, eine internationale Solidarität, deren Verkennung sich in verdoppelten Leiden, vielleicht in allseitigem Kulturuntergang zu rächen droht.

Was lasen wir bis vor kurzem nicht alles von dem Glück der süd- und zentralamerikanischen Staaten und Kolonieen, die höchstens der Schiffsknappheit wegen nicht alle ihre alten und jungen Vorräte zu den denkbar höchsten Preisen abstoßen konnten, und die durch den Wettbewerb aller ausländischen Zahlungsverpflichteten ihre vordem oft recht entwerteten Valuten noch über die normale Linie der Vollwertigkeit hinaufschnellen sahen. Aber gegen Ende des Jahres 1920 standen die südamerikanischen Währungen unter einer tiefen Depression, weil die auf den Weltmarkt angewiesenen Haupterzeugnisse: Wolle, Getreide, Fleisch, Häute, Kaffee, Kakao, Kautschuk, Zucker, von tiefem Preissturz betroffen waren. An der Wende von Oktober zu November 1920 waren die geringeren Sorten der argentinischen Wolle nur noch unter den Preisen der Vorkriegszeit verkäuflich. Auf dem nordamerikanischen Markt zahlte man für Kakao 5 Cents je Pound, nachdem er in den beiden Vorjahren zeitweilig 28 Cents und noch ein Jahr zuvor etwa 18 bis 20 Cents erbracht hatte. Kaffee stand um 60 bis 65 % unter den letzten Höchstpreisen. Häutepreise sanken gleichfalls bereits unter das Niveau der vorigen Friedenszeit. Die argentinische Regierung sah unter den neuen Umständen ihren während des Krieges angesammelten Wirtschaftshilfsfonds schnell erschöpft. Auf der Gegenseite klagten besonders die Nordamerikaner sehr bald über den Stillstand der Bezüge seitens Argentiniens und über die wachsende Unrealisierbarkeit der Forderungen für frühere Lieferungen, nachdem in Buenos Aires der Dollar nur mit 24 % Aufgeld erworben werden konnte. In Cuba entfesselte Mitte Oktober der Fall der Zuckerpreise ein allgemeines Rennen auf die Banken; die Internationale Bank stellte ihre Barzahlungen ein; um weiteren Zusammenbrüchen vorzubeugen, erließ die Regierung eine Zahlungsstundungsverordnung für alle Banken. Über Columbia berichteten die New York Times vom 31. Oktober 1920:

»Die Kaffeepflanzer, heißt es, wollen die im nächsten Monat ausreifende Ernte lieber an den Zweigen verfaulen lassen als sie zu den herrschenden angeblich verlustbringenden Preisen losschlagen. Von dem columbischen Kongreß wird der Plan erwogen die Einfuhrzölle um 100 % zu steigern, einmal um Einnahmen zu schaffen, dann um den columbischen Kaufleuten beizuspringen, die ihre Vorräte noch zu den hohen Preisen erstanden, wie sie bis zu dem Preissturz vor 3 Monaten vorherrschten. Die Banken melden, daß Wechsel nicht eingelöst werden, und daß sie deshalb selber ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Zwangsweise lassen sich die

Wechsel auch nicht eintreiben, weil die Banken dabei überhaupt nichts erhalten, sondern nur eine Panik wachrufen würden.«

Die frühesten Anzeichen des ökonomischen Wetterumschlags regten sich vielleicht in Asien. Schon seit März 1920 litt Japan unter einer Finanz- und Produktionskrisis. Auf den Märkten, die es, vorübergehend von mancher lästigen europäischen Konkurrenz befreit, während des Krieges umfassender besetzt hatte, drang wieder der ältere Wettbewerb vor. Auf die maßlose Überspekulation der Kriegsperiode folgte der ebenso heftige Rückschlag mit seinen unvermeidlichen Begleiterscheinungen für Kapital und Lohnarbeit, Bauerntum und Handwerk. Einige der Hauptausfuhrwaren Japans verfielen mit am frühesten und nachdrücklichsten der unausbleiblichen Preiskorrektur, die natürlich für die Nächstbetroffenen immer schmerzlich und lebensgefährlich bleibt. In dem Fiskaljahr (1. Juli bis 30. Juni) 1916-1917 importierten beispielsweise die Vereinigten Staaten 33 868 885 Pound Rohseide aus Japan, 1919-1920 47 133 713 Pound. Im Winter 1919-1920 erlöste man dafür noch 18 Dollars das Pfund, gegen Ende 1920 kaum 7 Dollars, bei mattestem Umsatz und bei beträchtlichen Preisnachlässen unter der Hand.

Der aufsehenerregende Preisfall in Tee und Kautschuk traf in erster Linie asiatische Staaten und Erdstriche. Beide Erzeugnisse litten schon vor ein paar Jahren einmal unter den Schwierigkeiten des Abtransports auf ungewöhnlich weite Entfernungen bis zu den Konsumgebieten: 1917 häuften sich in Fernasien die Kautschukvorräte, 1918 die des Tees. Gegen Ende des Vorjahrs rechnete der englische Teegroßhandel mit einer handelsverfügbaren Ansammlung von 225 Millionen (englische) Gewichtspfund, während sonst der normale Herbstvorrat nur 90 Millionen zu betragen pflegt. Für das neue Geschäftsjahr schätzte man die indische Teeproduktion auf 385 Millionen Pfund, jene Ceylons auf 208, die Javas und Sumatras auf 127 Millionen, so daß man auf eine Gesamternte von 720 Millionen kommen würde. Den gegenüberstehenden Gesamtbedarf Englands, auch für die Wiederausfuhr, schätzte man auf 410 Millionen Pfund, die unmittelbare sonstige Ausfuhr aus den Anbauländern auf 190 Millionen, den stetig steigenden Verbrauch in Indien und Ceylon selber auf 40 Millionen, so daß ein zunächst obdachloser Überfluß von etwa 80 Millionen Pfund bleiben würde, der neben den bereits überreichlichen Lagern stark auf den Preis drücken müßte. Die Interessenten streben deshalb auf eine 2jährige Erzeugungseinschränkung hin, erst um 10 %, dann um 20 % gegenüber dem Erntedurchschnitt von 1915 bis 1919. Auf eine noch stärkere Produktionsverminderung drängen unter Führung der Rubber Growers' Association die Kautschukinteressenten. Für das letzte Jahr soll die Produktion den Verbrauch um 35- bis 40 000 Tons überholt haben. Da die Kautschukfabrikate noch immer teuer sind und so der Massenbedarf zurückhaltend bleibt, so befürchtet man für die nächste Zeit eine noch unerträglichere Marktüberfüllung und steuert auf eine Mindererzeugung von 25 % los. Die kritische Zuspitzung ist hier unbestreitbar, denn der Kautschuk steht insofern einzigartig da, als sein Preis bereits weit hinter die Vorkriegszeit zurückgewichen ist. Ende 1913 zahlte man in London für das Pfund Plantagenkautschuk 28 Pence, am 31. Dezember 1920 nur 10¼ Pence, dagegen noch am 31. August 1920 20 Pence.

Am besten kann man den weltwirtschaftlichen Umschwung an den Vorgängen in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika beobachten.

Hier sind die künstlichen, durch Krieg und Übergangszeit bedingten Abweichungen von der freien Marktentwickelung am meisten oder ganz in Wegfall geraten. Außerdem kann man hier noch am ehesten haltbare Vergleiche zwischen Gegenwart und Vergangenheit ziehen, weil die ungeheuerlichen Valutaschwankungen, mit denen die meisten europäischen Staaten rechnen müssen, hier wenig bedeuten, obwohl Amerika mit seiner Über- und England mit seiner Unterparität nicht ganz von Valutagebrechen frei sind.

TWA Ende April 1920 erlebte England seinen Höchststand der Preise. Seit dem 30. April bis zum 31. Dezember fielen jedoch amerikanische Baumwolle für je 1 Pfund von 27,08 auf 9,90 Pence, ägyptische Baumwolle von 84,50 auf 22 Pence, Wolle von 57 auf 18 Pence, Jute pro Tonne von 62 auf 39 Pfund Sterling, Kopra pro Tonne von 58½ auf 10½ Pfund Sterling, Kupfer pro Tonne von fast 102 auf noch nicht 72 Pfund Sterling, Zinn von 345¼ auf 205¾ Pfund Sterling, ausländisches Blei von über 40½ auf 23½ Pfund Sterling, westindischer Zucker pro Zentner von 131¼ auf 62½ Shilling, Kaffee von 165 auf 120 Shilling, Kakao von 140 auf 73½ Shilling. Nur Petroleum und Roheisen blieben von dieser Abwärtsbewegung zunächst noch unberührt.

Die langjährige Preishochhaltung, gefördert erst durch die ganze Kriegswirtschaftspolitik und die Produktionsverschiebungen infolge des Krieges, dann durch die erschöpften Vorräte und die Schwierigkeiten der Rohstoffheranholung, war zuletzt gescheitert an der trotz aller Scheinerhöhung der Löhne und Gehälter zurückgebliebenen allgemeinen Kaufkraft. Und selbst die noch vorhandene Kaufkraft hielt sich nunmehr, wie stets in Zeiten rasch sinkender Preise, geflissentlich zurück in der Erwartung späterer noch vorteilhafterer Bedarfsdeckungskonjunkturen. Andrerseits lehnten es immer weitere Unternehmerkreise ab auf Vorrat produzieren zu lassen, wenn Vorräte sich nur zu entwerten drohen. Alle bekannten Erscheinungen einer Krisis treten deshalb auf, obwohl sich ihre Vorgeschichte wesentlich anders als bei den uns vertrauten *normalen* Überproduktionskrisen darstellt.

Zu Beginn des Jahres 1920 war an der englischen Börse noch alles von den verstiegensten Erwartungen erregt gewesen. Gerade die Industriewerte waren am gesuchtesten. Unternehmungen jeder Art wurden weiter umkapitalisiert, meist unter enormen Kapitalsvermehrungen und -verwässerungen. Aber die beiden Hälften des Jahres unterschieden sich wesentlich von einander. Die neugegründeten Gesellschaften beliefen sich in der 1. Jahreshälfte auf 6415 mit 448 Millionen Pfund Sterling Kapital, in der 2. Hälfte auf nur 3650 mit nur 120 Millionen Kapital. Das Clearinghaus der Londoner Banken verzeichnete 1920 einen nie erhörten Umsatz: an Schecks, Wechseln usw. von 39 019 Millionen Pfund Sterling, also um 10 603 Millionen oder 37 % über das Vorjahr hinaus. Diese Steigerung allein war größer als 1904 die erreichte Gesamtsumme (wobei 1920 allerdings die spekulativen Umsätze in fremden Valuten eine außerordentliche Rolle spielten). Die vorwiegend dem Detailhandel dienende Abrechnungsstelle (Metropolitan Clearing) offenbarte jedoch wiederum deutlich die gegensätzliche Entwickelung im Anfang und beim Schluß des Jahres: das 1. Vierteljahr brachte hier eine Steigerung um 26 %, das 2. von 23 %, das 3. nur noch von 6 %, und im letzten Vierteljahr zeigte sich eine Abnahme von etwa 1 %. Sowohl die einschrumpfenden Preise wie die verminderte Geschäftstätigkeit spiegeln sich so wider. Man

sah, wie der Bankkredit immer krampfhafter angespannt wurde, nur um die unverkäuflichen Warenbestände halten und die Vorbesitzer befriedigen zu können. Der offizielle Diskontsatz blieb deshalb 7 %, obwohl eine so hohe Bankrate gerade für die Unterbringung der (1408 Millionen Pfund Sterling) Schatzanweisungen des Staates eine gewaltige Belastung der Steuerzahler bedeutete. Die Ausfuhren von 1920 hielten sich zwar im ganzen sehr günstig gegenüber dem Jahr 1919, aber im Dezember fielen sie scharf ab: die britischen Ausfuhren, mit November verglichen, um 22,73 Millionen Pfund Sterling oder 19,8 %, die Wiederausfuhren um 416 000 Pfund Sterling oder 3,1 %; auch die Einfuhren verminderten sich hier um 1,48 Millionen Pfund Sterling oder 1 %. Das Defizit in der Warenhandelsbilanz betrug im Dezember 33½ Millionen Pfund Sterling, während es im November noch unter 12 Millionen Pfund Sterling geblieben war.

Die Arbeitslosenziffer war in England selbst unter der jüngsten Scheinblüte ziemlich beträchtlich, noch mehr galt dies wahrscheinlich von der Nichtvollarbeit. Im Dezember schritt die Zersetzung rapid vorwärts. In der einen letzten Dezemberwoche meldeten die amtlichen Angaben des Arbeitsministeriums nach den Berichten der Arbeitsvermittlungsstellen (Employment Exchanges) eine Zunahme der Beschäftigungslosen um 85 000 Köpfe (am 24. Dezember 663 000, am 31. Dezember 748 000, darunter 505 000 Männer, 184 000 Frauen, 28 000 männliche und 31 000 weibliche Jugendliche). In Manchester mußte man an den Arbeitsnachweisen Einrichtungen schaffen, damit die Bewerber sich nicht in langen Reihen anzustellen brauchten. Auf dem Arbeitsnachweis in Aberdeen sammelten sich an 6000 Menschen; Frauen fielen, bei dem langen Warten und ohne Nahrung, in Ohnmacht. Viele Kleinbürger erlitten kurz vor Weihnachten einen schweren Schlag durch die Zahlungseinstellung von Farrow's Bank ‹sie hatte 75 Zweigstellen, davon 21 in London; über 4,6 Millionen Pfund Sterling Depositen waren ihr anvertraut›.

IN den Vereinigten Staaten ist ein durchgängiger Preisniedergang etwa seit September 1920 klar ersichtlich, nachdem vorher schon gelegentlich, besonders in immer wiederholten Käuferstreiks, die Ermattung und Lähmung der Massenkaufkraft zum Ausbruch gelangt war.

Bei der Baumwolle, dieser einen großen landwirtschaftlichen Produktionsgrundlage, war der Umschlag für die Farmer um so niederschmetternder, als bis in den Sommer 1920 hinein mit einer geringen Welternte gerechnet und am 23. Juli der Rekordpreis von 43¾ Cents, ein seit dem Bürgerkrieg nicht mehr erlebter Preis, gezahlt wurde. Schon im August, als die Ernteaussichten sich zusehends verbesserten, fiel der Preis in New York auf 26¼ Cents für je 1 Pfund, im Oktober auf 18½, Ende November auf 15,2 Cents, mit noch niedrigeren Fernterminen. Der Weizen sank von Mitte September bis Mitte Oktober um etwa 40 Cents pro Bushel; Ende Oktober notierte man Dezemberlieferung in Chicago mit 210¾ Cents, Ende November mit 156½ Cents. Der Mais war in Chicago in der 2. Septemberhälfte bereits wieder bis auf 1 Dollar pro Bushel herunter, Ende Oktober auf 85³/₈ Cents und Ende November auf 66⁵/₈ Cents. Die Viehmärkte, für die 1919 das beste der letzten Jahre gewesen war, enttäuschten bereits im Oktober 1920 die Farmer schwer. Im November gingen die Chicagoer Schweinepreise schon, zum erstenmal seit 1916, auf 10 Dollars für je 1 Zentner herab; die

besten Ochsen zahlte man nicht mehr höher als 14 Dollars pro Zentner. In einem Dezemberbankbericht heißt es deshalb:

»Man mußte [wegen des dringenden Geldbedarfs der Farmer] die Rinder zu Markt bringen; die Preise fielen, und schwere Verluste entstanden. Die ganze Rindererzeugung geriet in Verwirrung, und die Zukunftsversorgung wurde bedroht, weil unreifes, halbfettes Vieh und Kälber ins Schlachthaus geschickt wurden. Eine große Maisernte schrumpfte im Wert zusammen, weil der Bedarf für Mästungszwecke sich sehr ungünstig gestaltete.«

Während des Krieges hatte Kupfer einen Preis von 35 und 36 Cents pro Pound erzielt, Anfang November 1919 stand es in New York auf knapp 21 Cents, Ende November 1920 auf 13,6 Cents, so daß es die Notierung von 1914 kaum übertraf, hinter den Notierungen von 1913 und 1912 jedoch bereits wesentlich zurückblieb. Das Zinn hatte zeitweilig im Krieg 110 Cents erbracht und fiel Ende November auf 36½ Cents (weit unter die Notierungen von 1911 bis 1915), das Blei von 12½ auf 5,25 Cents. In diesen New Yorker Preisen steckt zudem heute ein viel höherer Transportkostensatz, so daß die Einbuße für die Erzeuger sich noch wesentlich höher stellt.

Gruben und Fabriken schreiten deshalb mehr und mehr zu Betriebseinschränkungen und, wie dies in Amerika seit jeher rücksichtsloser Brauch war, zu wochen- und monatsweisen vollständigen Betriebseinstellungen. Zwischen Fabrikanten und dem Handel im Konsumentenverkehr spielt sich dabei vielfach ein bezeichnender und vielleicht nicht folgenloser Interessenkampf ab. Die Fabrikanten hoffen auf rascheste Preisermäßigung im Kleinhandel, damit die Waren nach Möglichkeit den letzten Verbrauchern zugänglich werden und die Detailläger bald wieder Ergänzung verlangen. Der Detailhandel dagegen will keineswegs der Hauptleidtragende sein sondern strebt seine hohen Einkaufskosten der Vergangenheit auch für die Gegenwart aufrechtzuerhalten. Die Fälle scheinen nicht selten zu sein, daß unter diesen Umständen Fabriken selber Läden aufmachen und die profitschädigenden Zwischenglieder nach dem letzten Konsumenten hin auszumerzen suchen.

Die Arbeitslosigkeit schwillt in den Vereinigten Staaten entsprechend an. Die letzten Zeitungsnachrichten melden hier eine stetige Verschlimmerung; bestimmte Zahlen liegen jedoch erst bis Oktober vor und zwar für den wichtigsten aller Staaten, für New York.[1] Hier war ein allgemeiner Rückgang des Produktionslebens seit März-April zu konstatieren, seit März bis Oktober für die Lohnarbeit um 9 %. Große Erwerbszweige litten jedoch ganz anders. Die Baumwoll- und Wollwirkerei erfuhr seit April (immer bis Oktober) eine Beschäftigungseinschränkung um nicht weniger als 44 %, die Baumwollweberei seit März um 20 %, die Kraftfahrzeugherstellung seit März um 42 %, die Lederindustrie seit Januar um 22 %, die Herrenkonfektion um 20 % seit April, die Schuhfabrikation um 22 % seit März, die Waffen- und Kleineisenindustrie um 18 %, die Wollmanufaktur um 16 %, die (in Amerika überaus wichtige) Herstellung von Heiz- und Kocheinrichtungen (heating apparatus industry) seit Juli um 12 %. Daneben grassiert natürlich die Verkürzung der Arbeitszeit, mit schweren Kämpfen um die Forderung, daß das Lohneinkommen durch die Kurzarbeit nicht beschnitten werden dürfe.[2]

1) Siehe das Bulletin der New York State Industrial Commission vom November 1920: The Labor Market.
2) Zur Ergänzung, besonders nach der sozialen Seite, siehe auch Schippel Amerikas wirtschaftliche und soziale Sorgen, in den Sozialistischen Monatsheften, 1920 II, Seite 929 ff.

DIESES Bild ließe sich beliebig international vielseitiger ausführen. Es ist in der Tat wieder eine Weltkrise, die sich vor unseren Augen entwickelt, wenn sie auch, abweichend von früheren Zusammenbrüchen, aus den abnormen Verhältnissen des Krieges, aus langjährigen Produktionsunterbrechungen und aus der Schwierigkeit zerrissene Fäden wieder anzuknüpfen ihren Ursprung nahm.

Alle Länder fühlen, wie sie im Wiederaufbau hilflos sind, wenn nicht ein gewisses planmäßiges Zusammenarbeiten jeden der versinkenden Staaten stützt. Sie alle hängen von geregelteren, sicherer übersehbaren Ein- und Ausfuhren ab und werden von der tollen Willkür der Valutabewegungen stets von neuem aus jeder festern Bahn geworfen. Jedes Land braucht die Kaufkraft fremder Völker und verblutet sich selber mit an den Produktions- und Arbeitsstockungen ausländischer Absatzgebiete. Die Rohstoffnot mildert sich zwar durch die Preisstürze, aber kaum für die valutaschwächsten Staaten.

So ist es kein Wunder, daß Kredithilfspläne für notleidende Wirtschaftsgebiete immer häufiger in England und Amerika auftauchen, daß man auf internationale Finanz- und Sanierungsentwürfe, die man noch im Oktober in Brüssel fast sang- und klanglos fallen ließ, abermals und zwar mit wachsendem Nachdruck, zurückkommt. In erster Linie zwischen den kontinentaleuropäischen Staaten bricht das Gefühl des Zusammenwirkenmüssens trotz allen vergiftenden Agitationen und Tagesstreitigkeiten immer wieder durch. Das jüngste deutsch-holländische Abkommen bietet bereits ein hervorragendes Beispiel: zwar von Staat zu Staat zu verhandeln, aber von Wirtschaft zu Wirtschaft sich solidarisch zu helfen. Das wichtigste wäre freilich, daß Deutschland und Frankreich endlich mit einander arbeiteten. Vielleicht schmilzt das Eis hier rascher als es heute, nach den Beschlüssen der interalliierten Pariser Konferenz vom 29. Januar, scheinen mag.

Die Arbeiterklasse wird hier außerordentlich viel zur Wiederaufrichtung der erschöpften Welt beitragen können. Sie ist hierbei am wenigsten von nationalen Vorurteilen abgelenkt und nationalistisch von Sonderinteressen des Augenblicks zerrissen und verfeindet. Was der letzte internationale Gewerkschaftskongreß Ende November in London forderte, hat Ende Dezember die Konferenz der British Labour Party in einem Appell an die heimische Regierung bestätigt: »wirksame Schritte zu unternehmen durch Erschließung entsprechender Kredite das Wirtschaftsleben Zentraleuropas wieder herzustellen«. Der furchtbare Ernst der Lage wird hoffentlich in letzter Stunde die Völker sich wieder auf ihre Solidarität besinnen lassen.

ADRIAN DIETRICH · DER WERDENDE

NOCH ring ich nach der Form, noch ungebunden
Steh ich im Leben, eine wilde Welt,
Und sinke tief in einsam dunkle Stunden,
Wenn mich das Wunderbare überfällt.

Ich möcht es fassen, möchte es umfangen,
Inbrünstig halten; doch mir fehlt die Macht.
Weh, wer so schwach und so voll Kraftverlangen
Am grauen Ufer seiner Seele wacht.

Noch ring ich mit den Formen Tag und Nacht,
Mit Bildern und Gestalten, Mensch und Tier
Und Pflanzen, Steinen; kämpf in glühnder Schlacht
Rings zwischen meinem Horizont und mir.

Und zwischen mir und meinem Weltzenith
Faß ich nach jedem Licht, das um mich kreist,
Stürz ich durch jedes Nicht, das vor mir flieht,
Den Weg zu wissen, der zur Schöpfung weist.

HEINRICH GRIMM · PRODUKTIONSSTEIGERUNG UND SOZIALPOLITIK IN DER LANDWIRTSCHAFT

BEI den Tarifverhandlungen zwischen Landwirten und Landarbeitern für das Jahr 1920 hoben in verschiedenen Provinzen des Freistaats Preußen einsichtige Arbeitgebervertreter immer wieder hervor, die plötzliche starke Belastung mit sozialpolitischen Forderungen habe bei den Gütern mittlerer und geringerer Qualität nicht nur die Betriebsrentabilität gefährdet, sondern zahlreiche Grundbesitzer hätten sich in dem vollen Bewußtsein, was ein solcher Rückschlag bei unserer trostlosen Ernährungslage bedeute, bereits gezwungen gesehen von der arbeitsintensiven Bewirtschaftung ihres Bodens zu arbeitsextensiven Formen überzugehen. Diese Darstellung entsprang keineswegs der Absicht das privatwirtschaftliche Interesse der Landwirte besonders stark zur Geltung zu bringen, war auch nicht als taktische Maßnahme zur Beeinflussung der jeweiligen Tarifverhandlung zu werten. Eine sachliche Klärung der Frage aber war meist unmöglich. Denn es war äußerst schwer Aufschluß darüber zu gewinnen, ob und inwieweit, die Tüchtigkeit des Bewirtschafters vorausgesetzt, die Rückkehr zur extensiven Gutsbewirtschaftung durch die Verbesserung der Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der menschlichen Arbeitskräfte oder hauptsächlich durch die außerordentliche Preissteigerung für die gesamten anderen Produktionsmittel veranlaßt worden war. Das Ernteergebnis des Jahres 1920, das einen erheblichen Rückgang, besonders der Roggenernte, gegenüber der Friedensproduktion aufweist, regt von neuem dazu an die Einstellung der Sozialpolitik zur Landwirtschaft zu prüfen, auf die Ausmerzung produktionshemmender Institutionen zu dringen und neue Wege zur Produktionssteigerung aufzuzeigen. Wenn dies im folgenden versucht wird, so geschieht es in dem Bewußtsein, daß die Schaffung einer gesunden ländlichen Sozialpolitik nur im Rahmen eines großangelegten Landeskulturprogramms Erfolg gewährleistet. Der Inhalt eines solchen Programms hätte zu sein: Bebauung jedes geeigneten Bodens; Höchsterzeugung von Kunstdünger und Sicherung seiner vermehrten und zweckmäßigsten Anwendung; Befähigungsnachweis für Wirtschaftsleiter; Elektrifizierung des platten Landes; Überführung von Arbeitslosen in die Landwirtschaft. Die Möglichkeit der Durchführung dieses Programms besteht heute; wenn einzelne Personen und Gruppen seiner Verwirklichung noch widerstreben, so werden sie unter dem Zwang der äußeren Verhältnisse, der Unmöglichkeit der Geldbeschaffung für den Einkauf ausländischen Getreides, ihren Standpunkt revidieren müssen.

Wenn auch grundsätzlich jede Klasse Objekt der Sozialpolitik sein kann, so werden der ländlichen Sozialpolitik doch nur die Angehörigen der Landarbeiterklasse und die kleine Gruppe der Kleinbesitzer unterstellt, die wirtschaftlich in den gleichen oder ähnlichen Verhältnissen leben. Das sind, ohne Einrechnung der Familienangehörigen, schätzungsweise 4 bis 5 Millionen landwirtschaftlich beschäftigter Personen. Sachlich will die Sozialpolitik hier auf die Verbesserung der Arbeits-, Lohn- und Lebensbedingungen des Landarbeiters hinwirken, zu der im weitern Sinn auch die Regelung des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage gehört. Soweit sich voraussehen läßt, wird die bisher an stetem Leutemangel krankende Landwirtschaft in den nächsten kommenden Jahrzehnten, selbst bei starker Modernisierung und Entwickelung des Saisonbetriebs, dauernd Arbeitskräfte aufnehmen können. Die vermehrte Anwendung von Maschinen wird dem Arbeitermangel nicht abhelfen; sie wird einerseits wirksame Ansetzung der vorhandenen Arbeitskräfte, Intensivierung der Arbeit bewirken und andrerseits die Landwirte veranlassen qualifiziertere, kulturell höherstehende Arbeiter einzustellen, wie sie die Bedienung der Maschine erfordert. Die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter, die bis 1914 von Jahr zu Jahr gewachsen ist (1909-1910 um 375 000, 1914 um 434 000) dürfte sich, auch abgesehen von der Einwirkung außenpolitischer Momente, in Zukunft fortlaufend vermindern; allein schon aus dem Grund, weil dem Landwirt der Anreiz zur Beschäftigung der früher billigeren Ausländer jetzt genommen ist, da sie in den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen dem inländischen Arbeiter gleichgestellt sein sollen. Auf dem ländlichen Arbeitsmarkt sind nun auch klare Verhältnisse geschaffen, da die Arbeitsvermittlung für die ausländischen Wanderarbeiter, die bisher auch von einzelnen Landwirtschaftskammern ausgeübt wurde, jetzt bei der Deutschen Arbeiterzentrale zentralisiert ist, und diese Organisation, die früher nicht immer im Interesse des Allgemeinwohls tätig war, einer wesentlich schärfern Staatsaufsicht unterliegt. In der gleichen Richtung wirkt die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens, deren Durchführung auf dem Land allerdings noch in den Anfängen steckt. Mit der Arbeitseinstellung städtischer Erwerbsloser in die Landwirtschaft sind in der Provinz Brandenburg, vor allem aber in der Provinz Sachsen, 1919 und 1920 für den Anfang immerhin günstige Erfahrungen gemacht worden; zur Feststellung der Tauglichkeit wie zur Prüfung der Arbeitsstellen und Arbeitsverhältnisse verwendete man dabei geeignete Personen, die auch die Arbeitslosen individuell behandelten. Die reklamehafte Art jedoch, mit der diese Maßnahme unter Verkennung aller Schwierigkeiten aus den Kreisen des Demobilmachungsamts propagiert wurde, hat den *Überführungs*gedanken in nicht verdienten Mißkredit gebracht. Übrigens wird auch noch größere Arbeitslosigkeit in den Städten die Landflucht nicht in eine Stadtflucht verkehren, solange nicht die psychischen Ursachen dieser Landflucht (Einförmigkeit des Daseins, Abhängigkeit der Lebensführung auch außerhalb der Arbeit) völlig beseitigt sind. Dazu gehört die Arbeit einer Generation. Die zur intensiven Bewirtschaftung erforderlichen menschlichen Arbeitskräfte kann die Landwirtschaft nur gewinnen und erhalten, wenn sie soziale Minimalanforderungen erfüllt, wie es in England und Dänemark bereits in weitem Maß geschehen ist. Dabei weiß ich sehr wohl, daß in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern mit intensiver Wirtschaft die Zahl der für 100 Hektar

unter Pflug jährlich beschäftigten Arbeitskräfte wesentlich zu hoch (1907 auf 100 Hektar 69 Personen in Deutschland, 1911 auf 100 Hektar 36 Personen in Dänemark), und daß dies in der Hauptsache auf die mangelhafte Fachausbildung des deutschen Landarbeiters und auf veraltete Arbeitsmethoden zurückzuführen ist.

Diese sozialen Minimalanforderungen, das heißt die dem jeweiligen Bildungs-, Kultur- und Wirtschaftszustand entsprechenden Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen des Landarbeiters sind vom Staat als dem vornehmlichen Subjekt des sozialpolitischen Handelns sowie von anderen Institutionen des öffentlichen Rechts und den beteiligten Berufsverbänden durch Gesetz oder freiwillige Übereinkommen festzusetzen. Als Rechtsquellen gelten, abgesehen von der reformbedürftigen Versicherungsgesetzgebung, die hier nicht mitbehandelt werden soll, die Vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 und die während der letzten beiden Jahre abgeschlossenen landwirtschaftlichen Tarifverträge. Eine Kritik dieses gesamten Materials vom produktionspolitischen Standpunkt aus tut bitter not. Die als Übergangsverordnung gedachte Vorläufige Landarbeitsordnung, die keine Arbeiterschutzbestimmung öffentlichrechtlicher Art enthält, ist ein unglückseliges Verlegenheits- und Kompromißprodukt aus den ersten Monaten nach der Revolution; bei ihrer Ausarbeitung vergaß man sogar die Erfahrungen anderer Länder nutzbar zu machen. Die Landarbeitgeber hatten jahrzehntelang die Bildung nennenswerter Landarbeiterorganisationen verhindert und damit nicht nur Meinungsaustausch und Interessenausgleich zwischen den beiden Parteien des Arbeitsverhältnisses sondern auch das organische Werden eines ländlichen Arbeitsrechts unmöglich gemacht. Als dann mit dem Umsturz vom 9. November 1918 die junge Landarbeiterorganisation fast über Nacht eine stattliche verhandlungsheischende Gewerkschaft geworden war, fehlte ihr vielerseits und vielerorts die notwendige Vertrautheit mit dem landwirtschaftlichen Produktionsprozeß. So kam es, daß die gewerkschaftlich kaum geschulte, im Durchschnitt kulturell rückständige Landarbeiterschaft sozialpolitische Forderungen der gewerblichen Arbeiterschaft, die für diese berechtigt waren, ohne Prüfung auch für sich übernahm. Die Behörden behandelten das Landarbeitsrecht ebenfalls recht oberflächlich; man glaubte, es handle sich da, mit gewissen Einschränkungen, nur um die Ausdehnung des gewerblichen Arbeitsrechts auf einen besondern Berufszweig, in gleicher Weise wie etwa auf das Krankenpflegepersonal oder die Binnenschiffer. Daß die historische Entwickelung der Landarbeiterfrage, die wesentlich älter als das Industriearbeiterproblem ist, eine grundverschiedene Behandlungsbasis erfordert, kam nirgends zum Ausdruck. Gerade im Interesse der Produktion wären bis ins einzelne gehende Arbeiterschutzbestimmungen, besonders für Frauen und Jugendliche, nötig gewesen. Ebenso erscheint eine scharfe Trennung der Behandlung freier oder loser und fester Arbeiter geboten, vor allem aber die Aufstellung von Bestimmungen über die Akkordarbeit und ihre Entlohnung, die in der Landwirtschaft ganz anders zu werten ist als in der Industrie. Die vom Arbeiter gefürchteten Nachteile der Akkordarbeit bleiben aus, wenn der Arbeitgeber die nachfolgenden gesetzlichen Verpflichtungen hat: 1. Dem Akkordarbeiter muß das Mehr gegenüber der bei Taglohn erfahrungsgemäß erzielten Leistung voll und ganz bezahlt werden, das heißt, die Verdienststeigerung muß der Ar-

beitssteigerung mindestens prozentual gleich sein. 2. Bei Arbeitern, deren Lohn sich aus Natural- und Barlohn zusammensetzt, ist die prozentuale Lohnsteigerung vom Gesamttagelohn und nicht vom Barlohn zu berechnen. Bei Festsetzung des Akkordsatzes ist der Wert der Naturallöhnung vom Akkordverdienst und nicht vom Akkordsatz abzuziehen.[1] Die Einrichtung 3gliedriger Akkordeinigungsausschüsse (Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Unparteiischer) als Organe der Kreisarbeitsgemeinschaft würde ein übriges tun, um Streitfälle an Ort und Stelle sofort zu beheben. Viele dieser Lücken, deren Beseitigung allgemein eigentlich Pflicht des Gesetzgebers war, sind durch Kollektivvereinbarungen der Parteien des Arbeitsvertragsverhältnisses vorläufig notdürftig ausgefüllt worden.

Die Tarifvertragspolitik in der Landwirtschaft, die etwa 80 % aller landwirtschaftlichen Kreise Preußens erfaßt hat, ist zurzeit das einzige Mittel zur Vermeidung von Produktionsstörungen. Es sind mir aus den Jahren 1919 und 1920 nur wenige Fälle bekannt, in denen ein offensichtlicher Tarifvertragsbruch begangen wurde, und wo es der Fall war, haben jedesmal die Organisationen beider Parteien durch ungeschicktes Verhalten zur Komplikation beigetragen. Wäre mit der Publikation der Vorläufigen Landarbeitsordnung gleichzeitig ein Zwang zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften (Kreis-, Provinzial-, Landes-, Reichsarbeitsgemeinschaft) ausgesprochen worden, so wären meines Erachtens umfangreichere Arbeitseinstellungen in der Landwirtschaft überhaupt nicht erfolgt. Die ständigen, die Produktion stark hemmenden Streitigkeiten zwischen den Landarbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen verschwänden in dem Augenblick, in dem der Brentanosche Arbeitstarifgesetzvorschlag[2] verwirklicht würde, ohne daß dadurch die einzelnen Organisationen irgendwelche Einbuße erlitten. Die bisher sehr mangelhafte Regelung der Schlichtung von Kollektiv- und Einzelstreitigkeiten dürfte durch die neue Schlichtungsordnung und das in Vorbereitung stehende Arbeitsgerichtsgesetz behoben werden.

Sehr schädigend für die gesamte Produktion hat die bis jetzt übliche Behandlung des Arbeitszeitproblems gewirkt. Die Landarbeitergewerkschaften, die sich allzusehr durch die Verhältnisse in der Industrie bestimmen ließen und mit dem Stand der Produktionsmethoden in dem größten Teil der deutschen Landwirtschaft nicht genügend bekannt waren, gingen oft unter die in § 3 der Vorläufigen Landarbeitsordnung festgesetzte Jahresarbeitszeit von 2900 Stunden hinunter, und zwar an einzelnen Orten bis auf 2600 Jahresstunden. Dabei prüften sie nicht, ob die klimatischen und sonstigen Verhältnisse der einzelnen Landesteile dies gestatteten. In diesem Punkt hat sich die falsche sozialpolitische Einstellung schwer gerächt. Wenn sich auch die Auffassung halten läßt, daß für die Landwirtschaft des Reichs, mit Ausnahme Ostpreußens, 2900 Jahresarbeitsstunden genügen, so darf doch meines Erachtens (von einigen kleinen Bezirken Mitteldeutschlands abgesehen) von einer Herabsetzung dieser Arbeitszeit keine Rede sein, wie man sie, selbst innerhalb einzelner Bezirke in verschiedener Weise und rein durch Zufälligkeiten bestimmt, vornahm. Daß Ostpreußen bei den jetzigen Behelfen der Produktion mehr als 2900 Jahresarbeitsstunden braucht, hat die Hackfruchternte des Jahres 1919 erwiesen. Durch

1) Siehe Aereboe Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre /Berlin 1917/, Seite 147.
2) Siehe die Rundschau Rechtswissenschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1919 I, Seite 414 ff.

den Ausfall von 36 Stunden für die Hackfruchternte, der infolge der Arbeitszeitverkürzung eintrat, ist nach einer genauen und unanfechtbaren statistischen Berechnung eine Kartoffelmenge erfroren, die Groß Berlin 5 volle Wochen mit je 1 Pfund Kartoffeln pro Kopf versorgt hätte. Möglich, daß bei entsprechendem Tempo des Umwälzungs- und Modernisierungsprozesses ⟨das von der Masse der Produktionsmittel abhängt, die die Industrie der Landwirtschaft liefern kann⟩ die Landwirtschaft eines Tages mit einer Jahresarbeitszeit von 2600 Stunden oder vielleicht noch darunter wird auskommen können. Für die nächsten Jahrzehnte kann jedoch davon keine Rede sein. Die heutige Durchschnittswirtschaft läßt sich nicht über Nacht mit allen Mitteln der Wissenschaft und der Technik durchdringen, aus unserm Durchschnittslandarbeiter läßt sich nicht von heute auf morgen eine qualifizierte reife Arbeitskraft machen. In England, das während des Krieges seine Landwirtschaft in weitem Maß modernisiert hat, hat man sich trotzalledem gehütet die Arbeitszeit zu verkürzen; man ging sogar so weit für die Erntezeiten für die einzelnen Distrikte besonders hohe Arbeitszeiten festzusetzen, bei allerdings außerordentlich guten Lohnsätzen. Am vorteilhaftesten wäre es, wenn sich in Deutschland Wochenarbeitszeiten herausbildeten, über deren Dauer sich in den einzelnen Kreisarbeitsgemeinschaften allmonatlich mit Rücksicht auf Felderstand, Witterung usw. leicht eine Einigung erzielen ließe; oder die Arbeitszeit wäre durch paritätisch zusammengesetzte Bezirkskommissionen zu bestimmen. Weiterhin müssen die Formen der Überstundenleistung und ihrer Verrechnung, besonders für die Zeiten der Körner- und Hackfruchternte, umgestaltet werden.

Die Ausgaben für die Entlohnung der menschlichen Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft stellen, obwohl die Löhne allerorten bedeutend gestiegen sind, einen prozentual geringern Anteil an den Gesamtbetriebskosten dar als in der Landwirtschaft Englands oder Dänemarks. Arbeitseinstellungen wegen Lohndifferenzen kamen in der Landwirtschaft in viel geringerm Umfang vor als allgemein angenommen wird. Wesentlich mehr Differenzpunkte bot die Deputatfrage, das Verhältnis zwischen Deputat und Barlohn usw. In letzter Zeit wird die Beteiligung der Landarbeiter an den Roherträgnissen des Betriebs lebhaft propagiert. Die Einführung geeigneter, die jeweiligen lokalen Verhältnisse berücksichtigender, neuer Lohnformen kann zweifelos manchen Anreiz zur Leistungserhöhung geben.

Die Lebensbedingungen der Landarbeiter in Deutschland sind allgemein recht verbeserungsbedürftig. Sie hätten bereits vor dem Krieg bedeutend besser gestaltet werden können.[3] Zur Vergleichung seien einige der in den landwirtschaftlichen Tarifverträgen Dänemarks allgemein üblichen Bestimmungen, nach dem Overenskomst for fast antagne landbrugsarbejdere vom 13. Februar 1919, hierhergesetzt: »Auf jedem Arbeitsplatz (Hof) soll in der Freizeit den Arbeitern ein ordentlicher und verantwortlicher Aufenthaltsort überlassen werden, der mit einer hölzernen Diele, einem Tisch und genügender Anzahl Sitzplätzen versehen ist. Das Zimmer soll mit einem Ofen oder einer andern Wärmeeinrichtung versehen sein, und in den kalten Jahreszeiten soll es geheizt und beleuchtet sein, so daß es als Leselokal

3) Über die Arbeitsverfassungen der Landarbeiter und die von ihrer Gewerkschaft zu erhebenden Forderungen siehe die erste grundlegende Abhandlung Schulz' Die landwirtschaftlichen Arbeiter, in den Sozialistischen Monatsheften, 1908 III, Seite 1578 ff.

verwendet werden kann. . . Erhält ein Arbeiter (Familienversorger) eine freie Wohnung angewiesen, so muß diese aus mindestens 2 Zimmern und einer Küche mit notwendigen Nebengebäuden bestehen, alles in gutem und verantwortlichem Zustand, auswendig von dem Arbeitgeber wohlgehalten. Die Instandhaltung des Innern des Hauses sowohl als auch das Einsetzen von zerstörten Fensterscheiben muß der Arbeiter besorgen. An Orten, an denen Wohnungen aus 3 Zimmern mit Küche und Nebengelaß bestehen, soll die ganze Wohnung dem Arbeiter angewiesen werden, jedoch so, daß dadurch kein Eingriff in bestehende Verhältnisse geschieht. Arbeiterwohnungen, die nach Inkrafttreten dieser Übereinkunft gebaut oder umgebaut werden, müssen immer 3 Zimmer außer Küche und Nebengebäuden haben. Zu allen Arbeitergebäuden hat außerdem ein Garten zu gehören.« Daß Landarbeiter, die unter solchen Bedingungen leben, die Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten geben, leistungsfähig sind, liegt auf der Hand.

Die fachliche Ausbildung des Landarbeiters kann nur dann Erfolg zeitigen, wenn sie im Rahmen einer kulturellen Erziehung, das heißt, neben der materiellen Sicherung, einer geistigen und sittlichen Hebung des ganzen Standes vorgenommen wird. In der Landwirtschaft ist der Arbeiter noch nicht so seinem Arbeitsobjekt entfremdet wie in der Industrie, wo die Wiederherstellung des seelischen Verhältnisses des Arbeitenden zur Arbeit die wichtigste Erziehungsaufgabe des Sozialismus darstellt. Der einzelne Landarbeiter hat, zumal wenn er mit lebendem Inventar umgeht, die Anteilnahme an der Produktion noch nicht ganz verloren. Er wird aber diesen Zusammenhang, der die Voraussetzung für jede gute fachliche Arbeitsleistung bildet, nur bewahren und stärken können, wenn er auf eine solche Kulturstufe gehoben wird, daß ihm die differenzierte Wirtschaftsweise unserer Tage kein verschlossenes Buch bleibt. Solche kulturelle Hebung läßt nicht nur den Arbeiter erkennen, daß er Mensch mit allen Rechten ist und demgemäß behandelt zu werden verdient; das Bewußtsein der Persönlichkeit lehrt ihn auch die Notwendigkeit einer planmäßigen Einordnung in den Wirtschaftsprozeß und bringt ihn letzten Endes dazu seine Einzelinteressen den Interessen der Gesamtheit unterzuordnen. Für die fachliche Ausbildung wird der Landarbeiter vorläufig auf die ländlichen Fortbildungsschulen angewiesen sein; es müssen daher geeignete Lehrkräfte herangebidet und in Lehrbüchern zweckmäßige Stoffbearbeitungen geboten werden. Es ist eigentümlich zu denken, daß der menschliche Geist, der unaufhörlich bemüht war die Leistungsfähigkeit der Maschinen zu erhöhen, für die Vervollkommnung der menschlichen Arbeit so wenig getan hat. Selbst in der Landwirtschaft, in der die Maschinenarbeit nicht entfernt den Umfang angenommen hat wie in der Industrie, und die Intensität des Betriebs unmittelbar von der Handarbeit abhängig ist, wurde bis vor kurzem die Frage der Verbesserung der landwirtschaftlichen Arbeitsverrichtungen kaum berührt. Erst Wilhelm Seedorf hat 1919 unter Anlehnung an das Taylorsche System der wissenschaftlichen Betriebsführung die Fragen der Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Arbeitsschulung, der Verbesserung und Normalisierung der Arbeitsgeräte und der Reformierung der Betriebsorganisation einer Untersuchung unterzogen.[4] Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß bei

4) Siehe Seedorf Die Vervollkommnung der Landarbeit und die bessere Ausbildung der Landarbeiter (Berlin 1919).

wissenschaftlicher Betriebsführung den Arbeitern nicht nur ein erhöhtes Einkommen bei verkürzter Arbeitszeit zufließt, sondern daß durch größere Arbeitsergebnisse und Verringerung der Herstellungskosten der Erzeugnisse auch eine Intensivierung der Wirtschaft bewirkt wird. Die Bedenken, die gegen die Anwendung der wissenschaftlichen Betriebsführung in der Industrie erhoben werden ⟨und auch da nicht gegen das System als solches sondern nur gegen dessen Verquickung mit Exploitationserhöhung gelten[5]⟩, fallen für die ganz anders geartete Landwirtschaft weg. Der weitere Ausbau der Untersuchung und die Verwertung ihrer Resultate in der Praxis müssen energisch betrieben, die Landarbeit muß erlernt werden. Als gelernter Arbeiter wird der Landarbeiter auf die Dauer bei geringerm Kraftaufwand und kürzerer Arbeitszeit quantitativ und qualitativ bessere Leistungen aufweisen als heute.

Landarbeiter und Landarbeitgeber müssen sich der Pflicht bewußt werden im Interesse der Produktionsmehrung eine gesunde ländliche Sozialpolitik nach Produktionsgesichtspunkten zu betreiben. So werden sie an ihrem Teil dazu beitragen die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit bis zu der Höhe zu steigern, die schon heute nach dem Stand unserer Wissenschaft und Technik möglich ist, und die zu erreichen eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk ⟨und, mit ihm, für die Völker des europäischen Festlands überhaupt⟩ bedeutet.

ADOLF BEHNE · DIE ZUKUNFT UNSERER ARCHITEKTUR

WAS geschieht heute in unserer Architektur Neues? Das Wesentliche scheint mir zu sein, daß unsere Architekten (ich meine jetzt die sogenannten Phantasten) den Keim suchen, aus dem eine Architektur wachsen könnte. Diese Künstler, die so sehr in das Weite zu schweifen scheinen, und die, wenn sie Inseln und Gebirge und selbst Sterne umbauen, noch den allermonumentalsten Bruno Schmitz übertreffen zu wollen scheinen, ziehen in Wirklichkeit den Ring des Schaffens eng auf seinen Mittelpunkt zurück.

Diese Besinnung auf die Wurzel ist gerade für uns wichtig. Unser Schaffen muß aus einer Urzelle naturorganisch wachsen. Wir werden unsicher im Schaffen, wenn wir, statt zu lauschen und zu pflegen, zwingen wollen. Besinnen wir uns daher allüberall auf den geistigen Kern, aus dem unsere Kunst wächst. Es ist unverkennbar, daß die Besinnung begonnen hat: die Liebe zur Kinderzeichnung, zur primitiven Kunst, das Schaffen eines Paul Klee, eines Paul Goesch und das Schaffen der jüngeren Architekten, der Bruno Taut, Wenzel Hablik, Hans Luckhardt, Max Taut, Hans Scharoun, Wassilij Luckhardt, Hermann Finsterlin, Wilhelm Brückmann, Carl Crayl, Hans Hansen, und der uns noch unbekannten Gesinnungsgenossen.[1] Im tiefsten Punkt des Schöpferischen greifen Kosmos und Seele zusammen, wie überall, wo etwas wächst. Jedes Wachsen ist ein kosmisches Wunder, und es ist

5) Siehe die Rundschau Psychologie, in den Sozialistischen Monatsheften, 1920 I, Seite 470 ff.

1) Man denke an die vom Arbeitsrat für Kunst veranstalteten Ausstellungen Unbekannte Architekten und Neues Bauen; siehe darüber die Rundschau Kunstgewerbe, in den Sozialistischen Monatsheften, 1919 I, Seite 422 f., und 1920 I, Seite 629 f.

kein Zeichen von Größenwahn, wenn einer Sterne ausstreut. Es ist auch kein Argument, daß technische Unmöglichkeiten vorliegen. Hier handelt es sich ja um ein Steigen in den tiefsten Schacht, noch unter die Materie, in den anfänglich bewegenden Geist. Das ist bei Betrachtung und Kritik nie zu vergessen. Es ist nicht Architektur in dem Sinn des Machens, Herstellens und Ausführens. Es ist vielmehr ein Stillsein, ein Auspendeln des Ruhepunkts. Es ist eine Sphäre geistiger Konzentration im ersten Anfang. Ich nenne nur Finsterlin ⟨der übrigens jetzt am Starnberger See zum Bauen kommt⟩. Die Auseinandersetzungen gehen gerade ihm gegenüber immer an der Sache vorbei. Herrlich sprüht das Geisteslicht aus seinen Worten und Plänen, und das sollen wir erkennen. Herrlich, wie ein Fließen kommt in alles Starre und Gewohntsein. Ein neuer Mut, ein neuer Ruf.

Die ästhetische, die sogenannte künstlerische Kritik geht fehl. Es handelt sich nicht um Kunstwerke im üblichen Sinn. Es ist eine Vorbereitung, ein Wegebahnen, und was allein gilt, ist, daß, die uns Bahnen zeigen wollen, mit geistiger Intensität erfüllt sind. Es wird sich zeigen, wie weit das der Fall ist, wie weit nicht. Keiner der Arbeitenden überschätzt seine Leistungen. Nur der Widerstand von seiten des *Fachs* führt leicht zu einseitigem Betonen. Niemand bedauert das mehr als die Arbeitenden. Wenn man ihnen sagt: Es ist noch nichts, was ihr bringt, sie nehmen es willig an. Sie wissen selbst, wie sie stehen. Aber nur der hat ein Recht zur Kritik, der wenigstens eingesehen hat, wo sie stehen. Gemessen an dem Ziel, das ihnen vorschwebt, ist das freilich nichts. Gemessen an dem, was ihre Kritiker ihnen zumeist vorhalten, ist es ein Wert.

Ein Mißverständnis ist besonders abzuweisen. Es handelt sich nicht um Expressionismus in der Architektur. Wenn man nicht Expressionismus in seiner ursprünglichen, reinsten Bedeutung meint: als Besinnung auf das Schöpferische. Zu dem jedenfalls, was sich heute in der Malerei und Plastik Expressionismus nennt, sind die Fäden nur sehr lose geknüpft. Das Ziel ist ein Bau und damit eine Kunst, die nichts mehr vom Expressionismus weiß. Die Architektur, die expressionistisch wäre, im Sinn des heutigen Allerweltsexpressionismus, wäre entsetzlich. Es fehlt nicht ganz an Beispielen in *Schieber*tanzlokalen. Damit haben wir nichts gemein. Fast alle heutigen expressionistischen Maler scheitern daran, daß sie nicht mehr zu geben vermögen als das egozentrische, individuelle Gefühl. Das Wort Expressionismus wird bald für diese Übergangssache reserviert werden müssen, die die Besten mehr und mehr überwinden. Das Ziel ist die objektiv gewonnene Form, die sich über dem Nebelwallen der Personalgefühle erhebt. Wir sehen in der Dichtung nach einer ähnlichen Periode des Expressionismus die beginnende Eroberung des Mythos. Der Dichter, der hierbei vielleicht das Stärkste geleistet hat, Brust, ist bis jetzt nur wenig bekannt geworden; auch Dietrich strebt nach diesem Ziel.[2] Der Sehnsucht nach dem notwendigen Mythos in der Dichtung entspricht genau das Verlangen nach Architektur unter den bildenden Künsten; und es ist schön, daß gerade Brust ein *Bauspiel* gedichtet hat. Das beweist wohl, daß man die Versuche der Architekten nicht gut als expressionistische Architektur abstempeln

2) Von Brust seien genannt Das Spiel Christa vom Schmerz der Schönheit des Weibes /Berlin 1918/, Der ewige Mensch /München 1919/, Spiele /München 1920/; von Dietrich Der Gotiker /Dresden 1918/, Passion /Dresden 1919/, Harmageddon /Dresden 1919/.

kann. Der Bau ist ‹und das ist ja der Grund, daß wir ihn wollen› nicht Material in den Händen eines Gefühlssymbolisten. Schweigend wird er Gestalt, wie der Kristall. Und das ist wiederum der Grund, weshalb die waschechten Expressionisten die Baukunst nicht als Kunst anerkennen. Uns aber ist sie höchste Kunst, eben weil sie mehr ist als Ausdruck persönlicher Empfindung.

Nun ergibt sich wohl eine Frage: Wird die hier geleistete Arbeit nicht abermals vergeblich sein, wie in den letzten Jahrzehnten jede Arbeit zur Erneuerung unserer Baukunst vergeblich war? Zugegeben einmal, daß hier ein Keim gefunden ist; wie soll dieser zarte, kleine Keim sich halten? Sind doch die so eminent robusten Stämmlinge der Vorkriegszeit schnell erledigt worden. Nun, jene Robustheit war nur Schein. Aber es ist wahr: Gefahren bestehen genug, um den zarten Zellkern zu bedrohen. Er kann nur dadurch erhalten bleiben, daß man ihn in das Erdreich senkt. Dieses ist jetzt die wichtigste und ohne Frage auch die schwierigste Arbeit. Es ist aber ein Moment, das uns Hoffnung geben kann. Mythos und Architektur gehören eng zusammen. Glaube, Verlangen nach Mythos, Verlangen nach Architektur: das alles ist heute schon mehr als eine Angelegenheit der Künstler, denn allgemein ist das Verlangen nach dem Glauben. Es ist ein gewisses Erdreich heute da.

Die deutsche Kunst hat nicht, wie die westliche, eine Tradition, die ihr ein bestimmtes Maß von Arbeit abnimmt. Das ist die Verschiedenheit zwischen Deutschland und Holland, die uns verhindert einfach in den holländischen Hafen[3] einzulaufen: Holland ist eine physische Einheit. Deutschland ist es nicht. Seine Einheit kann nur eine geistige sein. Die ersten, schüchternen Anfänge einer solchen sind mehr gefühlsmäßig als intellektuell erkennbar. Ganz deutlich ist auch, weshalb sich Deutschland, und gerade mit dem Ausgang der Gotik, aus der größern Einheit Europas zu lösen begann. Deutschland stand fest in dieser Einheit, solange sie ein Band des Glaubens zusammenschloß. Es war der Riß des Glaubens, der Europa trennte. Mehr als andere Völker bedarf das deutsche, das keine physische Einheit ist, des geistigen Bandes. Alle unsere entsetzliche Kulturlosigkeit mit dem Tiefpunkt nach 1870 ist Folge des fehlenden geistigen Bandes. Europa sank nicht so tief. Es wurde noch immer mit der Wirklichkeit fertig, was uns so ungeheuer schwer wird. Wir haben nur ganz wenige Architekten, die wirklich Sinnlichkeit haben. Gerade diese wenigen haben jetzt eine Aufgabe. Es ist die Zeit gekommen, wo die Utopie ihre Schuldigkeit getan hat. Jetzt steht vor uns die schwierigere Aufgabe die Wirklichkeit anzupacken, ohne ihr zu erliegen, sie zu zwingen, sie geistig zu beherrschen, zu formen. Hier können wir viel von Europa lernen. Und wir hoffen die Brücke bald schlagen zu können. Der erste Anfang dazu wird durch eine Ausstellung holländischer Architektur in Deutschland gemacht, für deren Zustandekommen sich Berlage eingesetzt hat. Wir bedurften der Einsamkeit, um uns zum Keim zurückzufinden. Nun aber müssen wir wieder in Europa leben, müssen heraus aus der Isolation. Wir müssen wieder für den Planeten arbeiten und schaffen. Bauen wir schon jetzt hinter dem offiziellen Europa der Pakte, Intrigen und Schikanen das neue, unser Europa auf, und die Staatsmänner werden

3) Siehe darüber Behne Europa und die Architektur, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 28 ff.

ihm Rechnung tragen müssen. Zu dieser europäischen Arbeit kommen wir nicht, indem wir *Kunstpolitik* treiben. Bewahre uns der Himmel davor! Keine Kongresse, keine Bankette, keine Journale, sondern Arbeit.

Arbeiten wir, bewußt des gewaltigen Ziels, an unserm neuen Bau: Mythos, Architektur, Glaube, ohne in Betriebsamkeit zu fallen. Wir wissen, daß man Glauben nicht machen kann, und daß ein Grundstück zu dem ersten konfessionslosen Tempel in Berlin nichts als ein Erfolg des Fleißes ist. Aber hüten wir die Flamme unseres Glaubens in allem, was wir tun. Dann wird unsere Arbeit eines Tages eine Notwendigkeit für Europa sein, und ein neuer Abschnitt unseres Tuns beginnen. Denn es handelt sich hier nicht um einen Gegensatz sondern nur um eine natürliche Ergänzung. Die kosmische, göttliche Harmonie regiert auch das Schaffen des Westens, der infolge der Stärke seiner Tradition mehr vor Zweifeln bewahrt ist. Das wahre Europa müssen wir schaffen. Die planetarische Gesinnung tut uns bitter not. Nichts wäre jetzt verkehrter als Deutschtümelei; sie wäre der Anfang vom Ende.

WIR müssen den Keim in die Erde senken, in ein frisches, fruchtbares, unerschöpftes Erdreich. Wo finden wir es? Im Volk, in der Masse, im Proletariat. Nicht, wie sie heute sind. Wir wollen uns keinen Illusionen hingeben. Wir müssen auch diesen Boden erst pflügen. Aber wir dürfen ihn nicht brach liegen lassen. Wenige wissen, welcher Reichtum in ihm steckt. Wir müssen die Erde lieben, als Ganzheit, uns an sie schmiegen, mit ihr leben, müssen das Fundament erkennen, auf dem wir bauen. Wir wollen nicht auf Parzellen bauen sondern auf der Erde, für deren Leben in der Großstadt die Empfindung erlischt. Was gibt den Arbeiten eines Finsterlin ihre schöne Reinheit, ihren Stolz, ihre Unberührtheit? Nicht zuletzt das völlige Fehlen der Großstadtatmosphäre. Großstadtarchitektur ist Gips, statt Stein, statt Holz. Selbstverständlich wird es noch gute Weile auch in den Großstädten für Architekten zu tun geben. Die Zulassung von Wolkenkratzern kann willkommene Anregung geben[4], aber es wäre bedauerlich, wenn mit ihnen eine sakrale Monumentalität hingestellt würde.

Das Fundament ist die Erde. Wir müssen die Erde öffnen, um unsere Bauten in sie zu säen, aber wir wollen nicht vergessen, daß die Erde auch wir selbst sind. Wir sind die Erde, und öffnen müssen wir auch uns selbst, uns offen halten aller Kreatur. Nichts anderes bedeutet es, wenn wir die Bauten Indiens mit stets neuer Ergriffenheit vor uns hinstellen.[5] Nachdem man freilich eine indische Mode gemacht hat, hoffen wir auf keine reine Wirkung mehr. Es waren nicht die Formen, die wir suchten, so herrlich sie sind. Wir wissen wohl, daß wir auf anderm Boden stehen, und daß die Nachahmung Indiens schlimmer wäre als jede andere Nachahmung. Es war die menschliche Einstellung der Bauenden, die uns ergriff, ihre Hingabe ohne Panzer, ihre Liebe ohne Ummauerung, ihr beispielloses Offensein. »Die Schönheit ist vor uns aufgerichtet und erhebt in göttlicher Ruhe, aber unerbittlich ihre ideale Forderung an uns. Nur wenige hören sie; aber diejenigen, die sie getroffen hat, haben keine Wahl mehr. Ungeheures an Verzicht, an Überwindung, an Reinheit, an Einfachheit verlangt das Vorbild von ihnen. Es verlangt ein ursprüngliches, elementar-kristallenes Menschentum; ein

4) Siehe die Rundschau Kunstgewerbe, in den Sozialistischen Monatsheften, 1920 II, Seite 1040 f.
5) Siehe darüber Taut Die Stadtkrone, mit Beiträgen von Scheerbart, Baron, Behne / Jena 1918/.

Menschentum, das sich vor keinem Begriff beugt, keine Konvention über sich ergehen läßt, keinen Zwang von außen unbesehen hinnimmt, nur weil er von einer Macht ausgeübt wird; ein Menschentum, das alle Ableitungen und Brechungen unserer Kultur enthüllend durchstrahlt, das den brennenden Trieb zur Nacktheit hat.«[6]

Schon sind Inseln des Menschentums in der Jugend unseres Volkes, schon findet sich von Insel zu Insel hier und da die Brücke. Auf solchen Fundamenten ruht der Bau. Er wird uns mit Ost und West zusammenführen, und dann wird Europa, heute ein Begriff, kompromittiert bis auf die Knochen, wieder zu einer Wirklichkeit werden, in Wechselwirkung alles Planetarischen. Wir haben eine große Aufgabe in der Welt: Dichter, Musiker, Bauende, Malende, und ohne Ausnahme alle. Sie verlangt nicht Geschäftigkeit und Betriebsamkeit, aber sie duldet keinen Müßiggang, auch wenn die Arbeit stockt. Wir müssen selbst die Fundamente für den neuen Bau sein. Und das erfordert: Wir müssen zuverlässig sein. Es soll niemandem gelingen aus unserm Streben eine Sache der Mode zu machen. Es hat ja schon sehr phantastische Moden gegeben. Aber die Phantasie selbst ist den Modenarren doch nicht greifbar.

WALT WHITMAN · ZWEI GEDICHTE · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

1

ICH glaube, ein Grashalm ist nicht geringer als der Tageslauf der Gestirne,
Und die Ameise ebenso vollkommen, ein Sandkorn und des Zaunkönigs Ei.
Und die Baumkröte ist ein Meisterstück vor dem Allerhöchsten,
Und die Brombeerranken könnten die Hallen des Himmels schmücken,
Und das schmalste Gelenk meiner Hand spottet jeder Maschinerie;
Und die Kuh, die mit gesenktem Kopfe malmend kaut, übertrifft jede Statue;
Und eine Maus ist Wunders genug, um Sextillionen von Ungläubigen wanken zu machen.

Ich finde, ich habe Gneis in mir, Kohle, langfädiges Moos, Früchte, Korn, eßbare Wurzeln,
Und bin mit einer Stukkatur von Vierfüßlern und Vögeln über und über bedeckt
Und habe aus guten Gründen zurückgelassen, was hinter mir liegt,
Ruf' alles aber, wenn ich es wünsche, wieder herauf.

Vergeblich Eile und Scheu,
Vergeblich sendet das plutonische Gestein seine alte Glut meinem Nahen entgegen,
Vergeblich zieht das Mastodon sich hinter seine eigenen, staubgewordenen Knochen zurück,
Vergeblich stehen die Dinge meilenweit von einander und nehmen mannigfaltige Gestalten an,

6) Siehe Behne Wiedergeburt der Baukunst, in dem in Note 5 erwähnten Werk, Seite 129.

Vergeblich setzt der Ozean sich in Höhlen fest, liegen Ungeheuer lauernd in der Tiefe,
Vergeblich ist der Bussard am Himmel droben zu Hause,
Vergeblich windet die Schlange sich über Schlingkraut und Klötze,
Vergeblich strebt der Elch zu der Wälder inneren Pässen,
Vergeblich segelt der messerschnäblige Alk fern gen Nord nach Labrador:
Flink folg' ich, ich erklimme das Nest im Klippenspalt.

2

ICH glaube, ich könnte mich den Tieren zuwenden und mit ihnen leben.
Ich stehe und betrachte sie lang und lange.

Sie schwitzen nicht und wimmern nicht über ihren Zustand,
Sie liegen nicht schlaflos im Dunkel und weinen über ihre Sünden,
Sie machen mich nicht krank mit Erörterungen über ihre Pflichten gegen Gott.
Kein einziges ist unzufrieden, kein einziges besessen von der Manie nach Besitz;
Kein einziges kniet vor dem andern noch vor einem von seiner Art, der vor Tausenden von Jahren lebte,
Kein einziges auf der ganzen Erde ist hochmütig oder unglücklich.

So zeigen sie ihre Beziehungen zu mir, und ich erkenne sie an.
Sie bringen mir Zeichen meiner selbst und erweisen sie klar als ihr Eigentum.

Ich wundere mich, woher sie diese Zeichen haben.
Ging ich vor ungemessenen Zeiten diesen Weg, und ließ ich sie achtlos fallen?
Ich selber, fortschreitend damals und heute und ewig?
Aufsammelnd und immer mehr offenbarend und mit Schnelle,
Unendlich und allsam, und die gleichen wie diese darunter?
Nicht zu abgeschlossen gegen die Geber meiner Erinnerungen,
Greif' ich hier einen heraus, den ich liebe, und geh' mit ihm unter brüderlichen Bedingungen.

Die gewaltige Schönheit eines Hengstes, feurig und meine Liebkosung erwidernd,
Der Schädel hochstirnig, breit zwischen den Ohren,
Die Glieder glänzend und gelenk, der Schweif den Staub vom Boden wirbelnd,
Die Augen voll funkelnder Bosheit, die Ohren fein geschnitten, flink beweglich.
Seine Nüstern blähen sich, wie ihn meine Fersen umschließen.
Seine wohlgebauten Glieder beben vor Lust, wie wir rundherum jagen.

Doch ich nütze dich nur eine Minute, dann laß' ich dich wieder, Hengst.
Wozu brauche ich deine Sprünge, da mein Galopp sie übertrifft?
Selbst wenn ich stehe oder sitze, komme ich ja schneller vorwärts als du.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Lydia Eger

Internationales Arbeitsamt Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hielt vom 5. bis zum 7. Oktober 1920 in Genf seine 5. Tagung ab. Der Direktor des Arbeitsamts, Genosse Albert Thomas, gab da eine Übersicht über die Annahme der Washingtoner Beschlüsse (siehe darüber diese Rundschau, 1920 I, Seite 96 f.) in den verschiedenen Staaten. Er führte zugleich aus, daß das Internationale Arbeitsamt nicht nur eine wissenschaftliche Einrichtung sei sondern rein praktische Aufgaben habe und deshalb auf die weitere Durchführung der Washingtoner Beschlüsse hinwirken werde. Der internationale Bergarbeiterkongreß hat an das Amt den Antrag gerichtet eine internationale Stelle zur Verteilung von Kohle und Rohstoffen zu schaffen. Dieser Antrag wurde mit 1 Stimme Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurde der Direktor ermächtigt mit dem Völkerbund in Verhandlung zwecks Schaffung eines internationalen Statistischen Amts für Preise und Gütermengen zu treten. Einem deutschen, von ausländischen Arbeitern teilweise unterstützten Antrag: die deutsche Sprache als Hilfssprache für die Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamts einzuführen, wurde man mit folgendem Beschluß gerecht: »Der Direktor wird beauftragt innerhalb der Grenzen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel die Maßnahmen zu treffen, um das amtliche Mitteilungsblatt und gegebenenfalls die sonstigen vom Arbeitsamt veröffentlichten Materialien in jede Sprache übersetzen zu lassen, die für eine zweckmäßige Verbreitung der Veröffentlichungen des Amts nötig erscheint.«

Daß die sozialpolitische Gesetzgebung international einen neuen Anstoß erhalten hat, zeigen die Wirkungen der Washingtoner Konferenz, die in dem folgenden Abschnitt mitgeteilt werden.

Arbeiterschutz Unter dem Einfluß der Beschlüsse von Washington hat die Arbeiterschutzgesetzgebung in einer Reihe von Staaten wesentliche Fortschritte gemacht.

Sämtliche Entwürfe der Washingtoner Konferenz hat Griechenland zur Übernahme genehmigt; ebenso hat es das Verbot der Verwendung weißen Phosphors verfügt.

Die Arbeitszeit im Bergbau wurde von Spanien neu geregelt. Sie wurde auf 8 Stunden, für die Arbeit unter Tag auf 7 Stunden festgesetzt. Jedoch sind auch hier abweichende Bestimmungen durch freie Übereinkunft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern möglich.

In Belgien wurden der Achtstundentag und das Nachtarbeitsverbot für Frauen und Jugendliche eingeführt.

In England wurde der Entwurf eines Schutzgesetzes für Frauen und Kinder ausgearbeitet. Danach soll Kindern unter 14 Jahren die Arbeit völlig verboten werden, Frauen und Jugendlichen unter 18 Jahren die Nachtarbeit zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens. Die Mindestnachtruhe ist auf 11 aufeinanderfolgende Stunden festgesetzt. Diese Bestimmungen sollen für alle durch die Washingtoner Beschlüsse vorgesehenen Betriebe gelten, mit Ausnahme der reinen Familienbetriebe. Scharf umstritten war bei diesem Entwurf die Genehmigung der Doppelschichten, die im Krieg für bestimmte Industrieen gestattet und von der Wiederaufbaukommission für die Nachkriegszeit empfohlen worden waren. Die Regierung wollte sie durch ein Ergänzungsgesetz festhalten, was jedoch durch den Widerstand der Labour Party in den Kommissionsberatungen unmöglich gemacht wurde. Die Frage wird von einem neuen durch das Home Office eingesetzten Ausschuß geprüft.

Um dem internationalen Abkommen über die Verwendung weißen Phosphors gerecht zu werden, hat Schweden neue Vorschriften erlassen. Erzeugung, Verkauf und Einfuhr von Zündhölzern, die weißen Phosphor enthalten, ist danach unter Strafandrohung verboten.

Eine Neuregelung der Arbeitszeit ist in Finnland erfolgt. Für das Handelsgewerbe wurde bestimmt, daß die Betriebe nur von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends, an den Vortagen vor Feiertagen nur bis 5 Uhr abends offen gehalten werden dürfen; Sonntags ist lediglich der Verkauf von Milch und Blumen während 2 Stunden gestattet. Besonders zu begrüßen ist die Bestimmung, daß Angestellten nach einem halben Jahr bezahlter Urlaub von 1 Woche zu gewähren ist. Die Dauer erhöht sich bis auf 4 Wochen nach 10jähriger Dienstleistung. Auch ein erweiterter Kinderschutz ist vorgesehen:

Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist ganz untersagt. Jugendliche bis zu 16 Jahren dürfen höchstens 6 Stunden arbeiten. Ferner ist der Frauenschutz verbessert worden: Die Schonzeit nach der Niederkunft soll 6 Wochen betragen, in den letzten Wochen vor der Niederkunft ist die Beschäftigung verboten. Als allgemeinste Bestimmung ist der Achtstundentag eingeführt. Überstunden, im Höchstfall 10 Stunden die Woche oder 100 Stunden im Jahr, bedürfen der Zustimmung der Angestellten und müssen mit 50% Lohnzuschlag vergütet werden. Die Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten hat für Erwachsene 12 Stunden, für Jugendliche 14 Stunden zu betragen. Die Sonntagsruhe umfaßt ununterbrochen 38 Stunden.

Nach derartigen Verbesserungen wird auch in Japan gestrebt. Hier ist die 70 Stunden-Woche noch Regel, und wer über 15 Jahre alt ist, darf noch länger als 12 Stunden täglich arbeiten. Freilich ist hier zu berücksichtigen, daß die Arbeitsintensität sehr gering ist, und daß der japanische Arbeiter mehr Wert auf langsame Arbeit als auf ausgedehnte Ruhepausen legt.

Heimarbeit

Die Heimarbeit, das Stiefkind aller gewerblichen Arbeit und zugleich sozialpolitischen Gesetzgebung, verlangte seit langem dringend einen den Verhältnissen mehr angepaßten und weitergehenden Schutz als ihn das deutsche Hausarbeitsgesetz vom Jahr 1911 bieten konnte. Die gesetzliche Regelung ist freilich hier schwieriger als auf jedem andern Gebiet; einmal, weil die prinzipielle Frage der Berechtigung der Heimarbeit (Beseitigung oder Sanierung) auf stärkste Meinungsverschiedenheit stößt, sodann, weil die häuslichen Verhältnisse, in deren Rahmen die Heimarbeit naturnotwendig gezwungen ist, durch ihre außerordentliche Verschiedenheit eine einheitliche Regelung sehr erschweren. Es ist deshalb durchaus aus der Natur der Sache zu verstehen, wenn das bisherige Hausarbeitsgesetz nicht mehr erreichte als an einigen wenigen Plätzen die Abstellung der krassesten hygienischen Mißstände und eine Verringerung des Zeitverlustes bei Annahme und Ausgabe der Arbeit, während die nach langem Warten im letzten Jahr geschaffenen Fachausschüsse kaum eine wirksame Tätigkeit entfalten konnten.

Der neue Entwurf eines Heimarbeitsgesetzes nun gründet sich auf die Ansicht, daß schädliche und überflüssige Heimarbeit abzubauen, die notwendige aber nach Möglichkeit zu schützen ist. Denn so traurig im allgemeinen die Zustände sind, es hieße doch das Übel nur vergrößern, wollte man durch einen Federstrich jeder Heimarbeit die Existenzmöglichkeit rauben. Es ist durchaus richtig, wenn Kaethe Gaebel in der Sozialen Praxis vom 13. Oktober 1920 sagt: »Es kann unter Umständen besser sein die Mutter den Kindern zu erhalten als ihr 12 Kubikmeter Luftraum und den Achtstundentag zu sichern, ein altes Ehepaar in dem dunklen Altstadtmilieu, in dem es sich nun doch einmal heimisch fühlt, und in das es hineingehört, mit einer harmlosen Heimarbeit zu belassen als es in den Fabrikbetrieb zu verpflanzen, dem es seelisch und körperlich nicht mehr gewachsen ist.«

Der neue Entwurf sieht eine Erweiterung des erfaßten Personenkreises gegenüber dem Hausarbeitsgesetz vor. Auch die Betriebe mit fremden Arbeitern sowie die mitarbeitenden Familienangehörigen und fremden Hilfspersonen werden einbezogen. Was die Lohnlisten und Lohnbücher anlangt, so wurden die Bestimmungen des § 4 des Hausarbeitsgesetzes und des § 114 der Gewerbeordnung übernommen, freilich mit dem Zusatz, daß die Bezeichnungen der Art und des Maßes der Arbeit etwa vorhandenen Mindeststücklöhnen entsprechen müssen. Als wesentlicher Fortschritt gegenüber dem Hausarbeitsgesetz darf die erweiterte Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit der Mitglieder des Haushalts gelten. Dem Schutz der öffentlichen Gesundheit dient das Verbot der Herstellung und Behandlung von Nahrungs- und Genußmitteln. Notwendig war dieses Verbot, weil die Kontrolle nicht so eingehend sein kann, daß jede Gefahr öffentlicher Gesundheitsschädigung ausgeschlossen ist. Eine Ausnahme mußte für die Tabakindustrie zugelassen werden, da hier ein Verbot zu einschneidend für gewisse Bezirke gewesen wäre.

Eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit, etwa im Sinn des Achtstundentags, war für die Heimarbeit nicht möglich. Einmal ist eine wirksame Kontrolle hier nicht durchzuführen, andrerseits ergibt es sich aus dem Zweck der Heimarbeit: der Frau die Haushaltführung noch nebenbei zu ermöglichen, daß sie mit zahlreichen gelegentlichen, also durchaus unregelmäßigen Unterbrechungen geleistet wird, so daß eine genaue Feststellung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit auch

von den Heimarbeitern selbst kaum erwartet werden kann. Die Aufsicht über die Heimarbeit ist der Gewerbeinspektion übertragen, der die Organe der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege zur Seite stehen.

In der Regelung der Lohnfrage konnte man sich auf die fortschreitende tarifliche Regelung stützen. Ihr wurde deshalb auch für die Zukunft der Vorrang gelassen. Die allgemeine Lohnfestsetzung von seiten des Staates ist als subsidiäre Maßnahme da gedacht, wo eine Einigung unter den Beteiligten nicht erreicht werden konnte. Zu diesem Zweck ist die Schaffung von Bezirkslohnämtern und eines Hauptlohnamts vorgesehen. Hier soll eine zentrale Regelung erfolgen, freilich unter Berücksichtigung der verschiedenen örtlichen Verhältnisse. Die Haupt- und Bezirkslohnämter sind paritätisch aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt, die von den Beteiligten gewählt werden; dazu kommen der Vorsitzende und 2 Beisitzer, die sämtlich von der Regierung zu ernennen sind. Ganz dem Wesen der Heimarbeit entsprechend sollen die Lohnämter Stücklöhne festsetzen; nur bei technischer Unmöglichkeit sind Zeitlöhne vorgesehen. Selbstverständlich sind Abmachungen der Beteiligten, die von den festgesetzten Bestimmungen der Lohnämter abweichen, ungültig, mit Ausnahme der Fälle, in denen solche durch die lohnamtliche Regelung ausdrücklich zugelassen sind.

Zurzeit steht der Entwurf zur öffentlichen Diskussion. Gewiß wird er in mancherlei Beziehung im ersten Augenblick enttäuschen, deswegen, weil das Hauptübel der Heimarbeit: die unkontrollierbare, den häuslichen oft recht mißlichen Verhältnissen notwendig angepaßte Arbeitsweise, die lediglich, aber auch ausreichend, durch das Wort Heimarbeit gekennzeichnet wird, nur in geringem Maß mehr steuern konnte als das alte Hausarbeitsgesetz. Erst ein Eindringen in das Wesen und die Erkenntnis der Notwendigkeit solcher gewerblichen Arbeit legen die Unmöglichkeit radikalern Vorgehens dar. Und insofern ist der Entwurf als Fortschritt durchaus zu begrüßen, als er nicht Lebensnotwendigkeiten und Lebensmöglichkeiten kurzerhand abschneidet sondern, und nun freilich mit weit stärkerm Nachdruck, die Arbeitsbedingungen auf ein höheres, menschenwürdigeres Niveau zu heben sucht.

In der Schweiz will man für die Heimarbeit Mindestlöhne gesetzlich festlegen. Sie sollen durch Fachkommissionen bestimmt werden, die aus je 3 Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und unbeteiligten Personen bestehen. Berufsverbände haben ein Vorschlagsrecht. Die Kommissionen sollen befugt sein die erforderlichen Erhebungen zu machen und die Einhaltung der Mindestlöhne zu überwachen. Im Streitfall entscheidet die eidgenössische Rekursinstanz endgültig, deren Mitglieder vom Bundesrat ernannt werden. Bei jeder Normierung von Mindestlöhnen ist der Beginn der Wirksamkeit festzulegen, sowie die Frist, nach deren Verlauf eine Abänderung verlangt werden kann. Vorher kann eine Änderung nur bei wesentlicher Umgestaltung der Verhältnisse gefordert werden.

Mittelstand

Zweifellos war in den letzten Jahren, ganz besonders seit den Umwälzungen der Revolution, das Handwerk das Stiefkind der Erörterung und der neuorientierten Politik. 2 Schriften wollen unabhängig von einander auch inmitten der Neubestrebungen die Interessen des Handwerks vertreten. In seiner Arbeit Selbstverwaltung des Handwerks im Volksstaat /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/ kommt Heinrich Lübbering zur Forderung einer fachberuflichen Selbstverwaltung, die organisationsmäßig durch die Schaffung von örtlichen Verwaltungsstellen ergänzt wird; ihnen soll der Schutz des Handwerks im allgemeinen, insbesondere also die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, Unterstützung des einzelnen Handwerkers obliegen. Karl Schrepfer dagegen fordert in seiner Schrift Das Handwerk in der neuen Wirtschaft /München, Duncker & Humblot/ mehr eine Fortentwickelung der bisherigen handwerklichen Verhältnisse dem neuen Staat entsprechend. Er verlangt eine neue Gesetzgebung auch auf dem Gebiet des Gewerbewesens, sparsame Finanzgebarung des Staats, Eingliederung des Handwerks in die Sozialversicherung dadurch, daß Entlassene aus Heilanstalten hier ein geeignetes Tätigkeitsgebiet finden, Einbeziehung des Handwerkers in die Sozialversicherung, Neuregelung des Verdingungswesens, Beseitigung der Submission und schließlich Herbeiführung einer Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern.

Das ganze Elend des Kleinrentnerstandes wird in einer Schrift des Amtsrichters Schneider aus Nürnberg, betitelt Der sterbende Stand der Rentner /München, Beck/, eindringlich dargestellt. Es

erscheint freilich mehr als fraglich, ob zur Linderung des Rentnerelends Sätze beitragen können, wie: »Ich empfehle dem Rentner mit der ganzen Kraft seiner Seele den Staatsbankerott als eine erlösende Tat zu begehren . . . Der Staatsbankerott läßt die Zinsforderungen vieler Rentner unbezahlt, aber er bringt sie auch nicht durch Scheinzahlungen mit entwertetem Papiergeld zum Erlöschen, sondern bewahrt sie einer bessern Zeit auf... Ein Staatsbankerott, der am notleidenden Rentner vorübergeht und dem besser situierten Rentner seine Forderungen aufbewahrt, solch ein Staatsbankerott oder, anders ausgedrückt, die rücksichtslose Einstellung der Notenpresse, das muß die Forderung des Rentnerstandes sein.« Nur eine gründliche Gesundung unserer Währungspolitik kann den Rentnern in ihrer gewiß nicht zu unterschätzenden Not Hilfe bringen.

Als statistisches Werk, aber darüber hinaus noch als theoretische Untersuchung zur Konsumtionslehre hat der 146. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik /München, Duncker & Humblot/ zu gelten, der eine Arbeit Adolf Günthers über die Lebenshaltung des Mittelstandes bringt. Die einleitenden Bemerkungen, die in die Theorie derartiger Statistik einführen, zeigen zugleich die Schwierigkeiten, die mit jeder solchen Arbeit verbunden sind. Und die folgenden statistischen Ergebnisse haben entschieden mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Trotzdem sind sie als Unterlagen für die Beurteilung der Lebenshaltung verschiedener Haushalte unbedingt wertvoll.

Informationsmittel Wesentlich neugestaltet wurde das Reichsarbeitsblatt, das Amtsblatt des Reicharbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung /Berlin, Hobbing/. Der amtliche Teil enthält von nun an eine vollständige Sammlung der Reichsgesetze, die von sozialpolitischer Bedeutung nach irgendeiner Hinsicht sind. Dazu kommen die amtlichen Bekanntmachungen über die Verbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen. Der nichtamtliche Teil soll Aufschluß über die Lage des Arbeitsmarkts, den Beschäftigungsgrad in einzelnen Gewerben, den Stand der Erwerbslosigkeit, die Entwickelung des Tarifwesens und die Ergebnisse der Lohn- und Lebenshaltungsstatistik geben. Dazu kommen Berichte aus den anderen Ländern.

Als 20. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt erschienen Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im In- und Ausland. Ein außerordentlich wertvolles Material, vor allem auch für die Beurteilung der Kriegsverhältnisse.

Die Statistische Zentralkommission der Republik Österreich veröffentlichte die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in Österreich /Wien, Gerold/ sowie die Vorläufigen Ergebnisse der außerordentlichen Volkszählung vom 31. Jänner 1920 nebst Gemeindeverzeichnis /Wien. Österreichische Staatsdruckerei/. Als statistisches Vergleichsmaterial haben die beiden Publikationen Bedeutung.

Für Tschechien gab das Statistische Staatsamt der Tschechoslowakischen Republik in Prag ein Statistisches Handbuch heraus, das insbesondere über die landwirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Verhältnisse in der Republik dienliche Zahlen bringt.

Ein wesentliches Hilfsmittel in den Fragen der Militärversorgung stellen die Entscheidungen des deutschen Reichsmilitärversorgungsgerichts dar, die vom Reichsversicherungsamt veröffentlicht werden /Berlin, Behrendt/.

Kurze Chronik Die Interalliierte Kommission des Rheingebiets hat für alle lebenswichtigen Betriebe (Eisenbahnen, Straßenbahnen, Bergwerke, Schiffahrt, Gas, Wasser, Elektrizität) und in den für den Heeresbedarf wichtigen Unternehmen den Schlichtungszwang bei Arbeitsstreitigkeiten eingeführt. Die 1. Instanz sind die deutschen Behörden, von diesen kann Berufung an einen von der Rheinlandkommission ernannten Schlichtungsausschuß eingelegt werden. Die Parteien sollen durch 4 Delegierte vertreten sein, von denen 2 die Unternehmer und 2 die Arbeiter stellen. Die Entscheidung des Ausschusses wird in einem Protokoll niedergelegt und den Parteien zugestellt. Jede Partei ist dann berechtigt die Aussperrung oder den Streik zu erklären; doch darf dies erst 8 Tage nach einer entsprechenden Mitteilung an die Delegierten der Interalliierten Kommission geschehen. <> Auf der Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge in Jena wurde als wichtigste Reform der Armengesetzgebung die Aufhebung des Unterstützungswohnsitzes verlangt, an dessen Stelle die Fürsorgepflicht des Aufenhaltswohnsitzes treten soll. Den Armenverbänden soll zur

Deckung der Ausgaben eine ausreichende Unterstützung seitens des Reichs und der Länder gewährt werden. Ferner soll der Rechtsanspruch, der vereinzelt gefordert wurde, durch eine Erweiterung des Beschwerderechts gesichert, jede Beschränkung politischer Art oder der Freizügigkeit vermieden werden. ◇ Das deutschösterreichische Invalidenversorgungsgesetz vom 1. Oktober 1920 enthält die Bestimmung, daß 4% Schwerinvaliden im Betrieb zu beschäftigen sind, eine Zahl, die durch Vollzugsvorschriften noch ermäßigt werden kann. Eine besondere Organisation von Vertrauensmännern der Invaliden innerhalb des Betriebs ist nicht vorgesehen, die Durchführung wird vielmehr von der Invalidenschaft und den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer überwacht. Betriebe, die keine Kriegsinvaliden beschäftigen können, haben eine mäßige Ausgleichssteuer zu zahlen. Sie ermöglicht die Schaffung eines Fonds zur Unterstützung arbeitsunfähiger und arbeitsloser Kriegsinvaliden. ◇ Durch Volksabstimmung wurde in der Schweiz nach heftigen Abstimmungskämpfen mit rund 300 000 gegen 271 000 Stimmen die endgültige Einführung des Achtstundentags bei den Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieben beschlossen.

Literatur

Als 19. Heft der Flugschriften der Stimmen der Zeit /Freiburg, Herder/ erschien eine Arbeit Bernhard Duhrs Großstadtelend und Rettung der Elendesten. Es ist eine Schrift, die, im Geist der Heilsarmee geschrieben, deren Wollen und Schaffen darstellt. Sie packt, wie alles, was aus der Feder eines ganz von seinen Zielen ergriffenen Sektierers stammt, und läßt doch das Gefühl nicht schwinden: Trotz der Nähe, aus der diese Menschen die Wirklichkeit sehen, ist sie ihnen fremd. ◇ Der Verlag der Kulturliga in Berlin gibt als 18. Heft der Beiträge zu den Problemen der Zeit eine Schrift B. Schidlofs heraus, die Arbeitszeit und Arbeitslohn in der Kommunistengemeinde betitelt ist. Die sichtlich angestrebte Objektivität in der Behandlung dieses zentralen Problems ist anzuerkennen. Daß dieses nicht in seiner Tiefe erfaßt wird, ist um so weniger als schwerer Vorwurf anzusehen, als dies auch sonst von keiner Seite, namentlich auch nicht von denen, die sich heute Kommunisten nennen, geschieht.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Hebammenwesen

Ende September 1920 legte die preußische Regierung der Landesversammlung einen Entwurf für eine Neuregelung des Hebammenwesens vor. Die Landesversammlung hat ihn nicht mehr verabschiedet. In ihrer letzten Sitzung, am 14. Januar 1921 ergab sich durch Obstruktion von verschiedenen Seiten des Hauses dessen Beschlußunfähigkeit. Der Wohlfahrtsminister Stegerwald erklärte aber in dieser Sitzung, daß er das Gesetz dem neuen Landtag so rechtzeitig zugehen lassen werde, daß es noch an dem in Aussicht genommenen Termin, also am 1. April 1922, in Kraft treten könne.

Die Neugestaltung des Hebammenwesens beschäftigt die gesetzgebenden Körperschaften Preußens schon seit geraumer Zeit. Der letzte Entwurf vor diesem neuesten, der vom Jahr 1918, wurde im Landtag nicht erledigt. Er erstrebte eine gleichmäßige Verteilung der Hebammen über Stadt und Land, indem er eine Niederlassungsgenehmigung für jede Hebamme einführen wollte. Außerdem beabsichtigte er die Einkommensverhältnisse der Hebammen auf eine andere Grundlage zu stellen. Auch der neue Entwurf geht davon aus, daß zur Abstellung von Mißständen im Hebammenwesen vor allem die wirtschaftliche Lage der Hebammen gesichert werden müsse. Wenn diese durch ihren Beruf ihren vollen Lebensunterhalt finden, wird zweifellos eine große Zahl von Mißständen verschwinden, die ihre Quelle darin haben, daß zahllose Hebammen auf Nebenerwerb angewiesen sind und vielfach in diesem die Hauptquelle ihres Einkommens suchen. Voraussetzung für die Sicherung des Lebensunterhalts ist aber nach der Begründung die Beschränkung der Anzahl der Hebammen auf das notwendige Maß und ihre angemessene Verteilung über das ganze Land; nur, soweit Hebammen zur geburtshilflichen Versorgung der Bevölkerung notwendig seien, liege ein öffentliches Interesse für ihre finanzielle Sicherstellung vor. Das ist ein durchaus richtiger Satz. Man kann allerdings aus ihm auch die Folgerung ziehen, daß nur für diese notwendige Zahl von Hebammen die öffentliche Regelung erforderlich ist, darüber hinaus aber anderen, die die ausreichende Ausbildung nachweisen, die Ausübung der geburtshilflichen Praxis nicht abgeschnitten zu werden braucht. Der Entwurf steht auf einem andern Standpunkt. Er

will die Bezirkshebamme einführen, die innerhalb eines bestimmten Bezirks, und nur in diesem, tätig sein darf. Außer den Bezirkshebammen sollen Hebammen nur noch im Dienst von Entbindungs- oder Krankenanstalten zugelassen werden. Die Bezirkshebamme kann entweder Beamtin sein oder auf Dienstvertrag angenommen werden. Sie soll, einerlei von welcher Art der Anstellung die Kommunalverbände (Stadt- und Landkreise) Gebrauch machen, ein festes Einkommen und ein bestimmtes Ruhegehalt beziehen. Sie soll also künftig nicht mehr darauf angewiesen sein für ihre Hilfeleistungen Gebühren einzufordern; es ist ihr vielmehr die Erhebung oder Annahme solcher Gebühren in dem Gesetzentwurf ausdrücklich verboten.

Nach dem Entwurf haben die Kreise ihr Gebiet in Hebammenbezirke einzuteilen. Für jeden Bezirk sind mindestens 2 Hebammen als Beamtinnen oder durch Dienstvertrag anzustellen. Doch kann mit Genehmigung des Regierungspräsidenten für einen Bezirk mit geringerer Bevölkerungsdichtigkeit nur 1 Hebamme eingestellt werden. Der Gesetzentwurf schließt also die freie Wahl der Hebamme aus, wie sie bisher, wenigstens in größeren Orten mit mehreren Hebammen, den Frauen zustand. Der Entwurf kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß eine solche Beschränkung der Auswahl große Bedenken gegen sich hat. Wenn man zum Beispiel überlegt, daß die Krankenkassenmitglieder und die Ärzte in einem langen Kampf die freie Arztwahl für Kassenpatienten durchgesetzt haben, so wird man die Durchbrechung dieses Grundsatzes der freien Wahl bei der Auswahl der Hebammen nicht leicht nehmen. Auch die Begründung zu § 6 gibt zu, daß man einer Schwangern und insbesondere einer Gebärenden nicht zumuten kann den Beistand einer Hebamme in Anspruch zu nehmen, zu der sie kein Vertrauen hat, oder gegen die sie mit oder ohne Grund ein Gefühl der Abneigung hegt. Sie gibt ferner zu, daß eine solche Zumutung von der Bevölkerung nicht verstanden werden würde. Außerdem kann sie sich der Wahrscheinlichkeit nicht verschließen, daß die Gefahr der Heranziehung von Hebammenpfuscherinnen eine Folge der Beschränkung der Auswahl sein würde. Um ihr in gewissem Umfang zu begegnen, schreibt daher der Entwurf vor, daß jeder Bezirk mindestens durch 2 Hebammen versorgt werden muß. Auf diese Weise wird natürlich keine freie Auswahl hergestellt; das wird der Entwurf wohl auch kaum behaupten wollen. Notwendig ist die angestrebte Beschränkung der Auswahl in vielen Fällen sicherlich nicht. Warum soll zum Beispiel in einer Stadt, wo mehr als 2 Hebammen tätig sind, den Frauen nicht die Auswahl unter den vorhandenen gegeben werden? Auch auf dem Lande ließe sich eine größere Auswahl dadurch erreichen, daß die Bezirkshebammen auch in den angrenzenden Nachbarbezirken ohne weiteres tätig sein dürfen, wenn sie gerufen werden. Da die Bezirkshebammen ein festes Einkommen haben, Vergütungen von den Hilfeheischenden nicht einfordern dürfen, ist die Kundenjagd wohl so gut wie ausgeschlossen.

In jedem Kreis muß nach § 13 eine Hebammenstelle eingerichtet werden. Ihr müssen ein Vertreter des Kreisausschusses, in Stadtgemeinden des Gemeindevorstands, ferner der Kreisarzt, sowie 2 Hebammen und 2 Mütter angehören. Die Berufung weiterer Mitglieder ist zulässig. Es können also die Stadtärzte und die Fürsorgeärzte Mitglieder der Hebammenstelle sein. Die Hebammenstelle muß in einer Reihe von Punkten gehört werden, die die Person der Hebamme oder Hebammenschülerin betreffen oder organisatorischer Natur sind. Man muß sich bei der Prüfung der verschiedenen Punkte die Frage vorlegen, ob eine solche Hebammenstelle überhaupt notwendig ist. Ohne Zweifel geht die Einrichtung auf die allgemeine Tendenz zurück jeder ausführenden Stelle einen beratenden Ausschuß an die Seite zu stellen. Auch hier hat man dieser Tendenz nachgegeben, ohne daß wirklich das Bedürfnis für eine solche Einrichtung sachlich begründet wäre. So soll die Hebammenstelle vor der Bildung oder Abänderung der Hebammenbezirke, vor der Anstellung oder Annahme von Bezirkshebammen, vor der Versetzung der Bezirkshebamme in den Ruhestand, bei der Auswahl der Hebammenschülerinnen usw. gehört werden. Wollte man den gleichen Gedanken auch auf anderen Gebieten der Gesundheitspflege durchführen, so wüßte man sich vor lauter beratenden Ausschüssen nicht zu helfen. Noch überflüssiger ist die Provinzialhebammenstelle, die in jeder Provinz eingerichtet werden soll. Die Durchführung des Gesetzes bringt Kreisen und Staat recht bedeutende neue Kosten, und diese werden durch die genannten beratenden Ausschüsse unnützerweise noch vermehrt, ohne sichtbaren Vorteil.

Der Gesetzentwurf ist in dem Ausschuß für die Bevölkerungspolitik vollständig umgearbeitet worden. Die Zahl der Paragraphen stieg von 22 auf 41. Wenn man einen Preis darauf gesetzt hätte: in einer verhältnismäßig so einfach liegenden Verwaltungsmaterie das Höchstmaß von Bureaukratisierung und Kompliziertheit zu erreichen, hätte der Ausschuß den Preis glänzend gewonnen. Nicht mehr die Kreise, die man dort nur notgedrungen, weil eine große Zahl von Gemeinden zu klein ist, um eine Hebamme zu unterhalten, an die Stelle der Gemeinden gesetzt hat, sondern der Provinzialverband ist Träger des Hebammenwesens. Infolgedessen kommt es zu Konstruktionen, wie die folgende: Wenn eine Hebamme Nebenerwerb annehmen will, braucht sie dazu die Genehmigung des Provinzialverbands; dieser muß vorher den Kreisausschuß oder den Magistrat und die Kreishebammenstelle hören. Tant de bruit pour une omelette! Es ist ein Glück, daß das Gesetz vorläufig nicht zustande kam. So kann man doch hoffen, daß der neue Landtag weniger bureaukratisch durchseucht sein wird.

Informationsmittel Am 15. November 1920 begann unter dem Titel Einigungsamt eine neue Monatsschrift zu erscheinen /Berlin, Verlag Einigungsamt/, die, wie der Untertitel ausdrückt, ein »Bindeglied für die Interessen der deutschen Einigungsämter« sein will. Wie der Herausgeber, der Magistratsassessor Brumby, in seinem Geleitwort ausführt, besteht für die Mitglieder der Einigungsämter ein großes Bedürfnis nach dauernder Information. Es fehlte aber bisher an der Möglichkeit eines Austausches der Erfahrungen, an der gegenseitigen planmäßigen Fortbildung sowie an einer einheitlichen Fortentwickelung des Rechts. Die neue Zeitschrift will diese Lücke auszufüllen suchen. Sie stellt sich gleichzeitig die Aufgabe ihre Tätigkeit im Geist einer Hüterin richterlicher Sachlichkeit und einer gerechten und ausgleichenden Vermittlerin zu üben.

Da die Errichtung und der Ausbau von Wohlfahrtsämtern zurzeit in lebhaftem Fluß sind, dürfte das Material, das der Bürgermeister Malies über die Entstehung, den Aufbau und die Tätigkeit der von ihm geleiteten Bürgermeisterei Benrath am Rhein gibt (Ein Jahr Gemeindewohlfahrtsamt /Köln, Th. Quos/) in den beteiligten Kreisen und darüber hinaus willkommen sein. Man erhält dadurch ein anziehendes Bild von der lebhaften Tätigkeit der Bürgermeisterei auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege im weitern Sinn. Das Wohlfahrtsamt umfaßt Arbeitsamt, Fürsorgeamt, Jugendamt, Kriegsversorgungsamt, Volksbildungsamt, Wohnungsamt und eine Abteilung für gemeinnützige Einrichtungen und Vereine, also die Gebiete der Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege im eigentlichen Sinn.

Kurze Chronik Die Finanznot unserer Gemeinden treibt zur Einführung immer neuer und Anwendung veralteter Steuern, über deren Gemeinschädlichkeit sich die Finanzwissenschaft einig ist. So hat das ostfriesische Dorf Ostgroßfehn eine Tür- und Fenstersteuer eingeführt. Für jede Tür wird 1 Mark, für jede Scheunentür 1,50 Mark gezahlt, die Fenster sind mit 1 Mark, Schaufenster und Doppelfenster mit je 2 Mark Steuern belegt worden; außerdem sollen Veranda und Balkon mit jährlich 30 Mark versteuert werden. Aufwandssteuern der verschiedensten Art sind an der Tagesordnung. Es werden nicht nur Klaviere sondern auch Jagdschlitten und Jagdgewehre, elektrische und Gaslampen usw. der Besteuerung unterworfen. ◇ In Remscheid wurde der Beschluß gefaßt ein Privatwohnhaus durch das städtische Baubetriebsamt errichten zu lassen. Der Bau soll die Probe liefern, ob der kommunalisierte Baubetrieb konkurrenzfähig ist. ◇ Eine Schulkinogemeinde wurde in Berlin gegründet. Durch Ausgabe von Anteilscheinen werden die Mittel für einen Kinomatographen aufgebracht, der zu Lehr- und Unterhaltungszwecken in der Schule vorgeführt wird. ◇ In Wattenscheid wurde am 1. Januar eine Stadtbank eröffnet.

Literatur Der bekannte Städtebauer Fritz Schumacher, jetzt in Köln, behandelt in einem schon 1919 veröffentlichten Buch Hamburger Wohnungspolitik von 1818 bis 1919 /Hamburg, Friederichsen/ die Umgestaltung der alten Stadt Hamburg und die Gestaltung ihrer werdenden Stadtviertel. Der Verfasser schließt an die geschichtliche Darstellung jeweils allgemeine Ausführungen an, die in ihr Illustration und Grundlage finden. Die Schrift zeigt alle die Vorzüge des Verfassers. Sie ist in flüssigem Stil geschrieben und versteht die Aufmerksamkeit des Lesers von Anfang bis zu Ende festzuhalten.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Marxismus und Soziologie

Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie ist der Titel eines auf 2 Bände angelegten Werkes Heinrich Cunows, von dem bis jetzt der 1. Band erschienen ist /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/. Der Wert des Buches liegt vor allem in der Art, wie der Verfasser auf Grund weit ausgedehnter Studien in übersichtlich knapper Gliederung und mit interessanten Ausblicken auf den jeweiligen Hintergrund der politisch-sozialen Zeitverhältnisse ein Bild von der allmählichen Herausbildung einer soziologisch-entwickelungsgeschichtlichen Betrachtungsweise entwirft. Namentlich die Abschnitte über die englische, französische und deutsche soziale Literatur des Aufklärungszeitalters enthalten eine Fülle des Anregenden. Vollständigkeit ist bei der gewaltigen Ausdehnung des Stoffs selbstverständlich von vornherein gar nicht erst angestrebt worden. Es kam nur darauf an gewisse Hauptetappen dieser fortschreitenden Bewegung und das Auftreten neuer fruchtbarer Gesichtspunkte in ihr lebendig anschaulich zu charakterisieren, einen allgemeinen Abriß der weitverzweigten Gedankenwelt zu vermitteln, die Marx schon vorfand. Mit der Ausrichtung auf den Marxismus als den Knoten- und Gipfelpunkt ist eine Beziehung auf ein lebendig Gegenwärtiges und Bedeutungsvolles gegeben.

Doch dieser historische Rückblick soll nach dem Plan des Buches nur Einleitung zur Gesamtdarstellung und kritischen Würdigung all der Gedankenreihen sein, die, in den Marx-Engelsschen Schriften verstreut, das Wesen ihrer besondern Geschichtsauffassung charakteristisch beleuchten. Die Glieder und Momente dieses Ganzen sollen »in ihrem logischen Zusammenhang« erfaßt und »nach ihrer Zurückführung auf bestimmte Grundideen zu einer systematischen Darstellung der Marxschen Geschichts-, Gesellschafts- und Staatslehre« verwendet werden. Ein Versuch, der dann zu einer Auseinandersetzung mit der berühmten Formulierung der Marxschen Geschichtsauffassung in der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie führen müßte und zu zeigen hätte, wie sich durch Fort- und Umbildung der Grundidee eine genauere, schärfer bestimmte Formulierung gewinnen läßt, vor der alle die Einwände, die gegen jene Marxschen Thesen unter Berufung auf historische Tatsachen erhoben worden sind, verstummen müssen. Ausgehend von dem Marxschen Begriff des gesellschaftlichen Lebensprozesses, der ja von vornherein immer nur als ein gesellschaftlicher Lebensprozeß zu Stämmen ⟨später zu Staaten⟩ verbundener, in Stämmen und Staaten sich fortpflanzender Menschen möglich ist, müßte sich zeigen lassen: Warum und inwiefern eine soziologische Geschichtsbetrachtung, die »Bau und Leben des sozialen Körpers« in der Stammes- und Staatengeschichte methodisch verfolgen will, in dem gesellschaftlichen Lebensprozeß, der so verschiedene Momente zeigt, gerade dessen wirtschaftliche Bestimmtheit als allgemeinsten leitenden Gesichtspunkt für die Erforschung der Entwickelung hervorzukehren hat. Der Grund dafür kann offenbar nicht der sein, daß alle sozialen Vorgänge rein durch die wirtschaftlichen Verhältnisse oder, wie Engels sagt, »in letzter Instanz« durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt seien. Das ist ja deshalb bereits ausgeschlossen, weil die Entwickelung einer ökonomischen Struktur überall schon an Blutsverwandtschafts- und Geschlechtsverhältnisse, andrerseits in weitem Umfang an durch den kriegerischen Widerstreit der Stämme geschaffene Beziehungen anknüpft. Der Grund kann vielmehr nur darin liegen, daß, bei aller wechselseitigen Verschlungenheit der Sphären des gesellschaftlichen Lebensprozesses, dessen sich ständig forterhaltender Gesamtzusammenhang, die Art seiner Strukturbestimmtheit und der in der Strukturbestimmtheit angelegten Entwickelungsrichtung durch Reflexion auf dieses unabtrennbar in ihm mitenthaltene ökonomische Moment eine unvergleichlich fruchtbare, entscheidende Aufschlüsse gewährende Beleuchtung erhält. Der 1. Band des Cunowschen Buches enthält noch nichts Genaueres über den allgemeinen Plan, den der Verfasser in der systematischen Darstellung einzuschlagen denkt. Hier erörtert er einstweilen nur Marx' Auffassung vom Staat und vom Verhältnis des Staats zur Gesellschaft; zeigt insbesondere, wie die Hegelsche Konzeption eines »vollkommenen« oder Vernunftstaats, die auch in den ersten Aufsätzen des jungen Marx noch stark hervortritt, dann bei Herausarbeitung seiner eigenen materialistischen Geschichtsauffassung ganz verdrängt wird. Der Staat erscheint bei ihm und Engels später durchgängig als bloße Institution der Klassenherrschaft, als *Klassenstaat*; und dies Charakteristikum aller bisheri-

gen Staatsgebilde erachten sie als so organisch mit dem Wesen jedes Staats verbunden, daß sie erklären: mit der Aufhebung der Klassengegensätze und der Verwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise müsse dieser selbst verschwinden. Seine historische Rolle sei dann ausgespielt. Dagegen und gegen die Darstellung, die Engels in seiner bekannten Schrift über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, im Anschluß an Morgans Forschungen, von der Entstehung des athenischen und römischen Staats gibt, richtet sich hier die Cunowsche Kritik. Engels hat nach seiner Ansicht im Bestreben die Staatsbildung rein aus den inneren Klasseninteressen und -gegensätzen innerhalb der überlieferten Stammesorganisation herzuleiten die prinzipielle Bedeutung, die der Eroberung und Unterwerfung fremder Stämme bei Entstehung von Staaten zukommt, nicht genügend in Anschlag gebracht. Erst die Eroberung und Unterwerfung geben den entscheidenden Anstoß zur Schöpfung einer zentralisierten politischen Gewalt. Cunow begründet diese seine Auffassung durch eine Reihe interessanter historischer Exkurse; unter anderm auch durch den Hinweis, daß auf den Melanesischen Inseln, wo die eingeborene Bevölkerung eine bereits stark ausgeprägte Klassengliederung zeige, wo aber keine Unterwerfung fremder Völkerschaften stattgefunden habe, auch von einer eigentlichen Staatsgewalt und Staatsverfassung sich noch keine Spuren finden.

Weiter aber. Wie immer der Staat entstanden und von den herrschenden Klassen als Mittel ihrer Klassenherrschaft benutzt worden sei, ihm sind nach Cunow derart komplexe Funktionen zugefallen, daß sich deren Ableitung aus dem bloßen Zweck der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft von vornherein verbietet. In diesem Sinn hat Paul Kampffmeyer sich gegen die Einseitigkeit, zu der das Schlagwort vom Staat als Klassenstaat leicht verleitet, vor vielen Jahren schon gewendet und mit ähnlicher Argumentation, wie Cunow hier, auf den ständig wachsenden Kreis von Aufgaben exemplifiziert, die dem modernen Staat gerade durch das Aufsteigen der Arbeiterklasse und die Tendenz zur Sozialisierung fortschreitend zugewiesen werden. Wie anders ist eine von der Gesellschaft planmäßig zu leitende Produktion und Verteilung, wie sie dem Sozialismus vorschwebt, überhaupt denkbar als in der Art und Weise, daß die Gesellschaft als ein politisch, staatlich organisiertes Volk, diese ihm Einheit gebende, die Durchsetzung eines Kollektivwillens der Volksgenossen überhaupt erst ermöglichende staatliche Organisation zu solchem Zweck braucht und in dessen Dienst ständig ausbaut? Wie sollen alle die zahllosen Wohlfahrts- und Kulturaufgaben, deren Umkreis immer gewaltiger anschwillt, anders als unter ständiger Zuhilfenahme der allgemeinen Staatsgewalt bewältigt werden? Wie sollte ohne Staat ein Schutz vor feindlichen Einfällen und gegen verbrecherische Übergriffe der eigenen Volksgenossen selber möglich sein? Indes, das alles liegt ja auf der Hand und kann daher doch einem Marx und Engels, die die phantastischen Ideologieen des Anarchismus seit jeher bekämpften, am allerwenigsten entgangen sein. Man wird deshalb derartige Äußerungen vom notwendigen »Absterben des Staates« usw. billigerweise als ein jeu d'esprit, als Spiel mit einer, von dem hergebrachten Usus abweichenden Terminologie betrachten müssen. Ähnlich wie etwa den Satz im Kommunistischen Manifest, daß die Arbeiter keine Familie haben. Die unbestreitbare Tatsache, daß der Proletarier kein Eigentum oder doch so gut wie kein Eigentum besitzt, das er bei seinem Tod den Kindern hinterlassen könnte, erhält in solcher Wendung, die stillschweigend das Familienerbe als ein unabtrennbar zu ihrem Begriff gehörendes Moment unterstellt und so zur paradoxen These kommt, der Proletarier sei familienlos, nur eine neue, frappante, agitatorisch wirksame Prägung. Und mit dem selben Recht oder Unrecht kann man auch den Begriff des Staats dahin pointieren, daß nur solche zentrale Gesellschaftsorganisation, die als Instrument der Klassenherrschaft dient, im eigentlichen Sinn ein Staat sei, und daß aus diesem Grund die sozialistische Gesellschaft, obwohl sie einer zentralistischen und mit Zwangsmitteln ausgerüsteten Organisation natürlich nicht entraten könne, darum, weil es hier keine Klassen zu unterdrücken gäbe, als staatlose Gesellschaft existieren werde.

Dies in Betracht gezogen, scheint es mir äußerst fraglich, ob sich aus den späteren Äußerungen Marxens, die Cunow heranzieht, und in denen er eine Beeinflussung des Marxschen Denkens durch englische liberale, manchesterlich gefärbte Staatsrechtsideen konstatieren zu können meint, eine im allgemeinen Sinn staatsfeindliche Tendenz, eine Verken-

nung der gewaltigen Bedeutung und Zukunftsbedeutung der staatlichen Organisationsform herauslesen läßt. Marx selber hätte vermutlich sehr entschieden dagegen protestiert. Daß hier und da bei einzelnen Gelegenheiten von ihm dies oder jenes einzelne Moment isoliert erst hervorgekehrt wird, beweist nicht im geringsten, daß er darum die anderen Seiten nicht gesehen, sie nicht in den Umkreis seines Denkens einbezogen habe. Wäre zum Beispiel seine, ja gar nicht für den Druck bestimmte Kritik des Gothaer Programmentwurfs vom Jahr 1875 nicht später aus dem Nachlaß in der Neuen Zeit veröffentlicht worden, so könnte man, gestützt auf zahlreiche Einzelzitate aus dem 1. Band des Kapitals, mit einem Schein des Rechts den Einwurf wider ihn erheben, daß er bei seiner Kritik der Mehrarbeit (also der Arbeitszeit, für die der Arbeiter im Lohn kein Äquivalent empfängt) übersehe, daß auch eine jede Art von Klassenausbeutung ausschließende sozialistische Zukunftsgesellschaft die fortlaufende Leistung von Mehrarbeit in diesem Sinn von ihren produktiven Arbeitern verlangen müsse. In Wahrheit aber ist ihm dieser Tatbestand, wie jener Aufsatz zeigt, vielmehr durchaus präsent gewesen und hat sein Denken aufs lebhafteste beschäftigt. Aber es bedurfte für ihn des Anstoßes, den ihm das Schlagwort vom *Recht auf den vollen Arbeitsertrag* in dem Programmentwurf bot, um jene ihm doch so vertrauten und offenkundig nach allen Seiten hin durchdachten Reflexionen besonders auszusprechen. Man sollte, eingedenk der mächtigen Weite seines Gesichtskreises, deshalb, wo Lücken und anscheinende Widersprüche zwischen seiner soziologisch-evolutionistischen Grundauffassung und einzelnen Äußerungen hervortreten, immer wieder prüfen, ob jener Widerstreit nicht vielleicht nur am Schein des Wortlauts haftet, bei näherer Zerlegung und Ergänzung durch Zwischenglieder seine Lösung findet. So gewiß Marx einen unvergleichlich ragenden Gipfel der soziologischen Forschung darstellt, und so gewiß ein weiterer Fortschritt der soziologischen Erkenntnis eine kritische Auseinandersetzung mit den Marxschen Theorieen unabweislich erheischt, wird sich eine solche, unter Beiseiteschiebung eventuell anfechtbarer Einzeläußerungen, vor allem auf den innern Zusammenhang, die Grundstruktur seiner Auffassung des gesellschaftlichen Lebensprozesses als eines gewissen Gesetzmäßigkeiten unterworfenen zu richten haben.

Vulgärmarxismus

Eine große Rolle spielt in den Ausführungen Cunows der Vulgärmarxismus. Dieses Wort hat einen guten Sinn, wenn man darunter Wendungen und Deduktionen versteht, die sich auf Marx berufen, vom Marxschen Geist aber weit entfernt sind. Und wer wollte bestreiten, daß wir eine ganze Reihe solcher angeblichen Marxisten haben? Bei dem Ansehen, das die Marxsche Lehre genießt, ist sie sehr oft bedenken- und gedankenlos in agitatorischer Absicht umgebogen, zur bloßen Phrase abgeplattet worden. Den Rekord in dieser Hinsicht stellt wohl der russische Bolschewismus dar, der seine Vergewaltigungsinstinkte und den ungeheuerlichen Dilettantismus seiner terroristischen Wunderkuren mit dem Marxschen Stichwort von der Diktatur des Proletariats etikettiert, diesem einen Sinn unterschiebend, der den entwikkelungsgeschichtlichen Marxschen Grundgedanken geradewegs auf den Kopf stellt. Doch das Epitheton Vulgärmarxismus wird von Cunow gar nicht in erster Reihe zur Charakterisierung solcher Falschmünzereien gebraucht. Er wendet diese Spitze ausgerechnet gegen Kautsky, dem auch Gegner bisher niemals seine außerordentlichen Verdienste um die Verbreitung Marxscher Denkart abgesprochen haben. Und worauf stützt sich Cunows Polemik gegen ihn? Letzten Endes auf bloße terminologische Quisquilien. Daß Staat, Verfassung, Verwaltung und politische Bürgerrechte nur ein Moment, ein Teilinhalt des allumfassenden sozialen Lebensprozesses bilden, ist doch, weiß Gott, heute eine Binsenwahrheit. Lassalles berühmter Hinweis auf den Gegensatz staatsbürgerlich - juristischer Gleichheit vor dem Gesetz und ökonomischer Ungleichheit der Bürger hat jenen Wesensunterschied politischer und ökonomisch-sozialer Ordnung auch den breitesten Schichten der Partei in den Kopf eingehämmert. Um was anderes als das Verhältnis von Ökonomie und Politik als zwei verschiedenen Sphären innerhalb des gesellschaftlichen Lebens bewegt sich denn alles Marxsche und marxistische Denken? Was man also auch immer gegen den Vulgärmarxismus vorbringen mag, die Annahme, daß er dies Grundverhältnis übersehen habe, schwebt jedenfalls völlig in der Luft. Cunows Behauptung, daß dieser Vulgärmarxismus »Staatsordnung und Gesellschaftsordnung in der Art der früheren staatsrechtlichen Aufklärungsphilosophie identifiziert«, stützt sich, näher zugesehen, in ihrer Argumentation

am Ende nur darauf, daß jene Richtung Begriff und Namen der Gesellschaft, wie es im herrschenden Sprachgebrauch geläufig ist, nicht nur zur Bezeichnung der im Rahmen der Stammes-, später der Staatsverfassung ausgebildeten ökonomischen und sonstigen sozialen Wechselbeziehungen der Gesellschaftsglieder sondern ebenso auch zur Bezeichnung der Stammes- und Staatsverbände selbst verwendet. Als ob die Verwendung des gleichen Wortes für in gewisser Hinsicht unterschiedene Phänomene ein Unvermögen anzeigen würde die Differenzen zu erfassen! Irgendein stichhaltiger Grund, der es verböte solche Stammes- und politisch staatlichen Verbände, in denen ja doch ein gesellschaftlicher Lebensprozeß der Menschen (auf irgendwie höherer Entwickelungsstufe) überhaupt erst möglich ist, Gesellschaften zu nennen wird nicht vorgebracht. Tönnies' Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft, auf die sich Cunow da beruft, löst sachlich keine Schwierigkeiten sondern schafft nur neue.

Wie weit das Spiel mit Worten und vorgefaßten Definitionen da getrieben wird, zeigt sich am eklatantesten in dem Versuch Kautsky daraus, daß er die Blutsverwandtschaft einmal das »Band nennt, das die menschlichen Gesellschaften ursprünglich [vor Entstehung der Staaten] zusammenhält«, einen Strick zu drehen. Dies und ein paar analoge Äußerungen, in denen Kautsky den Begriff der Gesellschaft in jenem allgemeinen Wortsinnn braucht, sollen nun als Beweise gelten, »wie wenig er die einfachsten Grundelemente der Marxschen Gesellschaftslehre begriffen hat«, als Beweis, daß er »mit dieser seiner naiven Identifikation von Gesellschaftsleben und Gemeinschaftsleben, Gesellschaftstrieben und Gemeinschaftstrieben, Gesellschaftsordnung und Staatsordnung nicht nur eine lange Strecke hinter Marx und Hegel sondern selbst hinter der englischen Sozialphilosophie des 18. Jahrhunderts zurückbleibt«. Ja, Cunow versteigt sich im Zusammenhang damit gar zu dem grotesken Ausspruch: ein Mann wie Lenin sei tiefer ins Wesen der Marx-Hegelschen Gesellschaftsauffassung eingedrungen als Kautsky. Dabei ist diese angebliche Marxsche Auffassung, derzufolge, wie Cunow behauptet, »jede Gesellschaft durch wirtschaftliche Wechselbeziehungen zusammengehalten« werde, nichts als eine in höchstem Maß anfechtbare Interpretation. Wie kann ein Denker von Marxens Klarheit gemeint haben, daß die feudale Gesellschaft, von der er oftmals spricht, oder daß die kapitalistischen Gesellschaften der modernen Staaten (die englische, französische Gesellschaft usw.), deren Wirtschaft vielmehr gerade über die nationalen Grenzen hinweggreift, durch diese ihre unabtrennbar mit der Weltwirtschaft verflochtene Wirtschaft »zusammengehalten«, das heißt doch nach außen hin abgegrenzt und abgesondert werden? Was diese modernen Gesellschaften zusammenhält, jede zu einer aktionsfähigen geschichtlichen Einheit macht, ist nicht der sich über alle Grenzen weiterspinnende wirtschaftliche Prozeß sondern eben ihr staatliches Zusammengeschlossensein, die Staatsgewalt, die in den Grenzen ihres Staatsgebiets gesetzgebend ins ökonomische und sonstige soziale Getriebe ihrer Bürger eingreift. So führt die Marx hier imputierte künstliche Einschränkung des Gesellschaftsbegriffs nur in das Wirrnis neuer Widersprüche.

Kant als Sozialphilosoph

Ein anderer Punkt, der bei der Fülle des Dankenswerten, das Cunow in seiner Arbeit bietet, zum Widerspruch verpflichtet, ist Cunows niedrige Einschätzung der Bedeutung Kants als Sozialphilosophen. In den Sozialistischen Monatsheften habe ich öfter auf die Gründe hingewiesen, die die formalistische Fassung der Kantschen Ethik mit ihrem kategorischen Imperativ als unfruchtbar erscheinen lassen, und von diesem Standpunkt aus gegen Karl Vorländer, dem eine Art Synthese von Kantianismus und Sozialismus vorschwebt, polemisiert. Nicht in dem kategorischen Imperativ seiner Moralphilosophie, die letzten Endes durch ein rein logisches Verallgemeinerungsverfahren und unter Abstraktion von allen Folgen für Leid und Lust über den sittlichen Wert und Unwert von Maximen entscheiden zu können meint, noch in seiner vielfach analogen Rechtsphilosophie, wohl aber in den von solchen Voraussetzungen ganz unabhängigen geschichtsphilosophischen Gedankengängen, die er in dem kleinen Aufsatz Ideen zu einer Philosophie der Geschichte in weltbürgerlicher Absicht entwickelt, tritt eine Auffassung Kants zutage, die, auf gewisse in dem allgemeinsten Begriff einer aufwärts führenden Entwickelung mitenthaltene Grundprobleme zurückgreifend, auch zu der Marxschen ökonomischen Geschichtsauffassung in ideeller Beziehung steht, Gesichtspunkte hervorkehrt, die zugleich für das Verständnis dieser von Bedeutung sind.

Ich kann nicht finden, daß diese Berührungspunkte und Beziehungen, die ich in meinem Artikel Über die geschichtsphilosophischen Ansichten Kants (in den Sozialistischen Monatsheften, 1908 II, Seite 683 ff.) ausführlicher darzulegen versuchte, und die dann später ähnlich von Max Adler in der Kantskizze seines Wegweisers zum Sozialismus hervorgehoben wurden, durch Cunows Kantkritik im mindesten entkräftet sind. Nach Cunow enthalten die in jenen Schriften von Kant entwickelten Ideen überhaupt nichts Neues, markieren vielmehr einen Rückfall noch hinter Condorcet und Rousseau. Und Herder wird als ein Erforscher historischer Entwickelungskausalität Kant gegenüber, der die Schranken theologisch - teleologischer Betrachtungsweise nicht los geworden sei, als überlegener historischer Geist gefeiert. Wo doch die Tiefe Kants gerade in der unvergleichlichen Klarheit zutage tritt, mit der er, den Gedanken fortschreitender menschlich sozialer Entwickelung zu Ende denkend, den Nachweis führt, daß und warum eine kausal erklärende Betrachtung der Geschichte, die in dieser einer fortschreitenden Entwickelung, also doch einem Aufstieg zu vollkommneren sozialen Bildungen, nachzuspüren sucht, unabtrennbar zugleich den Begriff eines Entwickelungsziels, der Zielstrebigkeit, und der Beziehung des kausal bedingten Ablaufs geschichtlicher Beziehungen zu einem solchen Ziel voraussetzt. Jede Spur von spekulativem Dogmatismus liegt ihm hierbei, dem Wesen und der Sache nach, vollkommen fern. Seine Ausführungen sind alle hypothetisch und stützen sich auf Gründe, die restlos vom Verstand erfaßbar sind. Er stellt nicht unbewiesene Behauptungen auf, er sagt nur, daß, w e n n Entwickelung in dem angedeuteten Sinn möglich sein soll, ihre Möglichkeit in der Naturanlage der Menschen als vernünftiger und dabei dem Eigeninteresse unterworfener, gesellig-ungeselliger Wesen keimhaft vorgebildet sein muß. Als höchstes Ziel, das der Gattung durch ihre eigene Natur gestellt ist, erscheint ihm die Herstellung einer vollkommenen bürgerlichen, durch einen pazifistischen Staatenbund ergänzten Rechtsordnung; und nun erwägt er, ob nicht gewisse Anzeichen des bisherigen Geschichtsverlaufs dafür sprechen, daß in dem Wirrwarr der historischen Bewegung unter dem Zwang der Umstände das Spiel der egoistischen Interessen ohne planmäßig vernünftiges Zusammenwirken die Völker trotzdem auf Bahnen zwinge, die in ferner Zukunft dereinst die Realisierung einer solchen Rechtsordnung erwarten lassen. Nur in der historischen Kausalbetrachtung kann sich der Entwickelungsgedanke, die Idee einer unbewußten Zielstrebigkeit bewähren, sie wechselweise befruchtend und von ihr befruchtet werdend. In diesem Sinn spricht er die Hoffnung aus, daß einst ein kopernikusanischer Geist erstehen werde, der solcher gewaltigen Aufgabe gewachsen ist. Der weite Abstand zwischen dieser noch ganz abstrakten Reflexion, deren Hinweis auf den die Bewegung vorwärts treibenden Antagonismus der partikularen egoistischen Interessen sich noch nicht durch den Begriff der ökonomischen Struktur stützt, und Marxens ökonomischer Geschichtsauffassung liegt auf der Hand. Doch ebenso auch die Gemeinsamkeit gewisser in aller frühern Geschichtsphilosophie noch nie mit dieser Klarheit ausgesprochenen Grundgedanken. Vor allem zeigt sich, wenn man dem Vergleich näher nachdenkt, daß auch diese materialistische Geschichtsauffassung, was Cunow freilich wohl bestreiten wird, bei ihrer historisch-soziologischen Kausalerklärung der geschichtlichen Bewegung und ihrer schließlichen Tendenzen zugleich von teleologischen Gesichtspunkten geleitet wird. Das ist kein Zufall und ist keine Schwäche. Im Gegenteil, ohne ein solches Moment der teleologischen Beziehung gäbe es für sie überhaupt keine übergreifende und Einheit bildende Beziehung. Direktionslos stünde das Denken der unübersehbaren Mannigfaltigkeit kausaler Zusammenhänge gegenüber. Erst dann, wenn man in Betracht zieht, was sie von einem solchen teleologischen Standpunkt für die Kausalerklärung leistet, und sie nach diesem Maßstab mit anderen sozialen Entwickelungstheorieen vergleicht, zeigt sich die ganze Überlegenheit jener Marxschen ökonomischen Geschichtsauffassung.

Sozialismus Das in der Reclamschen Universalbibliothek gedruckte Schriftchen des Jenenser Philosophieprofessors R u d o l f E u c k e n Der Sozialismus und seine Lebensgestaltung bietet, von aller Voreingenommenheit gegen sozialistische Auffassungen frei, in warmem Ton geschrieben, allgemeine ethische Erwägungen über eine ideale Ordnung menschlicher Gemeinschaft im Sinn des auch sonst von dem Verfasser in seinen Werken vertretenen Standpunkts.

In einer Broschüre Der Sinn des Sozialismus /Berlin-Fichtenau, Verlag Gesellschaft und Erziehung/ will Alfred Möglich die Grundgedanken und die Weltanschauung des Marxismus in konzentrierter und zugleich populärer Darstellung entwickeln, läßt aber öfter die Kritik vermissen, So, um nur ein Beispiel herauszugreifen, bei ihrer Lobpreisung der sogenannten dialektischen Methode, die sich, wenn man ihr das Hegelsche Kostüm auszieht, in Wahrheit mit der alten, angeblich überwundenen Logik vielmehr aufs friedlichste verträgt.

Plenges Sammlung Staatswissenschaftliche Musterbücher /Essen, Baedeker/ bringt aus längst verschollenen Arbeiten Heinrich Dietzels Beiträge zur Geschichte des Sozialismus und Kommunismus. Der da unternommene Versuch Sozialismus und Kommunismus als Äußerungen wesentlich in ihrer ganzen Weltanschauung unterschiedener Tendenzen einander entgegenzustellen läuft in künstliche Konstruktionen aus.

Die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie in ihrer geschichtlichen Entwickelung am Erfurter Programm und an der deutschen Revolution dargestellt und beleuchtet /Berlin, Siegismund/ ist eine etwa 300 enggedruckte Seiten starke Schrift Albert Bovenschens betitelt. Die Darstellung zeigt eine nicht gewöhnliche Belesenheit auf dem Gebiet der Parteiliteratur. Sie bemüht sich zunächst um den Eindruck der Objektivität. In den beiden letzten Kapiteln, die von der internationalen und der deutschen Revolution handeln, kommt dann die preußisch nationalistische Tendenz zu um so offenkundigerm Ausdruck. Die Legende von der erdolchten Front wird wieder einmal mit großem Aufwand von Pathos vorgetragen und phantasievoll nach allen Seiten hin ergänzt. Gelegentlich wird dabei auch der liebe Gott bemüht. »Die Vorsehung«, orakelt der Verfasser, »hat uns neue Prüfungen auferlegt, vielleicht gerade in der Absicht uns durch eine neue harte Leidenszeit reif zu machen für die Aufgabe der Menschheit den Widersinn des Sozialismus zu beweisen.« Aus dem Glauben an eine sittliche Weltordnung schöpft Bovenschen zudem die Zuversicht, daß »in dem Kampf zwischen der materialistischen und idealistischen Weltanschauung«, der nach Beendigung des Weltkriegs begonnen hat, der Idealismus, soll heißen: der Geist des alten Preußentums, im Ringen mit dem Internationalismus dereinst den Sieg davontragen werde.

Kurze Chronik In Frankfurt am Main wird eine Akademie der Arbeit in Anlehnung an die Universität begründet. Als Teilnehmer sind Arbeiter und nichtakademisch gebildete Angestellte und Beamte, Männer und Frauen zwischen 24 und 40 Jahren in Aussicht genommen. Zwischen Lehrern und Hörern sowie zwischen den Hörern selbst soll eine enge Arbeitsgemeinschaft angestrebt werden. Den Arbeitsstoff bilden in erster Linie die Erkenntnis der Zusammenhänge des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens sowie die Hauptfragen der Rechts- und Staatslehre; daneben sollen die Hörer auch in die philosophisch-pädagogischen Grundlagen und in die naturwissenschaftliche Betrachtungsweise eingeführt werden. Irgendeine Fachausbildung wird jedoch nicht beabsichtigt. ◇ Die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Detmold hat nach ihren neuen Satzungen Staatsaufsicht erhalten. Sie hat daraufhin das Studium auf 6 Semester eingerichtet, nach deren Absolvierung die ordentlichen Studierenden sich einer Staatsprüfung unterziehen können. ◇ Von dem Frankfurter Kaufmann Hermann Weil ist eine Stiftung zur Förderung des Studiums der Sozialwissenschaften mit einem Grundkapital von 200 000 Mark begründet worden. Die eine Hälfte der jährlichen Einnahmen aus dieser Stiftung ist dem Frankfurter Sozialen Museum zum weitern Ausbau seiner Sammlungen zugedacht; von der andern sollen Studierende und junge Gelehrte in ihren sozialwissenschaftlichen Studien unterstützt werden. ◇ Der außerordentliche Professor an der Berliner Universität Adolf Günther, der zurzeit als hauptamtlicher Dozent an der Nürnberger Handelshochschule tätig ist, wurde zum Honorarprofessor für Staatswissenschaften an der Universität Erlangen ernannt. ◇ Mit der Vertretung des vakanten Extraordinariats für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Münster ist der Leipziger Privatdozent Ernst Schultze beauftragt worden. ◇ Dem außerordentlichen Professor an der Universität Berlin und Abteilungsvorsteher am Institut für Meereskunde Alfred Rühl ist ein Lehrauftrag für Wirtschafts- und Verkehrsgeographie an der Berliner Technischen Hochschule erteilt worden. Rühl hat vor kurzem die Ergebnisse seiner Untersuchungen über das Hinterland der an der deutschen Ein- und Ausfuhr beteiligten Häfen veröffentlicht.

Literatur

Die jetzt schon in 3. Auflage herauskommenden Vorträge H. Ostwalts über wirtschaftliche Grundbegriffe /Jena, Gustav Fischer/ rangieren zu jenem Genre ökonomischer Literatur, dessen Vertreter, auf dem toten Gleis der sogenannten Grenznutztheorie festgefahren, sich einbilden aus der Anhäufung von Trivialitäten über Gebrauchswertschätzungen einen Schlüssel für das Verständnis der Tauschwert- und Preisregelung in einer warenproduzierenden Gesellschaft gewinnen zu können. Statt von einer Untersuchung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses auszugehen, in dem die Produktion für den Bedarf als Produktion für den Austausch erfolgt, und nach den Bedingungen zu fragen, unter denen in diesem Prozeß selbst die Produktion für den Austausch und Austausch allein dauernd möglich sind, vergnügt sich diese Schule, unter prinzipieller Abstraktion von dieser Grundbeziehung, mit allgemeinen Betrachtungen darüber, welcherlei Kalkül wohl irgendwelche Leute, die als Besitzer irgendwelcher Gütervorräte sich irgendwo einmal begegnen, beim Austausch, den sie dann beginnen, vornehmen würden. Ungefähr eine ähnlich zweckmäßige Methode wie das von Marx mit Recht verspottete Verfahren des Professors Roscher, der, um das Kapitalverhältnis zu erörtern, auf eine für die bürgerliche Kundschaft im Lohnwerk tätige, also überhaupt nicht Waren und Kapitalprofit produzierende Nähmamsell exemplifiziert.

Hygiene / Georg Wolff

Epidemieen

Die Frage nach der Entstehung der ansteckenden Krankheiten hat in neuerer Zeit die Mediziner wieder mehr beschäftigt. So einfach, wie man sich im Anschluß an die Entdeckungen Robert Kochs und seiner Schule die Krankheitsentstehung vorstellte, die man lediglich von der Anwesenheit der pathogenen Bakterien abhängig dachte, liegen die Verhältnisse nicht. Man hat heute längst einsehen müssen, daß Tuberkulose nicht nur dann entsteht, wenn Tuberkelbazillen vorhanden sind und in den Körper eindringen. Durchaus nicht alle Menschen, die nachgewiesenermaßen Tuberkelbazillen aufgenommen haben, werden tuberkulös. Diese Keime sind ubiquitär, sie sind überall so ungeheuer verbreitet, besonders in den großen Industrie- und Verkehrszentren, daß, hinge die Krankheit lediglich von ihrer Gegenwart ab, alle Menschen dort an Tuberkulose erkrankt sein müßten.

Die Krankheitsbedingungen sind mannigfach; eine einzige Ursache für ihre Entstehung gibt es kaum. Bedeutende Theoretiker der wissenschaftlichen Medizin (Verworn, Martius, Hansemann, Ribbert, Friedrich Müller) haben den Ursachenbegriff in der Medizin vielfach erörtert und sind damit bereits den einseitigen Anschauungen einer naiv schematisierenden Anhängerschar rein bakteriologischer Fragestellungen entgegengetreten. Die Frage nach der Entstehung der ansteckenden Krankheiten ist damit nur eine Unterfrage der nach den Krankheitsbedingungen im allgemeinen geworden. Bilden die Bakterien oder parasitären Krankheitserreger auch eine wichtige Krankheitsursache, so genügen sie doch keineswegs allein für das Zustandekommen jener Folgeerscheinung, die wir als Krankheit zu bezeichnen pflegen. Es bedarf stets des Zusammentreffens einer Reihe von Bedingungen zum gesetzmäßigen Auftreten eines Krankheitszustands. Für die Sozialhygiene, die berufen ist die in vieler Hinsicht einseitigen Ergebnisse der experimentellen Medizin abzulösen oder richtiger die Experimente der Laboratoriumshygiene auf eine breitere Grundlage zu stellen und mit den Forderungen des täglichen Lebens in Beziehung zu setzen, ist diese Erkenntnis von besonderer Wichtigkeit geworden. Ihr verdanken wir es, daß wir nicht mehr als Ziel einer praktischen Seuchenbekämpfung die Ausrottung der Bazillen nehmen: eine biologisch unlösbare Aufgabe, wenn man im Weltganzen den parasitären Mikroorganismen eine ebensolche Daseinsberechtigung zuerkennt wie ihren Wirtstieren. Vom Standpunkt der allgemeinen Hygiene erscheint es richtiger den Menschen Daseinsbedingungen zu schaffen, die sie im Kampf mit allen von außen auf sie einstürmenden Schädlingen festigen. Auch hier gibt es Grenzen. Auch der Kräftigste kann dem Gift der Diphtheriebazillen, der Wirkung der Tollwut oder der schwarzen Pocken erliegen. Darum sollen die Ergebnisse der experimentellen Medizin keineswegs vernachlässigt, vielmehr in den Dienst der allgemeinen sozialhygienischen Maßnahmen mit eingestellt werden. Wichtiger erscheint aber stets statt des isolierten Kampfs gegen die Bazillen, der immer nur ein einzelnes Krankheitsmoment berücksichtigt, das Leben im allgemeinen so zu ge-

stalten, daß keine Krankheiten entstehen können, gleichviel, ob es sich um Gewerbekrankheiten durch chemische oder physikalische Einflüsse oder um Infektionskrankheiten durch bakterielle Einflüsse handelt.

Das bedeutet Prophylaxe im weitesten Umfang, nicht nur durch Schutzimpfungen und Isolierungsmaßnahmen sondern durch möglichste Ausschaltung aller als Krankheitsbedingungen erkannten Schädlichkeiten des gewerblichen Lebens. Wieder bietet hier die Tuberkulosebekämpfung das treffsichere Beispiel. Man hat es heute längst aufgegeben die Tuberkelbazillen totzuschlagen; gegen diese mikrobiologische Lebewelt versagen meist unsere Mittel, wenn es nicht gerade, wie im Fall der Jennerschen Pockenschutzimpfung, gelingt ein Immunisierungsverfahren zu gewinnen, das mit einem kleinen Eingriff die gesamte Bevölkerung schützt. Ein gleich wundertätiges Impfverfahren ist uns bisher noch auf keinem Gebiet der Seuchenbekämpfung beschert gewesen. Um so mehr müssen bei der Tuberkulosebekämpfung, wenn wir vorläufig von den Ergebnissen der Friedmannschen Schutzimpfung absehen, die sozialhygienischen Maßnahmen eingreifen, das heißt die Schaffung ausreichender Ernährung für alle Bevölkerungsschichten, die Beseitigung der Berufsgefahren, wie Staubeinatmung, Wirkung giftiger Gase und dergleichen, und vor allem die Bereitstellung geräumiger Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung. Hier liegen also die sozialhygienischen Aufgaben klar vorgezeichnet. Ernährungs- und Wohnungsprophylaxe sind bei der Tuberkulosebekämpfung zuverlässigere Kampfmittel als alle Maßnahmen zur sonstigen Niederzwingung der Tuberkelbazillen. Sind die Menschen gut ernährt, wohnen sie hygienisch einwandfrei, dann können sie meistens der Tuberkulose trotzen und übertragen, kommt wirklich einmal eine Infektion vor, die Bazillen nicht so schnell auf ihre Mitmenschen. In der kapitalistischen Gesellschaft ist also Hygiene der Tuberkulose im wesentlichen eine Geldfrage. Dieser Erkenntnis wird sich heute angesichts der statistisch festgestellten Verbreitung der Tuberkulose kaum jemand verschließen.

Auch die Entstehung der anderen Infektionskrankheiten ist nicht von der Gegenwart der Bazillen allein abhängig. Nicht überall liegen die Verhältnisse so klar wie bei der Tuberkulose. Aber auch Diphtherie und Typhus, Ruhr und Cholera sind nicht etwa ausschließlich Funktionen der betreffenden Mikroorganismen sondern mindestens auch von der verschiedenen Empfänglichkeit des Wirts, der sogenannten Krankheitsdisposition, abhängig. Nur dadurch wird es erklärlich, daß bei der gleichen Epidemie so verschiedenartige Krankheitsbilder entstehen; Wirkung der Parasiten und Gegenwirkung der Parasitenträger wechseln von Fall zu Fall. Natürlich spielt auch die Virulenz der Bakterien, die verschiedene Giftigkeit in den einzelnen Epidemiewellen, eine große Rolle. Schwankungen in der Schwere verschiedener Epidemieen der gleichen Krankheit finden dadurch eine ausreichende Erklärung. So wissen wir, daß die Diphtherie zu verschiedenen Zeiten, ja auch zur gleichen Zeit in verschiedenen Gegenden durchaus nicht immer gleich schwer verläuft. Das selbe gilt von Masern und Scharlach, von der Syphilis, die ja ungemein wechselnd in ihrem Verlauf während der über mehrere Jahrhunderte sich erstreckenden Verseuchung Europas aufgetreten ist. Hier sind noch zahlreiche Rätsel im Verlauf der großen Epidemiewellen zu lösen.

So viel scheint jedenfalls heute wieder klar, daß trotz der großen Bedeutung, die der bakteriologischen Forschung für die Ätiologie der Infektionskrankheiten zukommt, die Bazillen allein die Krankheit nicht bedingen. Erinnert sei hier noch an das Beispiel der Lepra (Elephantiasis Graecorum), des Aussatzes als einer Infektionskrankheit, die an ganz bestimmte Landstriche gebunden ist. In Deutschland kommt die Krankheit nur noch ganz vereinzelt in einigen Gegenden Ost- und Westpreußens vor, häufiger in Skandinavien und Rußland; viel häufiger ist die Lepra noch jetzt in den meisten Ländern Asiens, Afrikas und Südamerikas, gewöhnlich aber auch hier an bestimmte Bezirke gebunden. Bei dieser Infektionskrankheit, die oft einen ganz schleppenden Verlauf nimmt, ist es besonders auffällig, daß nicht die Bazillen die alleinige Krankheitsursache darstellen, sondern andere Momente hinzutreten müssen, um das charakteristische Krankheitsbild zu veranlassen. Sonst wäre es überhaupt nicht zu erklären, warum oft erst nach vielen Jahren die Erkrankung zum Ausbruch kommt und warum die Krankheitsherde immer an bestimmte Landstriche gebunden zu sein scheinen. Auch hier liegt also ein biologisches Rätsel des Epidemieverlaufs ansteckender Krankheiten vor.

In diesem Zusammenhang soll noch mit einigen Worten auf die Grippeepidemie der letzten Jahre eingegangen werden. In 3 großen Wellen hat die Grippe seit dem Jahr 1918 mitten im Weltkrieg sämtliche Länder der bevölkerten Erde überflutet, nicht vor der natürlichen Trennung der einzelnen Länder durch die Weltmeere und erst recht nicht vor der künstlichen Abschließung benachbarter Völker durch feindliche Schützengräben haltgemacht. Seit der letzten großen Grippeepidemie in den Jahren 1889 bis 1892, wo die Krankheit ebenfalls im Flug die ganze Welt durchbrauste, um ebenso schnell, wie sie gekommen war, zu erlöschen, gilt als Erreger dieser ungeheuer kontagiösen Krankheit ein feiner Bazillus, der zuerst von dem Bakteriologen Richard Pfeiffer aus dem Auswurf Grippekranker in Reinkultur gezüchtet wurde. Die anderen Erkrankungen, die man gemeinhin mit einem Sammelnamen als Influenza zu bezeichnen pflegt, haben nichts mit der echten Grippe oder Influenza zu tun; sie stellen vielmehr die üblichen Erkältungserkrankungen dar, die sich alljährlich im Frühjahr und Herbst bei Witterungsumschlägen einstellen. Die letzte echte Influenzaepidemie ist völlig unabhängig von der Jahreszeit gewesen; mitten im Hochsommer konnte sie hereinbrechen und mit ungeheuerlicher Eile Stadt und Land überfluten. Wie kam es nun, daß in der Zeit der großen Epidemiewellen, von 1892 bis 1918, so gut wie keine echten Influenzafälle bei uns vorgekommen waren, daß mehr als 20 Jahre bis zum neuen Ausbruch der Epidemie vergingen? Hier liegt tatsächlich ein Rätsel vor, das wir mit unseren heutigen Mitteln nicht erklären können. Den Zusammenhang, den wir mit bakteriologischen Methoden bei anderen Seuchen, wie beim Typhus, bei der Cholera, der Diphtherie, oder mit epidemiologischen Nachforschungen bei solchen Erkrankungen, deren bakterielle Erreger wir nicht kennen (Pocken, Masern, Scharlach), feststellen konnten, vermochte bei der Grippe bisher niemand zu ermitteln. Auch der von Pfeiffer entdeckte Influenzabazillus scheint als Erreger der Krankheit nicht in Betracht zu kommen; denn zwischen den beiden großen Epidemiewellen der Jahre 1889 und 1918 hat man sehr häufig bei allen möglichen Krankheiten Influenzabazillen nachweisen können, ohne daß echte Influenza vorgelegen hätte. Bei Masern und Keuchhusten und bei allen anderen Erkrankungen, die mit einer katarrhalischen Entzündung der Bronchialwege einhergehen, wie es auch bei der echten Influenza der Fall ist, konnten derartige Befunde ziemlich regelmäßig erhoben werden. Deshalb haben jetzt Erich Seligmann und der Bearbeiter dieser Rundschau in einer neuen Untersuchung (Influenzabazillen und Influenza, in der Berliner Klinischen Wochenschrift vom 19. und 26. Juli 1920) aus epidemiologischen und bakteriologischen Gründen den Beweis zu erbringen gesucht, daß der Pfeiffersche Influenzabazillus der Erreger der pandemischen Grippe nicht sein kann, da er ebenso häufig bei Masern und Keuchhusten wie bei echter Grippe gefunden wurde. Ein traditioneller Fehlschluß, an dem ein Teil der Bakteriologen immer noch festhält, sollte damit beseitigt werden. Freilich ist damit das Rätsel der Influenza noch nicht geklärt; kennt man doch weder den Erreger der eigentlichen Krankheit noch auch die Ursache dafür, daß nach einer jahrelangen Latenz plötzlich ein so gewaltsamer Ausbruch einer neuen Epidemiewelle erfolgen konnte.

Hier haben wir das typische Beispiel einer Infektionskrankheit vor uns, die auch mit sozialhygienischen Mitteln, mit Ernährungs- und Wohnungsmaßnahmen, nicht in ihrem Seuchengang zu beeinflussen gewesen ist. Arm und Reich, Jung und Alt wurden in gleicher Weise von der Krankheit befallen; irgendeinen gesetzmäßigen Unterschied vermochte man nicht zu erkennen. Der Grund hierfür ist die ungeheure Infektiosität der Krankheit, die beispiellose Flüchtigkeit des Krankheitsgifts, das sich bei allen Menschen gleich gut oder gleich schlecht einzunisten vermag. In ähnlicher Weise verhielten sich vor der Pockenschutzimpfung nur noch die schwarzen Pocken und verhalten sich heute vielleicht noch die Masern. Hier müssen naturgemäß die sozialhygienischen Maßnahmen versagen, während im Gegensatz dazu chronische Infektionskrankheiten, wie die Tuberkulose, sich nur dort am meisten ausbreiten, wo dauernd günstige Ansiedlungsbedingungen für die Bazillen gegeben sind.

Ein öder Schematismus ist in der praktischen Hygiene also nirgends am Platz. Bald müssen sozialhygienische Maßnahmen eintreten, um die Seuchenverbreitung zu verhüten, bald immunisatorische; in vielen Fällen stehen wir der Ausbreitung einer Epidemie, die wie ein Naturereignis vor sich geht, vollkommen

machtlos gegenüber. Alle Mittel, die uns die epidemiologisch-naturwissenschaftliche Erkenntnis an die Hand gibt, müssen im Kampf um die Volkswohlfahrt angewandt werden.

Kurze Chronik Die folgenden Preisaufgaben hat das Kuratorium der Selmar Solmitz-Stiftung in Berlin gestellt: »1. Es soll an dem Material einer städtischen Heimstätte, Waisenhaus oder eines Berliner städtischen Krankenhauses beziehungsweise Irrenanstalt oder an dem Material des Krankenhauses der Jüdischen Gemeinde bearbeitet werden, wie sich im Zeitraum vom 1. April 1915 bis zum 1. April 1920 die Ernährung der Pfleglinge in medizinischer und ökonomischer Hinsicht gestaltete. 2. Welche Erfahrungen in der Wundbehandlung lassen sich aus der Kriegszeit zweckmäßig für die Friedenschirurgie verwerten? Die Frage soll vom medizinischen und ökonomischen Gesichtspunkt bearbeitet werden. 3. Ein an Tuberkulose leidender verheirateter Mann (oder eine Frau) mit 2 unmündigen Kindern, mit einem monatlichen Einkommen von 1000 Mark wird gebessert entlassen. Welche Ratschläge erteilt ihm der Arzt in bezug auf die seiner Gesundheit förderlichste Verwendung seines Einkommens? 4. Die Strahlenbehandlung der bösartigen Geschwülste.« Die Arbeiten sind bis zum 1. Juli 1921 einzureichen. Für jede Aufgabe ist ein Preis von 2000 Mark angesetzt worden. ◇ In der Berliner Medizinischen Gesellschaft wurden mehrere Sitzungen der Debatte über das Friedmannsche Tuberkulosemittel gewidmet. Sie endete nach den Worten Friedrich Kraus' mit einem Non liquet. Die endgültige Entscheidung wird durch die vom Ausschuß der preußischen Landesversammlung ernannte Kommission unabhängiger Kliniker und Bakteriologen gefällt werden. ◇ Die Einführung der freien Arztwahl in Berlin, die zum 1. Oktober 1920 geplant, dann 2 mal verschoben worden war, wurde Ende Januar durch neue Verhandlungsschwierigkeiten in Frage gestellt. Die Sache wurde bis zum 14. Februar 1921 vertagt. ◇ Zum Direktor des Reichsgesundheitsamts ist Bernhard Wehrle ernannt worden. ◇ Der bisherige Stadtarzt von Berlin-Schöneberg Ludwig Johannes Rabnow wurde an Stelle des als Präsident des Sächsischen Landesgesundheitsamts nach Dresden übersiedelnden frühern Stadtmedizinalrats von Berlin August Weber zu dessen Nachfolger in der Stadtgemeinde Groß Berlin gewählt. ◇ Der Ordinarius für soziale Hygiene in Berlin Alfred Grotjahn wurde ordentliches Mitglied der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen.

Literatur Im Verlag Julius Springer in Berlin, der neuerdings eine geradezu erstaunliche Vielseitigkeit auf dem Gebiet der medizinischen Literatur entwickelt, ließ Oscar Spitta einen Grundriß der Hygiene erscheinen. Wenn an derartigen Lehrbüchern auch gewiß kein Mangel ist, so kann der Neuerscheinung doch wegen der übersichtlichen Gliederung des umfangreichen Gebiets nach physiologisch-hygienischen Gesichtspunkten und ferner wegen der mustergültigen Ausstattung mit guten Bildern, die einem Teil der vorhandenen Hygienelehrbücher ganz besonders fehlen, eine gute Prognose gestellt werden. Die Abschnitte sind nicht alle gleichmäßig behandelt worden, der theoretische Teil der einzelnen Kapitel (Stoffwechsel und Ernährung, Gaswechsel und Wärmehaushalt usw.) wurde sehr ausführlich berücksichtigt. Vielleicht hätte im Rahmen des immerhin für praktische Zwecke bestimmten Lehrbuchs der Hygiene der Berufstätigkeit etwas mehr Raum gewidmet werden können, da dieser Teil der Hygiene respektive der allgemeinen Gewerbehygiene heute ein ganz besonderes Interesse beansprucht.

KUNST

Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

Grünewald Matthias Grünewald hat einen hohen Grad von Modernität erreicht. Eine reiche Literatur liegt zurzeit über ihn vor. Über Grünewald, der noch vor wenigen Jahrzehnten fast unbekannt war, W. Schmidt brachte 1876 im Repertorium für Kunstwissenschaft den ersten Hinweis auf Grünewald. Dem Franzosen Joris K. Huysmans blieb es vorbehalten zuerst seine überragende Bedeutung zu erkennen. In seinem Roman Là-bas, der 1891 in Paris erschienen ist, beschreibt er eine der Grünewaldschen Kreuzigungen. Er erkannte die ganze Tiefe seines Wesens. »Kein Maler hatte jemals die Größe so herrlich weit getrieben und war so entschlossen von dem Gipfel der Seele in die verlorene Bahn eines Himmels gesprungen. Er war bis zu den zwei Extremen gegangen, und

er hatte aus einem triumphierenden Schmutz die feinsten Würzen der auserwählten Liebe, die schärfsten Essenzen der Tränen gezogen. In dieser Tafel offenbarte sich das Meisterwerk der aus Kontrasten gemischten Kunst, die gezwungen war das Unsichtbare und das Greifbare wiederzugeben, die trostlose Unreinheit des Körpers zu offenbaren, die unendliche Angst der Seele zu sublimieren.«

Trotz aller Forschung liegt noch viel Dunkel über Grünewalds Werk und vor allem über seinem Leben. Wir wissen weder, wann und wo er geboren, noch wann und wo er gestorben ist. Ebensowenig ist sein Werdegang, ist der äußere Ablauf seines Lebens geklärt. Was an Forschungsergebnissen vorhanden ist, hat August L. Mayer in seinem Buch Matthias Grünewald /München, Delphinverlag/ knapp zusammenfassend zur Darstellung gebracht. Dem Werk ist ein Verzeichnis der erhaltenen Gemälde und Handzeichnungen Grünewalds sowie ein sorgfältiges Literaturverzeichnis beigefügt.

Grünewald war ein Einsamer, der eine ungeheure seelische Ekstatik in sich trug und für seine Visionen die Form fand, seine metaphysische Welt zur Anschauung brachte. Wissen wir auch nicht viel über ihn, so haben wir doch einen Teil seines Werks. Und in restloser Vollkommenheit sein Hauptwerk: den Isenheimer Altar. Dieses Werk behandelt Wilhelm Hausenstein in seinem Buch Der Isenheimer Altar /München, Hirth/. Er versucht, wie Huysmans, eine von intensivstem Erleben ausgehende Übertragung des Grünewaldschen Werks mit sprachlichen Mitteln. Die Vergleichung mit Huysmans, dessen dichterisches Verständnis in seiner Tiefe unerreichbar ist, zeugt für die Qualität dieses Buchs.

Wir sind trotz Kant und allen Fortschritten nicht allzu weit von Grünewalds Welt entfernt. Grünewald steht, wie wir, zwischen Mittelalter und Renaissance. Wir haben weder die eine noch die andere Zeit überwunden, lehnen uns bald an die eine bald an die andere an. Der Isenheimer Altar hat »Spuren des Archaischen. Es ist unmöglich, daß diese Züge der Einheit des Stils Abbruch tun. Sie verbinden vielmehr die letzten Modernitäten des Altars mit byzantinischen Anfängen der Malerei und bewirken, daß die Spannung des Altars von der frühen Gotik bis in unsere Tage, von unseren Tagen bis in die frühe Gotik reicht.« Grünewald ist der »Sohn einer schon späten Zeit, die von Problemen zerschlissen wurde wie der Lendenschurz seines Gekreuzigten von den Krallen der Hinrichtung«. Hausenstein weist auf den erhabenen Gegensatz zwischen dem Werk Grünewalds und dem Genter Altar der Brüder van Eyck hin. Dieser entstand noch in einem »positiven Zeitalter der Theologie und Kirche«. Grünewald dagegen malte während der »Vorwehen der Reformation, am Vorabend furchtbarer gesellschaftlicher Klassenkämpfe, inmitten der kritizistischen Ansprüche humanistischer Wissenschaft, zwischen den Aufregungen der Entdeckungsreisen«. Hier wird die überragende Genialität Grünewalds eklatant. Es gelang ihm trotz äußerer Zerrissenheit die innere Einheit zu wahren. »Man mag darum vom Altar Grünewalds aussagen, was man will: er sei romantisch, pathetisch, nervös; er teile die große Hysterie, ohne die von Giotto bis zum Greco und Cervantes nie etwas Letztes berührt worden ist. Immer wird der Altar zu jenen absoluten Dingen gehören, die selbst mit den maßlosesten Wendungen des Persönlichen den Namen des Klassischen heischen.«

Man versucht heute Grünewald seines *Deutschtums* wegen für uns zu reklamieren. Die *tiefe Trauer der Nation* über den Verlust des Isenheimer Altars wird sehr bedenklich, wenn man weiß, daß sich vor diesem Verlust fast niemand um Grünewald gekümmert hat. Übrigens ist der Altar in einem französischen Kolmar ebenso zu erreichen wie in einem deutschen. Auch Hausenstein durchbricht in diesen Fragen seine sonst gewahrte Objektivität, wenn er behauptet, die »Franzosen könnten als Nation das Ganze des Altars schwerlich fassen. Irgendwie muß er ihnen fremd sein.« Und den Deutschen? Kann Hausenstein denn glauben, daß diese »als Nation« das Werk »fassen«? Das tun Deutsche (Hausenstein) nur als Menschen, gerade so wie Franzosen (Huysmans). Daß Grünewald Deutscher von Geburt war, schließen wir nur aus äußeren Tatsachen. Aus seinem Werk geht nie und nimmer sein Deutschtum, geht nur sein Menschentum hervor. Daher ist für ihn nicht eine Nation wesentlich, wohl aber die verbindende Idee der Kirche. Die Kirche repräsentierte einst eine geistige Internationale, über die Nationen hinweg, der wir heute nichts Gleiches zur Seite zu stellen haben ⟨leider, vorläufig, auch nicht die sozialistische Internationale, die geistig im Entscheidenden versagt hat⟩.

Jungniederländer

Die Ausstellung Junge niederländische Kunst in Deutschland ist die erste praktische Tat der Kornscheuer, der erste Schritt zur Verwirklichung eines ihrer wichtigsten Programmpunkte: der Herstellung der Internationale der Kunst. Es ist daher besonders zu begrüßen, daß diese Ausstellung, die auch noch in 10 anderen deutschen Städten gezeigt werden soll, in Berlin (im ehemaligen Kronprinzenpalais) stattfand. Die junge niederländische Kunst gleicht einem vielverzweigten Organismus. Alle Bestrebungen der gegenwärtigen Kunst sind aufgenommen, werden aber von einer gewissen Tradition getragen, die die widerstrebendsten Richtungen organisch zu einer Gesamtheit vereinigt. »Wie reich an frischen, von der Wirklichkeitszivilisierung noch nicht angetasteten, nicht ausgelaugten Kräften die holländische Geistigkeit ist«, meint Friedrich Markus Huebner in einem Aufsatz über die neue Malerei Hollands, in der von Constantin J. David herausgegebenen Zeitschrift Die Kornscheuer, »zeigt das Ereignis Vincent van Gogh und das Auftreten der vielköpfigen Reihe der nach ihm Kommenden. Mit ihnen nimmt es Holland vor bei sich selber zur Umkehr und Erneuerung aufzurufen, bei sich selber das totemhafte Gerüst der Wirklichkeit von gestern vollends niederzulegen, mit ihnen aber schließt Holland sich zugleich den in allen anderen Ländern Europas, hier erst schwächer, dort schon stärker tätigen Umwälzungsmaßnahmen an, derart aufs innigste bezeugend, daß dieses Erdteils geistiges Schicksal ein einziges und gemeinsames ist.« Freilich, gemessen an der Leidenschaft van Goghs ist die Intensität der jungen holländischen Künstler gering. Überraschend aber ist die Einheitlichkeit ihres Wollens, ihr Streben nach geistiger Verwirklichung. Die Ausstellung läßt Tradition und Festigkeit erkennen. Dadurch unterscheidet sie sich wohltuend von vielen deutschen Ausstellungen.

Neben den bereits bekannten Malern Jacoba van Heemskerck, Thorn Prikker, O. van Rees und van Toorop sind von den noch unbekannten P. Alma, Elsa Berg, Theo van Doesburg, Leo Gestel, Louis Saalborn, Lodewijk Schelfhout, Bildhauer Hildo Krop zu erwähnen.

Grosz

George Grosz ist einer der bedeutendsten Gestalter der Gegenwart, deren verheerende Tatsächlichkeiten er erkannte und rücksichtslos bloßstellt. Er bedient sich des Naturalismus zur Realisierung seiner Visionen. Sein Naturalismus ist aber kein analysierendes Beschreiben sondern ein synthetisches Zusammenfassen. Naturalismus ist ihm nicht Selbstzweck sondern Mittel. Und sein Zweck ist eminent politisch. Seine Intensität läßt ihn tiefe Blicke des Zusammenhangs tun, so daß er sich nie mit kleinlich Äußerlichem befaßt.

Sein Milieu ist die Großstadt. Er erlebt sie wie kaum ein zweiter. Nicht als einseitig ästhetisches Phänomen. Man weiß gar nicht, ob er ihre Gewächse, ob er die Ecken und Türmchenfassaden, die öden Straßenquartiere des Proletariats und die von groteskem Snobismus strotzenden Mietspaläste der Bourgeoisie, liebt oder haßt. Er verzeichnet sie mit der Selbstverständlichkeit ihres Daseins. Er erkennt in ihnen den Zeitausdruck, die Menschen, die sie hervorbrachten, die er nicht nur nackt unter ihren Kleidern sieht, denen er auch tief in die Seele blickt. Durch Grosz hat Kunst wirklichen politischen Sinn bekommen. Seine Bilder und Zeichnungen sind von aufrüttelnder Aktualität, sie zwingen zur Einsicht, zum Handeln. Einer feisten *Schieber*herrschaft wird die letzte Hülle entrissen, ihre brutale Besitzgier wird bloßgestellt. Ebenso entlarvt Grosz den Militarismus, seine ganze Verächtlichkeit, die Feigheit seiner Helden, seines *Immer feste druff!*. Kapitalismus und Militarismus sind seine Todfeinde. Er bekennt das mit schonungsloser Offenheit, karikiert ihre Vertreter mit tödlicher Ironie, legt sie mit unwiderlegbaren Typen fest.

Am nächsten scheint George Grosz mit Honoré Daumier, dem großen Karikaturisten Frankreichs, verwandt zu sein. Beider Produktionen sind unerbittliche politische Kampfmittel. Ihre Methoden unterscheiden sich von einander wie ihre Epochen, also ihre Gegner: bei Daumier die Klein- und Großbourgeoisie des Louis Philippeschen Juste milieu; bei Grosz die entmenschte Machtgier des Nachkriegskapitalismus und seiner Willensvollstreckmaschinen in der Zeit größten Menschheitsleids. Daher unterscheidet sich Grosz in seinen Ausdrucksmitteln von Daumier. Den weichen romantischen Zeichnungen Daumiers stehen die starren Groszschen gegenüber, die von exaktester Festlegung, von vollkommenster Prägnanz sind.

Von Grosz' Bildern muß seiner Aktualität wegen vor allem Deutschland ein Wintermärchen genannt werden. Als Pla-

kat an allen Litfaßsäulen Deutschlands hätte es während des Krieges Wunder wirken können. Aber ist seine Aktualität heute etwa erschöpft? Hat sich seit jener *großen Zeit* auch nur Wesentliches geändert? Grosz' Zeichnungen, die aus der Aktualität des Tages heraus entstanden, lassen darüber keinen Zweifel aufkommen. Seine Mappe Gott mit uns /Berlin, Malikverlag/ verweist uns nicht in die Vergangenheit sondern in unmittelbarste Gegenwart. In der gemeinsam mit Wieland-Herzfelde herausgegebenen politisch-satirischen Zeitschrift Die Pleite, die jetzt mit der von Julian Gumperz herausgegebenen Monatsschrift Der Gegner /Berlin, Malikverlag/ verschmolzen ist, hat Grosz seine besten satirischen Zeichnungen veröffentlicht (siehe auch diese Rundschau, 1919 I, Seite 587). Bei Zeichnungen zu einigen Büchern übersetzte er deren Inhalt in adäquate graphische Gestaltung. So bei Wieland-Herzfeldes Traumbuch Tragigrotesken der Nacht /Berlin, Malikverlag/, bei Richard Huelsenbecks Phantastischen Gebeten /Berlin, Malikverlag/ und bei Bruno Schönlanks Kindergedichten Sonniges Land /Berlin, Paul Cassirer/.

Totenliste Anfang Juni 1920 ist die Berliner Bildhauerin Anna von Kahle im Alter von 77 Jahren gestorben. Sie war eine Schülerin Schapers. Ihre Büste Theodor Fontanes befindet sich im Märkischen Museum.

Mitte Juni starb der Holzbildhauer Hermann Koch in Magdeburg. Er hat für das Magdeburger Kaiser Friedrich-Museum einen Riesenroland geschaffen. Seine Werke erhielten auf den Weltausstellungen in Saint-Louis und in Paris Preise.

In München starb Mitte Juli Albert von Keller, 76 Jahre alt, an einem Gehirnschlag. Er war einer der alten Kämpen der ersten deutschen Sezession. Er stammte aus der Schule Artur von Rambergs, der auch Leibl angehörte. In der Frühzeit des deutschen Naturalismus trat er als Maler auf, der die Eleganz der vornehmen Welt, dann auch farbenglühende Szenen aus dem orientalischen Urchristentum, aus den Hexenverbrennungen und den üppigen Bädern im alten Rom zur Darstellung brachte. Er war übrigens von Geburt Schweizer.

Der deutsche Kunsthistoriker und ehemalige Professor an der Heidelberger Universität Henry Thode starb am 10. November in Kopenhagen an den Folgen einer Operation in seinem 64. Lebensjahr. Er war der Schwiegersohn Richard Wagners und ihm in seiner deutschtümelnden Gesinnung und intellektualistisch verengten, dabei noch durch Ungerechtigkeit entstellten Auffassung vielfach geistesverwandt. Bekannt ist seine Kontroverse mit Meier-Graefe im Fall Böcklin und der französischen Impressionisten.

Einer der bekanntesten Kunstfreunde Berlins, Julius Model, starb Ende September im Alter von 82 Jahren. Model besaß eine wundervolle Sammlung französischer Graphik des 18. Jahrhunderts, deren wertvollster Teil die Farbenstiche bildeten, unter denen die großen Meister dieser Gattung vertreten waren. Vor einigen Jahren gab er zusammen mit Springer in einem wunderschönen Band eine Auswahl der 50 wichtigsten Stücke seiner Sammlung in vorzüglichen Farbentafeln heraus. Model gehörte der Ankaufskommission des Berliner Kupferstichkabinetts als Sachverständiger an.

Kurze Chronik In Paris hat sich unter der Leitung des Malers Larionow und der Malerin Gontscharowa ein größerer internationaler Künstlerkreis unter dem Namen Les Parallèles zusammengeschlossen, der »die Wiederherstellung des Kreislaufs der Kunst unter den Völkern« zum Ziel hat. Die beiden russischen Künstler haben während des Krieges durch ihre Neuinszenierungen des Russischen Balletts sowie durch Konstruktion von Maschinenmenschen für pantomimische Aufführungen internationalen Ruf erlangt. Die Parallèles haben sich an die Grange angeschlossen, den Pariser Sitz der Kornscheuer, über die in dieser Rundschau (1920 II, Seite 913) berichtet wurde, und geben auch eine eigene Zeitschrift heraus. ◇ Für den kommenden Sommer wurde von der Darmstädter Sezession in Zusammenarbeit mit dem Herausgeber der Zeitschrift L'Art Libre, Paul Colin, eine Ausstellung moderner französischer Kunst vorbereitet. Die Darmstädter Kommunalverwaltung hat ihr aber die städtischen Ausstellungsräume verweigert. Sie wurde dazu durch den sogenannten Ständigen Rat für die hessische Kunstpflege veranlaßt, in dem sich 2 Vertreter des frühern Fürsten, 2 der frühern fürstlichen Verwaltung und 2 der Stadt befinden. Eine derartige Zusammensetzung darf also eine Kulturkörperschaft in der deutschen Republik noch haben. Die französischen Intellektuellen haben mit

Elan und Energie den Wiederaufbau der geistigen Internationale begonnen. Soll er in Deutschland immer wieder Hindernisse finden? Den Schaden davon hat ja schließlich nur die deutsche Kunst, die so ganz den europäischen Zusammenhang verliert, der ihr mehr nottut als irgendeiner andern. ◇ Die von Claude Monet dem französischen Staat geschenkte Serie der 12 Seerosenbilder, die er in den verschiedenen Tagesbeleuchtungen auf dem Teich seines Besitztums in Giverny gemalt hat, soll im Anschluß an das Rodinmuseum im Garten des Hotels Biron in einem eigenen kleinen Pavillon aufgestellt werden, den der Staat dafür erbauen wird. Für die Schenkung hat sich insbesondere Clemenceau eingesetzt, der mit Monet befreundet ist. Der Pavillon wird nach Monets Angaben eingerichtet und von ihm mit dekorativen Malereien ausgestattet werden. ◇ Eine interessante Sammlung veranstaltete die Heidelberger Psychiatrische Klinik. Sie trug 3800 Zeichnungen und Holzplastiken aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien zusammen, die von 330 Geisteskranken verfertigt sind. Nun will man im Naturhistorisch-Medizinischen Verein zu Heidelberg neben einer medizinischen auch eine künstlerische Analyse der einzelnen Sammlungsstücke vornehmen, um so auch Aufschlüsse über die Psychologie des Zeichnens usw. zu erhalten. ◇ Die Berliner Sezession will künftig in ihren Ausstellungen anders vorgehen als bisher. Sie will jährlich 3 verschiedene Ausstellungen veranstalten, von denen jede einen besondern Charakter tragen soll. Und zwar wird die eine impressionistisch, die zweite expressionistisch, die dritte radikal sein.

Literatur Das besondere Verhältnis der Menschen des Fernen Ostens zur Natur veranschaulichen die 48 ganzseitigen Abbildungen chinesischer Landschaftsbilder, die der 4. Band der von Paul Westheim herausgegebenen Weltkunstbücherei Orbis Pictus /Berlin, Ernst Wasmuth/: Die chinesische Landschaft von Alfred Salmony, bringt. In China ist die Landschaft nie Abschrift sondern immer Gestaltung, vollkommen unbeschwert, voll Duft und Zartheit. ◇ Nietzsche lenkte als erster die Aufmerksamkeit auf die dionysische Seite der Griechen, die ob der *Schönheit* der apollinischen als unentwickelte Vorstufe abgetan wurde, aber in ihrer Ungebrochenheit viel eindrucksvoller als die *schönheitsvolle* spätere griechische Plastik ist. Waldemar Graf Uxkull-Gyllenband hat in der oben genannten Sammlung einen Band Archaische Plastik der Griechen erscheinen lassen, dessen reiches Abbildungsmaterial uns einen Einblick in die Kunst der frühgriechischen Welt gestattet, die noch um die Gestaltung rang und in ihrer Gebundenheit höchste Vollendung erreichte. ◇ Wassilij Kandinskij hat seine eigentliche Inspiration durch die altrussische Bauernmalerei erhalten. Trotzdem ist die altrussische Kunst auch heute noch in Westeuropa wenig bekannt. Sie galt als barbarisch wie alles Russische überhaupt, als nicht beachtenswert. Die russischen Publikationen sind selten und unzugänglich. Daher ist es zu begrüßen, daß in der Westheimschen Sammlung eine Arbeit von Fannina W. Halle über altrussische Kunst erschienen ist, der etwa 50 charakteristische Abbildungen beigefügt sind. Die altrussische Kunst ist die Kunst Rußlands vom 11. bis zum 17. Jahrhundert, bis zur Zeit Peters des Großen, der Rußland zu europäisieren begann. Überraschend ist die Eigenart der Gestaltungskraft dieser Fresken und Altarbilder, der Skulpturen und Architekturen. Es sind erstaunliche Leistungen einer frühzeitigen Kunst. Die altrussische Kunst ist religiös, entstammt dem Religiösen, wie denn auch heute noch die Russen das tiefstreligiöse europäische Volk sind. Die altrussische Kunst »ist nicht der Ausdruck einer sensuellen sondern ausschließlich religiösen Weltanschauung. Ihr Wollen, besser gesagt: ihr Müssen, ihre *innere Notwendigkeit*, ist Abstraktion, Überweltlichkeit. Das innerste Wesen dieser Kunst ist eine, durch ein halbes Jahrtausend im breiten, epischen Stil geführte und geheiligte Auseinandersetzung mit Gott und der Welt. Kein Gottsuchen, sondern ein Gotterleben, ein visionäres Gottschauen, eine inbrünstige Andacht, ein Gottesdienst der Seele.« Formal wurzelt die altrussische Kunst in Byzanz. Mit dem Christentum kam sie von da nach Rußland. Hier wurde die äußerliche Pracht byzantinischer Herrlichkeit ins Innerliche gekehrt. Diese schlichte und anspruchslose Kunst ist die »älteste und reinste Manifestation des russischen Volkstums, die künstlerische Niederschrift eines visionären Geistes. Die byzantinische Kunst ist griechische Orthodoxie, altrussische Kunst ist russisches Christentum.« ◇ Der Rheinverlag in Basel hat 3, von Al-

bert Bauer herausgegebene Abbildungsbände über die Kunst der Schweiz erscheinen lassen. 2 von ihnen (Schöne alte Schweiz, gestochen von Merian, und Landsknechtskunst) führen in die Vergangenheit, der 3. (Schweizer Graphik seit Hodler) ist der Gegenwart gewidmet. Ist bei der neuen schweizerischen Graphik mehr Wollen als Verwirklichung, lokale Begrenzung heimischer Talente, so sind die alten Graphiker, deren Blätter der Band Landsknechtskunst enthält, trotz allem lokalen Gepräge von dem europäischen Geist des ausgehenden Mittelalters beseelt. Besonders die Blätter von Urs Graf und Niklaus Manuel Deutsch sind vollkommene Verwirklichung. Überragend ist des letztgenannten Phantastische Landschaft. Beide, Urs Graf und Niklaus Manuel, durchzogen als Landsknechte die Welt, hatten aber Distanz genug, um zur Gestaltung zu kommen. Hodler ist Erbe ihrer energievollen Gestaltungskraft. Während bei den neuen Graphikern der Schweiz weder von Hodler noch von den alten Schweizern etwas zu spüren ist. Einen besondern Reiz hat Matthias Merian der Ältere. Mehr als Chroniker denn als Künstler, als der er zwar ein bedeutender Handwerker, aber ein zu schwaches Temperament war. Mit viel Heimatliebe hat er in seinem Alter in Frankfurt, wo er als kühner buchhändlerischer Unternehmer lebte, die Städte der Schweiz gezeichnet. Ihm eine Jugenderinnerung, uns heute ein Führer durch das Alte, heute von Neuem Überwucherte.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Autoroller Zwischen dem gewöhnlichen Fahrrad und dem Automobilwagen klafft in den städtischen Verkehrsmitteln noch eine große Lücke, die durch das Autozweirad nicht ausgefüllt wird. Denn so ausgezeichnet das Motorzweirad auch durchgebildet ist, so eignet es sich doch in erster Linie nur für rein sportliche Zwecke und für den Meldedienst auf größere Entfernungen; ein eigentliches Verkehrsmittel im Straßengetriebe kann es niemals werden. Dagegen scheint ein neues Vehikel, das an den Rollschuh anknüpft, wohl geeignet die erwähnte Lücke auszufüllen. In den Vereinigten Staaten haben die Postbehörden bereits in einer Reihe von Städten ihre Eilboten mit Motorrollern ausgerüstet. Auch in England bürgert sich das neue Fahrzeug ein. In Deutschland waren bislang nur einige wenige dieser Motorroller zu sehen. Nachdem sich aber die Aktiengesellschaft Krupp in Essen dem Bau dieses neuen Fahrzeugs zugewandt hat, wird es wohl auch bald im Straßenverkehr der deutschen Großstädte und im interurbanen Verkehr auftauchen. In den außerordentlich instruktiven Kruppschen Monatsheften, deren erste Hefte in dieser Rundschau (1920 I, Seite 565) bereits gewürdigt worden sind, wird das neue kleine Fahrzeug beschrieben und durch eine Reihe guter Bilder dargestellt. Aus dieser Beschreibung ergeben sich das Wesen und die Einrichtung des Motorrollers.

Das Fahrzeug besteht aus einer flachen, etwa 10 Zentimeter über dem Boden angeordneten Plattform, an deren Vorder- und Hinterende je ein mit Gummibereifung versehenes Rad angebracht ist. Wie bei dem gewöhnlichen Fahrrad ist das Vorderrad lenkbar; im Gegensatz zum Fahrrad erhält aber auch das Vorderrad den Antrieb, der durch einen unmittelbar auf seine Achse wirkenden Miniaturbenzinmotor bewirkt wird. Der Fahrer steht auf der Plattform, wobei er sich auch auf einen hohen Sattel stützen kann, und hält wie beim Fahrrad die Lenkstange mit beiden Händen. Die Bedienung des Rollermotors, auch die Bremsung, geschieht wie beim Motorzweirad von der Lenkstange aus. Durch Zurückbiegen der Lenkstange wird der Motor abgekuppelt und der Roller gleichzeitig gebremst. Das ist sehr zweckmäßig; denn beim Auftreffen auf ein Hindernis beugt man sich unwillkürlich zurück, man vollführt also ganz automatisch die Abkuppelung des Motors und das Bremsen. Infolge seiner Luftbereifung ist der Motorroller nicht bloß auf Asphalt sondern auch auf Pflaster und natürlich auch auf Chausseen und gut gehaltenen Fußwegen verwendbar. Wegen der niedrigen Plattform ist die Sicherheit des Fahrers auch in belebten Straßen sehr groß, und bei der leichten Bremsbarkeit können auch andere Personen nicht leicht in Gefahr kommen. Nach Umklappen der Lenkstange kann der Motorroller mit einer Hand über die Treppen in die Wohnungen getragen werden. Da die Fahrzeuge nur wenig Brennstoff verbrauchen und bei dem kleinen Raddurchmesser auch die Luftreifen billig sind, dürfte ihnen eine weite Verbreitung gesichert sein. Der zurzeit noch hohe Preis von etwa 8000 Mark wird

es freilich zunächst Privatleuten wohl unmöglich machen sich das bequeme und handliche Fahrzeug anzuschaffen; es dürfte also vorläufig nur von Verkehrsanstalten und Geschäften zum Eildienst benutzt werden.

Gasturbine Auf der 3. Generalversammlung der Brennkrafttechnischen Gesellschaft in Berlin sprach G. Staubinger auch über den gegenwärtigen Stand der Gasturbine. Es existieren über diesen Wärmemotor bereits eingehende Monographieen. Wertvoller als diese, die auch die zahlreichen von Unberufenen herrührenden Projekte behandeln, ist die Tatsache, daß wir schon eine, von Holzwart mit tatkräftiger Unterstützung Thyssens gebaute betriebsfähige Gasturbine besitzen. Der Vortragende ließ es dahingestellt, ob diese Konstruktion auch schon marktfähig ist. Vor allem ist bei der Erörterung der Frage der Gasturbine der Vergleich ihrer Wirtschaftlichkeit mit der der Kolbengasmaschine und der Dampfturbine wichtig. Nimmt man als Mittelbelastung 72 % der Vollast an, so ergeben sich als Wärmeverbrauch 5000 Kalorieen für die Kilowattstunde bei der Kolbengasmaschine, 8500 bei der Dampfturbine und 6500 bei der Gasturbine. Unter Zugrundelegung von Anlagekosten, die etwa für die Zeit in der Mitte zwischen 1914 und heute berechnet sind, erhält man als Preis der zur Erzeugung einer Kilowattstunde notwendigen Wärme für die 3 Maschinenarten: 6, 10,2 und 7,8 Pfennig, und bei 72 % mittlerer Belastung als Gesamtpreis der Erzeugung einer Kilowattstunde 22,8, 20,7 und 19,5 Pfennig. Die Gasturbinenarten, die man bisher herzustellen suchte, lehnen sich an die Dampfturbine an. Sie haben für viele Zwecke und auch, was ihren kalorischen Effekt anlangt, den Nachteil hoher Geschwindigkeit und niedriger Drucke. Bei der Kolbengasmaschine dagegen kann man die Gasenergie mit wesentlich geringeren Verlusten in Arbeit umwandeln, weil hier hohe Drucke anwendbar sind. Die Vorteile der Kolbenmaschine mit denen der Turbine vereinigt die Humphreypumpe, bei der das Gas, wie bei einer Kolbengasmaschine, aber unmittelbar über einer als Kolben dienenden Wasserfläche arbeitet, während zur Kraftübertragung eine hin- und herpendelnde Wassersäule dient. Aber trotz zahlreichen Versuchen und patentierten Vorschlägen sind die Schwierigkeiten noch nicht überwunden, die sich dem Versuch entgegenstellen das Arbeitsverfahren der Humphreypumpe für den Antrieb von Turbinen nutzbar zu machen. Diese Schwierigkeiten bestehen in dem Spritzen des Wassers und den damit verbundenen Abkühlungsverlusten. Man darf deshalb die Wassersäule nur mit geringer Geschwindigkeit pendeln lassen, bedarf also für hohe Leistungen großer Wassermengen und großer Maschinenabmessungen. Ferner ist es nicht leicht die Kraft der mit wechselnder Geschwindigkeit schwingenden Wassersäule ohne starke Stoßverluste an die Schaufeln einer gleichförmig umlaufenden Turbine abzugeben. In der Aussprache hob der erfolgreiche Erfinder des hydraulischen Umformers, Föttinger, diese Schwierigkeiten noch besonders hervor; er betonte aber gleichzeitig, daß die hohen Wirkungsgrade der hydraulischen Umformer die Verwendung von Wasser auch als Kraftübertragung bei Gasturbinen sehr aussichtsreich erscheinen lassen.

Ingenieurausbildung Die Frage der Ingenieurausbildung wird von dem ordentlichen Professor an der Technischen Hochschule zu Breslau Julius Schenk in einer wertvollen Schrift Der Ingenieur, das Wesen seiner Tätigkeit, seine Ausbildung: wie sie sein soll und wie sie ist /München, R. Oldenbourg/ behandelt. Rein äußerlich betrachtet nimmt Schenk zu der Ingenieurtitelfrage Stellung, die trotz der Revolution noch immer eine große Rolle bei den von den Technischen Hochschulen amtlich abgestempelten Diplomingenieuren spielt. In Wirklichkeit legt er die Hand in die brennende Wunde der ganzen Ingenieurausbildung. Hierzu gibt er wertvolle Anregungen, die die Beachtung maßgebender Stellen verdienen. Nach Schenk ist das »Bauen« die eigentliche Geistestätigkeit des Ingenieurs. Dieses Bauen setzt sich zusammen aus dem Planen, Forschen, schöpferischen Gestalten, Verwirklichen und Erproben des Verwirklichten. Das »bauende Denken« kann aber nur am Bauen selbst gelehrt werden. Dabei tritt nicht in den Vordergrund, »was gebaut wird«, sondern »wie gebaut wird«. Die Art des schöpferischen Bauens, das Wie dem werdenden Ingenieur beizubringen ist die erzieherische Aufgabe der technischen Lehranstalten. »Die Hauptwirkung des Unterrichts liegt deshalb in

den Übungen; die Vorlesungen führen nur ein, regen nur an. Jahrelange Übungen unter zielbewußter Unterrichtsführung bringen den Erfolg, machen das Streben wirklichkeitsgemäß zu denken zu dem, was es beim Ingenieur sein soll, zur Gewohnheit.« Das wird im einzelnen bei der allgemeinen und der Sonderbauausbildung ausgeführt. Hieran schließt sich dann eine scharfe, aber nur zu berechtigte Kritik der Ingenieurausbildung an technischen Hochschulen. In der Tat ist der Mangel an Verständnis für die Hauptdenkvorgänge im Bauen bei dem Ingenieurunterricht beklagenswert und zugleich verhängnisvoll, denn er führt zu einer geistigen Verbildung des werdenden Ingenieurs, die dann in der Industrie kaum verschleiert werden kann, und für die der Titel Diplomingenieur keinen Ersatz bietet. Sehr zutreffend sagt hierzu der Verfasser: »Der wahrhaft Gebildete fällt vor allem nicht auf. Der Titel ist aber ein auffallendes Kennzeichen, ein notwendiges Symbol der wirklichkeitsfremden Bureaukratie und im Grunde genommen ein Zeichen der Unbildung oder der Verbildung.« Bis zu einem gewissen Grad treffen sich Schenk und Riedler in diesem Streben nach einer Reorganisierung des technischen Unterrichts, für die Schenk genau präzisierte Vorschläge macht. Die Gründe, die Schenk ins Feld führt, erscheinen mir aber zwingender; denn er ist von tiefem sittlichem Ernst und hoher Begeisterung für die ethischen Ziele des Ingenieurberufs getragen. Dafür nur ein einziges, aber prägnantes Zitat: »Das Bauen des Ingenieurs ist höchstentwickelte Erzeugung, ist volle, allen Interessen ohne einseitige Begrenzung dienende Wirtschaft, ist im Denken eine die menschlichen Fähigkeiten erschöpfende Tätigkeit. Im Bauen des Ingenieurs ruhen tiefe sittliche Werte, bedingt durch das den Erzeugern eigene Streben nach bester erzeugerischer Leistung innerhalb des gegebenen finanziellen Rahmens, bedingt durch die Denkweise des Bauens, die, auf das allgemeine Schaffen des Menschen übertragen, die Welt sehen, die Welt erfassen und erkennen und in ihrem gesunden erhaltenden Sinne zu schaffen heißt.«

Technische Hauptbibliothek In der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure hat C. Walther den sehr guten Vorschlag gemacht: eine Technische Hauptbibliothek für Deutschland zu schaffen. Die Not der Zeit macht es bekanntlich den bestehenden Bibliotheken unmöglich sich mit der notwendigen ausländischen Literatur zu versorgen. Deshalb hat bereits der Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine in einer besondern Denkschrift die Einrichtung einer umfassenden technischen Bibliothek angeregt, und diese Frage ist auch bereits zwischen Vertretern der Industrie und den Behörden ventiliert worden. Zu einem positiven Ergebnis sind diese Anregungen jedoch noch nicht gelangt. Walther macht nun den Vorschlag die Bibliothek des Reichspatentamts zu einer allgemein zugänglichen Technischen Hauptbibliothek auszugestalten. Die Aufgabe dieser Hauptbibliothek würde es sein Zentralisierung und Dezentralisation des technischen Bibliothekswesens in das rechte Gleichgewicht zu setzen und die bisher fehlenden Querverbindungen zwischen den einzelnen Bibliotheken herzustellen, damit die in ihnen ruhenden Materialien in wirksamer Weise ausgenutzt werden können. Die Hauptbibliothek wäre die Stelle, bei der alle Unterlagen, die von den bestehenden technischen Bibliotheken Kenntnis geben, zusammenfließen müssen. Sie entwickelt sich dadurch nach und nach zur Zentralauskunftsstelle und damit auch zur Auskunftsstelle der Auskunftsstellen der einzelnen Bibliotheken. Denn in vielen Fällen wird es gar nicht nötig sein, daß die Hauptbibliothek selbst eine bestimmte Auskunft gibt, es genügt, wenn sie dem Fragesteller sagt, wo er die gewünschte Auskunft am besten erhält.

Eine wichtige Aufgabe der Hauptbücherei wäre dann die Organisation der Ordnung, der Arbeitsverfahren, der Zielsetzung und der Verwendung der Mittel der kleineren Bibliotheken; auf diesem Gebiet stehen wir in Deutschland noch ganz in den Anfängen einer Gemeinschaftsarbeit, während hierin Amerika vorbildlich vorangegangen ist.

Schon jetzt aber sollte die Patentamtsbibliothek der größern Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden durch Verlängerung der Öffnungszeit des Lesesaals, durch das Ausleihen von Büchern und durch Einrichtung einer Auskunftserteilung. Damit wäre der Anfang einer Tat gemacht. »Mit bureaukratischen Erwägungen und engem Ressortpatriotismus ist uns in dieser Sache nicht gedient.«

Totenliste Der Direktor der Siemens-Schuckert-Werke, der Physiker August Raps, ist am 20. April 1920 im Alter von 54 Jahren

gestorben. Seine wissenschaftliche Laufbahn begann er in Berlin als Assistent August Kundts, bei dem er eine sehr gut wirkende selbsttätige Quecksilberluftpumpe konstruierte. Seine späteren Arbeiten liegen wesentlich auf dem Gebiet der Elektrotechnik. So ist er der Schöpfer eines Telephonsystems mit Selbstanschluß.

Ende Juli starb im Alter von 58 Jahren Wilhelm Lynen, der langjährige Vertreter der Maschinenbaukunde und Kinematik an der Technischen Hochschule in München.

Am 4. August starb in London John Perry im Alter von 70 Jahren. Er war längere Zeit Assistent Sir William Thomsens und wurde dann Professor der Ingenieurwissenschaften an der Ingenieurschule in Tokio. Später kehrte er nach England zurück, wirkte dort als Zivilingenieur und auch als Professor für Maschinenbau und Elektrotechnik an verschiedenen Hochschulen. Er hat eine Reihe von Arbeiten über elektrische Eisenbahnen, über die Dynamomaschine, über Meßinstrumente, ein Buch über technische Mechanik erscheinen lassen.

Kurze Chronik Die Deutsche Bergwerkszeitung hat einen Preis für eine Arbeit über Wege und Ziele der deutschen Brennstoffwirtschaft ausgesetzt. Es handelt sich um praktische Vorschläge zur Behebung der gegenwärtigen Kohlennot. Die Adolf von Ernst-Stiftung an der Technischen Hochschule in Stuttgart veröffentlicht folgendes Preisausschreiben: »Es soll durch eine kritische Untersuchung dargelegt werden, unter welchen Verhältnissen und in welchem Umfange Elektrohängebahnen geeignet sind den Transport von Lasten wirtschaftlich zu gestalten.« Das Elektrotechnische Institut Montefiore in Lüttich setzt 20 000 Francs aus für die beste Arbeit über den Fortschritt der Elektrizität und ihre Anwendung auf den verschiedenen Gebieten, die während der letzten 3 Jahre erschienen ist. ◇ Eine Eisenhalle von rund 12 Meter Länge und 18 Meter Breite ist auf dem Grundstück der Electric Welding Company of America in New York City errichtet worden; ihre Teile sind weder durch Nieten noch durch Schrauben sondern nur durch elektrische Schweißung verbunden. Als besonderer Vorzug dieses Verfahrens muß die Zeitersparnis betrachtet werden, da man die Teile an Ort und Stelle zurechtschneiden und zusammensetzen konnte. ◇ Das Steinmetzbrot ist ein Vollkornbrot, das nach einem patentierten Verfahren hergestellt wird. Das Korn wird gewaschen und damit von allen Unreinigkeiten befreit, gleichzeitig wird es durch diese nasse Behandlung enthülst, ähnlich wie man Mandeln schält. Der Mehlkern bleibt hierbei vollkommen trocken und behält alle seine wertvollen Bestandteile, und das daraus hergestellte Mehl ist fast vollständig frei von Holzfaser. Während bei dem Gebäck, das nach den alten Verfahren voll ausgemahlen wird, ein großer Teil unverdaut wieder abgeht, weil die Holzfaser einen zu starken Reiz auf die Darmwandung ausübt, ist das bei dem Steinmetzbrot nicht der Fall. Es wird deshalb auch wesentlich besser ausgenutzt als andere Vollkornbrote. Auch im Geschmack ist das Steinmetzbrot dem Kriegsbrot, unter dem wir noch immer zu leiden haben, weit überlegen. ◇ Der Konstruktionschef der Firma Briegleb, Hausen & Kompanie in Gotha D. Thoma ist ordentlicher Professor für technische Mechanik an der Technischen Hochschule München geworden. ◇ Der Konstruktionsingenieur an der Berliner Technischen Hochschule Hermann Cranz ist zum ordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Hannover als Nachfolger K. Rudeloffs für den Lehrstuhl für Maschinenelemente ernannt worden.

Literatur Es ist ein charakteristisches Zeichen der Zeit, daß fast gleichzeitig von 3 sehr bedeutenden Autoren Arbeiten erschienen sind, die die allgemeinen Aufgaben der Technik und die Art des technischen Denkens und Schaffens behandeln. Alfred Freund stellte sich in seinem Buch Technik /Leipzig, Ludwig Degener/ die Aufgabe »ihre Grundlagen zum Verständnis für alle vom Standpunkt technisch-wirtschaftlichen Denkens darzustellen«. G. von Hanffstengel schrieb eine Einführung in die Technik (Technisches Denken und Schaffen /Berlin, Springer/). Alois Riedler betitelte sein Werk Die neue Technik /Berlin, Siegismund/. Wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes und der Bedeutung der Autoren muß man auf diese Arbeiten eingehend zurückkommen.

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION ELLA BORMANN / VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. / DRUCK VON HANS DOHRN / SÄMTLICH IN BERLIN